

18.12.25

K - AIS

Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföGÄndVwV 2026)

A. Problem und Ziel

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird gemäß Art. 104a Abs. 3, Art. 85 GG in Verbindung mit § 39 Abs. 1 des Gesetzes im Auftrag des Bundes von den Ländern durchgeführt. Um eine bundeseinheitliche Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten, hat die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 85 Abs. 2 GG die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum BAföG (BAföGVwV) erlassen. Diese richtet sich an die Vollzugsbehörden (Ämter für Ausbildungsförderung) und beinhaltet verbindliche Hinweise zur Auslegung und Durchführung des BAföG.

Die BAföGÄndVwV 2026 dient der Anpassung der BAföGVwV an die seit ihrer letzten Änderung im Oktober 2013 erfolgten Rechtsänderungen im BAföG selbst und in angrenzenden Rechtsgebieten, an die Rechtsprechung, an eine Vielzahl von Erlassen des BMFTR/BMBF sowie an neuere Entwicklungen in der Hochschul- und Schulpolitik. Der Entwurf der BAföGÄndVwV 2026 wurde in fünf vom BMFTR/BMBF geleiteten Arbeitsgruppen unter Einbeziehung von Praktikerinnen und Praktikern aus den Ämtern für Ausbildungsförderung erarbeitet und anschließend mit den Obersten Landesbehörden für Ausbildungsförderung abgestimmt. Durch den Wegfall von überholten Regelungen und durch Aktualisierungen und Neuformulierungen zur besseren Verständlichkeit und Einheitlichkeit des Verfahrens wird ein wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung im BAföG und zur Erleichterung des Verwaltungsvollzugs geleistet.

B. Lösung

Die BAföGVwV wird geändert.

C. Alternativen

Keine

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Durch die geänderte Verwaltungsvorschrift wird kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger begründet.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Durch die geänderte Allgemeine Verwaltungsvorschrift wird kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft begründet. Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch die geänderte Allgemeine Verwaltungsvorschrift entsteht auch für die Verwaltung kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Es werden vor allem in der Vergangenheit bereits bekanntgemachte Einzel-Durchführungsregelungen (in Form von Erlassen und Rundschreiben zur Gesetzesauslegung) nunmehr lediglich wieder in einem Regelwerk zusammengefasst. Hierdurch ist eine gewisse Verkürzung der Bearbeitungszeit zu erwarten.

F. Weitere Kosten

Keine

18.12.25

K - AIS

**Allgemeine
Verwaltungsvorschrift
der Bundesregierung**

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen
Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz
(BAföGÄndVwV 2026)**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, 18. Dezember 2025

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Dr. Andreas Bovenschulte

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen
Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz
(BAföGÄndVwV 2026)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 85 Absatz 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Forschung, Technologie und
Raumfahrt.

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Merz

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift
zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift
zum Bundesausbildungsförderungsgesetz
(BAföGÄndVwV 2026)**

vom

Nach Artikel 85 Absatz 2 des Grundgesetzes erlässt die Bundesregierung folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift:

**Artikel 1
Allgemeine Verwaltungsvorschrift**

Die nachstehenden Teilziffern der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 15. Oktober 1991 (GMBI S. 770), zuletzt geändert durch die BAföGÄndVwV 2013 vom 29. Oktober 2013 (GMBI 2013, S. 1094), werden wie folgt gefasst:

§ 2

2.1.2 Die Ausbildungsstätten sind für den Vollzug des Gesetzes den in § 2 Absatz 1 Satz 1 im Einzelnen bezeichneten Arten von Ausbildungsstätten nach Maßgabe der folgenden Teilziffern 2.1.4 bis 2.1.19a zuzuordnen. Dabei ist der Weiterentwicklung des Bildungswesens Rechnung zu tragen. Bei der Zuordnung zu den in den Teilziffern 2.1.4 bis 2.1.19a genannten Arten von Ausbildungsstätten ist von dem Ausbildungsstättenverzeichnis des Landes auszugehen, in dessen Zuständigkeitsbereich die Ausbildungsstätte liegt.

2.1.3 Weiterführende allgemeinbildende Schulen im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 1 sind, soweit sie derzeit in den Förderungsbereich des Gesetzes fallen: die Hauptschule (führt zum Ersten Schulabschluss), die Realschule (führt zum Mittleren Schulabschluss), das Gymnasium (führt zur Allgemeinen Hochschulreife – Abitur) und die Gesamtschule. Die Namen der Schularten können in den einzelnen Ländern abweichen.

Die genannten Schulen umfassen einen oder mehrere Bildungsgänge. An Schularten mit einem Bildungsgang ist der gesamte Unterricht auf einen bestimmten Abschluss bezogen.

An Schularten mit mehreren Bildungsgängen wird der Unterricht entweder in abschlussbezogenen Klassen oder – in einem Teil der Fächer – leistungsdifferenziert erteilt.

Teile von kooperativen Gesamtschulen entsprechen der jeweiligen Schulform des gegliederten Schulwesens.

- 2.1.4 Die Hauptschule vermittelt eine grundlegende allgemeine Bildung. Sie endet mit der Jahrgangsstufe 9 oder 10 und führt zu einem ersten allgemeinbildenden Schulabschluss am Ende der Jahrgangsstufe 9 (z. B. Hauptschulabschluss, Berufsreife). Am Ende der Jahrgangsstufe 10 kann sie zu einem erweiterten Ersten Schulabschluss, der in seinen Anforderungen über den Ersten Schulabschluss hinausgeht oder zu einem Mittleren Schulabschluss führen.
- 2.1.6 Das Gymnasium vermittelt eine vertiefte allgemeine Bildung. Es führt im achtjährigen Bildungsgang nach der Jahrgangsstufe 12 und im neunjährigen Bildungsgang nach der Jahrgangsstufe 13 zur Allgemeinen Hochschulreife. Am Ende der Jahrgangsstufe 10 kann es einen Mittleren Schulabschluss vermitteln. Die gymnasiale Oberstufe umfasst drei Jahrgangsstufen: im achtjährigen Bildungsgang die Jahrgangsstufen 10 bis 12, im neunjährigen Bildungsgang die Jahrgangsstufen 11 bis 13.

Sie gliedert sich grundsätzlich in eine einjährige Einführungs- und eine zweijährige Qualifikationsphase. Dabei kann im achtjährigen Bildungsgang der Jahrgangsstufe 10 des Sekundarbereichs I eine Doppelfunktion als letzter Schuljahrgang des Sekundarbereichs I und als erster Schuljahrgang der gymnasialen Oberstufe zukommen.

- 2.1.12 Das Abendgymnasium führt Berufstätige zur Allgemeinen oder zu einer Fachgebundenen Hochschulreife. Aufnahmevoraussetzungen sind der Mittlere Schulabschluss, ein Mindestalter von 19 Jahren sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine mindestens zweijährige Berufstätigkeit. Auszubildende ohne Mittleren Schulabschluss oder eine gleichwertige Vorbildung müssen einen mindestens halbjährigen Vorkurs erfolgreich absolviert haben. Einer zweijährigen Berufstätigkeit gleichgestellt ist die Führung eines Familienhaushalts. Anerkannt werden können auch Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes, des Entwicklungsdienstes, des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres sowie eine nachgewiesene Arbeitslosigkeit. Die Ausbildungsdauer beträgt in der Regel drei und höchstens vier Jahre. In den letzten drei Schulhalbjahren vor dem Abitur sind die Auszubildenden von der Verpflichtung zur Ausübung einer Berufstätigkeit befreit.
- 2.1.13 Das Kolleg führt in einem Bildungsgang von in der Regel drei und höchstens vier Jahren zur Allgemeinen oder zu einer Fachgebundenen Hochschulreife. Aufnahmevoraussetzungen sind der Mittlere Schulabschluss, ein Mindestalter von 19 Jahren sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine mindestens zweijährige Berufstätigkeit. Auszubildende, die keinen Mittleren Schulabschluss nachweisen können, müssen zusätzlich eine Eignungsprüfung oder einen mindestens halbjährigen Vorkurs erfolgreich absolviert haben. Einer zweijährigen Berufstätigkeit gleichgestellt ist die Führung eines Familienhaushalts. Anerkannt werden können auch Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes, des Entwicklungsdienstes, des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres sowie eine nachgewiesene Arbeitslosigkeit.

Den Auszubildenden an Kollegs gleichgestellt sind Auszubildende anderer Schulformen, deren Aufnahmevoraussetzungen und deren Ausbildung nach der Feststellung des jeweils zuständigen Bundeslandes einer Kollegausbildung entsprechen.

Die Auszubildenden in den als Vorstufe eingerichteten einjährigen Klassen an den Berufsoberschulen in Bayern sind den Auszubildenden an Berufsaufbauschulen gleichgestellt.

- 2.1.18 Akademien nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 sind berufliche Ausbildungsstätten, die keine Hochschulen sind. Sie können nach Erwerb eines Mittleren Schulabschlusses sowie nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung, nach einem zweijährigen Praktikum oder nach mehrjähriger beruflicher Tätigkeit besucht werden. Der Bildungsgang an einer Akademie dauert mindestens fünf Halbjahre und führt zu einem gehobenen Berufsabschluss, der mit Bestehen einer staatlichen Prüfung erreicht wird.
- 2.1.19a (neu) Akademien nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 verleihen Hochschulabschlüssen gleichgestellte Abschlüsse, ohne selbst Hochschuleigenschaft zu haben. Nach den Berufsakademiegesetzen der Länder vermitteln sie eine wissenschafts- und praxisbezogene Ausbildung im tertiären Bereich (duales Studium). Der an einer Berufsakademie in akkreditierten Bachelorstudiengängen erworbene Bachelorabschluss ist hochschulrechtlich den Bachelorabschlüssen von Hochschulen gleichgestellt. Der Bachelorabschluss, der in einem akkreditierten Studiengang an einer Berufsakademie erlangt wurde, qualifiziert regelmäßig zur Aufnahme eines anschließenden Masterstudiums an einer Hochschule.
- 2.1.23 Schüler einer Klasse sind förderungsrechtlich gleichzubehandeln. Maßgebend sind die für den Besuch der Ausbildungsstätte/Klasse allgemein vorgeschriebenen Zugangsvoraussetzungen; auf die individuelle Vorbildung des einzelnen Auszubildenden kommt es nicht an. Teilziffer 7.2.18 ist zu beachten.
- 2.1a.3 Für die Frage, ob eine Ausbildungsstätte von der Wohnung der Eltern aus in angemessener Zeit erreicht werden kann, ist die durchschnittliche tägliche Wegzeit maßgebend, nicht die Wegstrecke. Eine Ausbildungsstätte ist nicht in einer angemessenen Zeit erreichbar, wenn bei Benutzung der günstigsten Verkehrsverbindungen mindestens an drei Wochentagen für Hin- und Rückweg eine Wegzeit von mehr als zwei Stunden benötigt wird.

Zu der Wegzeit gehören auch Wege zwischen der Haltestelle des Verkehrsmittels und der Ausbildungsstätte bzw. Wohnung sowie die notwendigen Wartezeiten vor und nach dem Unterricht. Zugrunde zu legen sind grundsätzlich die Wegberechnungen zwischen Wohnadresse der Eltern und Ausbildungsstätte mit dem Routenplaner des jeweiligen Öffentlichen Personennahverkehrs.

Maßgebend sind die regelmäßigen Verkehrsverhältnisse im Bewilligungszeitraum.

2.1a.6 Die erforderliche räumliche Nähe zwischen Elternwohnung und Ausbildungsstätte ist auch dann nicht gegeben, wenn

a) die auszubildende Person rechtlich gehindert ist, in der Wohnung ihrer Eltern oder eines Elternteils zu wohnen und der Hinderungsgrund nicht von der auszubildenden Person zu vertreten ist (z.B. Sorgerecht nach Ehescheidung liegt bei dem anderen Elternteil; ein Elternteil befindet sich in einem Pflegeheim oder in Strafhaft; ein Elternteil steht unter rechtlicher Betreuung, die Betreuung umfasst die Sorge für Wohnungsangelegenheiten und die betreuende Person hat die Aufnahme der auszubildenden Person in die Wohnung des Elternteils abgelehnt);

b) die volljährige auszubildende Person als Minderjährige aufgrund der Bestimmung Dritter (nicht ihrer Eltern) rechtlich gehindert war, in der Wohnung ihrer Eltern oder eines Elternteils zu wohnen. In diesen Fällen gilt sie auch nach Erreichen der Volljährigkeit als rechtlich gehindert, bei ihren Eltern bzw. einem Elternteil zu wohnen. Bei nichtehelichen Kindern oder Kindern geschiedener Eltern ist auch nach Eintritt der Volljährigkeit von der bestehenden rechtlichen Zuordnung auszugehen. Maßgeblich ist weiterhin allein die Wohnung des vor Eintritt der Volljährigkeit sorgeberechtigten Elternteils.

2.1a.7 Wird der Auszubildende nach Maßgabe des Achten Buches Sozialgesetzbuch außerhalb des Elternhauses untergebracht, steht dies der Erreichbarkeit der Ausbildungsstätte von der elterlichen Wohnung aus nicht entgegen, solange den Eltern oder einem Elternteil das Sorgerecht bzw. das Aufenthaltsbestimmungsrecht zusteht.

Eine auswärtige Unterbringung aus allein erziehungsbedingten Gründen begründet keinen Förderungsanspruch.

Gründe, die einer Erreichbarkeit der Ausbildungsstätte entgegenstehen, liegen vor, wenn

- die Sorgeberechtigten gestorben sind (vgl. Teilziffer 2.1a.5) oder
- den Eltern bzw. dem bisher sorgeberechtigten Elternteil das Aufenthaltsbestimmungsrecht entzogen ist (vgl. Teilziffer 2.1a.6).

2.1a.9 Gymnasien verschiedenen Typs sind keine einander entsprechenden Ausbildungsstätten.

Gymnasien sind z.B. dann verschiedenen Typs, wenn sie unterschiedliche Aufnahmevoraussetzungen haben oder sich aufgrund eines nicht unerheblichen Anteils spezieller, über den üblichen Fächerkanon hinausgehender sprach- bzw. berufsspezifischer Unterrichtsangebote unterscheiden, die der Schule insgesamt eine besondere Prägung geben. Eine berufsspezifische Zusatzausbildung, die neben dem gymnasialen Unterricht angeboten wird, führt auch dann zu einer fehlenden Entsprechung, wenn sie selbst nach dem Gesetz nicht förderungsfähig ist.

Bei beruflichen Gymnasien handelt es sich um Schulen mit profilgebenden berufsbezogenen Schwerpunkten.

Lediglich unterschiedliche Schwerpunkte reichen nicht aus. Auch die Sprachenfolge innerhalb eines gymnasialen Typs (welche Fremdsprachen ab welcher Jahrgangsstufe unterrichtet werden) ist unerheblich.

- 2.1a.12 Für Auszubildende mit einer Behinderung ist eine nicht auf die jeweilige Behinderung eingerichtete Ausbildungsstätte keine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte im Sinne des § 2 Absatz 1a. Die Teilziffern 14a.0.1 bis 14a.0.3 sind anzuwenden.
- 2.1a.13 Wenn die Aufnahme des Auszubildenden rechtlich zulässig ist, ist eine entsprechende Ausbildungsstätte vorhanden, unabhängig davon, ob sie beispielsweise koedukativ ist oder ob sie als Ganztagschule geführt wird.
- 2.1a.15 Der Besuch einer Ausbildungsstätte ist der auszubildenden Person nicht zumutbar, wenn dadurch die Ausbildung wesentlich beeinträchtigt würde.

Eine wesentliche Beeinträchtigung liegt z.B. vor, wenn die auszubildende Person infolge einer Veränderung ihrer Lebensverhältnisse und der ihrer Eltern während des letzten Schuljahres oder bei Gymnasien während des letzten oder der letzten beiden Schuljahre vor Abschluss des Ausbildungsabschnitts auf eine andere Ausbildungsstätte wechseln müsste.

- 2.1a.15a (neu) Werden Auszubildende in der Jahrgangsstufe 11 an Ausbildungsstätten nach Teilziffer 2.1.8 aufgrund des fachpraktischen Teils unter den Voraussetzungen des § 2 Absatz 4 für ein Praktikum gefördert, ist für die nachfolgende Jahrgangsstufe 12 die Regelung des § 2 Absatz 1a uneingeschränkt anzuwenden. Es soll bereits bei der Bewilligung für die Jahrgangsstufe 11 nach § 2 Absatz 4 auf den möglichen Wegfall der Förderung in der Jahrgangsstufe 12 hingewiesen werden.
- 2.2.2a (neu) Bei der Niederlassung einer in Deutschland staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Drittstaats, für deren Betrieb nach dem am Standort der Niederlassung geltenden Landeshochschulgesetzes eine staatliche Anerkennung vorliegt, kann die Gleichwertigkeit im Sinne des § 2 Absatz 2 unterstellt werden. Ist der Betrieb dieser Niederlassung ausnahmsweise ohne staatliche Anerkennung nach dem jeweiligen Landeshochschulgesetz möglich, bedarf es noch einer entsprechenden positiven Feststellung der Gleichwertigkeit, wobei sich die gemäß § 39 Absatz 3 zuständige Stelle das Prüfungsergebnis nach dem Landeshochschulgesetz zu eigen machen kann.
- 2.4.5 Praktikantinnen und Praktikanten sind förderungsrechtlich den Auszubildenden an den Ausbildungsstätten gleichzustellen, deren Besuch das Praktikum erforderlich macht.

Ob die Praktikumsstelle im Einzelfall die Anforderungen der Ausbildungsbestimmungen erfüllt, soll aufgrund einer entsprechenden Bescheinigung einer Ausbildungsstätte oder einer anderen Stelle entschieden werden. Bei Praktika im Ausland ist die Teilziffer 5.5.1 zu beachten.

- 2.4.9 Ergänzt das Praktikum eine Schulausbildung, die allein zum Besuch einer anderen Schule oder Hochschule nicht ausreicht, so steht es im Zusammenhang mit dieser Schulausbildung.

Ein Praktikum als praktischer Teil der Fachhochschulreife ist nach § 2 Absatz 4 in Verbindung mit Teilziffer 2.4.9 auch förderfähig, wenn die auszubildende Person den schulischen Teil der Fachhochschulreife an einem Gymnasium erworben hat und die übrigen Voraussetzungen nach § 2 Absatz 4 vorliegen.

Ob der Besuch des Gymnasiums als Ausbildungsstätte nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a förderfähig ist, ist dabei unerheblich.

- 2.5.2 Die Arbeitskraft der Auszubildenden wird durch die Ausbildung voll in Anspruch genommen, wenn die betriebene Ausbildung im Gesetz als Vollzeitform bezeichnet wird oder wenn nach den Ausbildungsbestimmungen oder der allgemeinen Erfahrung die Ausbildung (Unterricht, Vorlesung, Praktika, Vor- und Nachbereitung) 40 Zeitstunden pro Woche erfordert. Außerhalb der Ausbildung liegende Umstände, die die Arbeitskraft der auszubildenden Person in Anspruch nehmen, wie z.B. daneben bestehende Kinderbetreuungspflichten, bleiben außer Betracht.

Im schulischen Bereich ist eine Vollzeitausbildung nur anzunehmen, wenn die Unterrichtszeit mindestens 20 Zeitstunden pro Woche beträgt. Der Religionsunterricht ist mitzuzählen, auch wenn Auszubildende im Einzelfall daran nicht teilnehmen. Zu welcher Tageszeit der Unterricht erteilt wird, ist unerheblich.

An Hochschulen kann eine Vollzeitausbildung grundsätzlich angenommen werden, wenn im Durchschnitt pro Semester 30 ECTS-Leistungspunkte vergeben werden. Teilzeitausbildungen sind nicht förderungsfähig.

- 2.5.2a (neu) Bei einem Orientierungsangebot im Sinne der Teilziffer 7.1.10a kann regelmäßig von einer Vollzeitausbildung ausgegangen werden, wenn in den Studienordnungen mindestens 20 ECTS-Leistungspunkte je Semester, also zwei Drittel der an sich geforderten durchschnittlichen 30 ECTS-Leistungspunkte je Semester, verlangt werden und zugleich nach der Studienordnung die Möglichkeit besteht, die Anforderungen für den Leistungsnachweis nach § 48 Absatz 1 rechtzeitig zu erfüllen. Anstelle der mindestens 20 ECTS-Punkte kann das Vollzeiterfordernis während der Orientierungsphase auch durch verpflichtende begleitende Studienangebote sichergestellt sein.

- 2.6.1 (weggefallen)

- 2.6.4 Begabtenförderungswerke im Sinne dieser Vorschrift sind:

- a) Cusanuswerk e.V.
(Bischöfliche Studienförderung)
- b) Evangelisches Studienwerk e.V.
- c) Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

- d) Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
- e) Hans-Böckler-Stiftung
- f) Förderungswerk Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
- g) Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- h) Stiftung der Deutschen Wirtschaft gGmbH
- i) Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
- j) Studienstiftung des deutschen Volkes e.V.
- k) Rosa Luxemburg Stiftung
- l) Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk e.V.
- m) Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung gemeinnützige Gesellschaft mbH
- n) Avicenna-Studienwerk e.V.

Diese Institutionen werden nur insoweit als Begabtenförderungswerk tätig, als sie hierfür öffentliche Mittel einsetzen.

2.6.4a Der Leistungsausschluss nach § 2 Absatz 6 Nummer 2 gilt für den Zeitraum, für welchen den Auszubildenden finanzielle Leistungen eines Begabtenförderungswerkes bewilligt sind (z.B. Studienkostenpauschale, Leistungen zum Lebensunterhalt), und nicht bereits, wenn sie lediglich in die Begabtenförderung aufgenommen worden sind. Leistungen der ideellen Förderung (z.B. Teilnahme an Veranstaltungen oder Erstattung von Fahrtkosten) seitens der Begabtenförderungswerke, die zwischen dem Zeitpunkt der Aufnahme in die Begabtenförderung und dem Datum der Bewilligung finanzieller Leistungen liegen, fallen nicht in den Anwendungsbereich des § 2 Absatz 6 Nummer 2.

2.6.5 Unter § 2 Abs. 6 Nr. 3 fallen insbesondere

- a) Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und
- b) ihnen gleichgestellte Anwärtinnen und Bewerber in einem Dienstverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses,

die Bewerberbezüge (z.B. § 59 Bundesbesoldungsgesetz) oder eine vergleichbare Ausbildungsvergütung erhalten.

§ 2 Abs. 6 Nr. 3 bezieht sich nicht auf Auszubildende, die im Zusammenhang mit dem Besuch einer Ausbildungsstätte im Sinne des § 2 ein Praktikum ableisten (z.B. Sozialarbeiter), auch wenn sie dafür eine Praktikantenvergütung aus öffentlichen Kassen erhalten.

- 4.0.4 Die auszubildende Person nimmt an Fernunterrichtslehrgängen nach § 3 im Inland nur dann teil, wenn das Fernlehrinstitut seinen Sitz und die auszubildende Person ihren ständigen Wohnsitz in diesem Gebiet haben.
- 4.0.4a (neu) Die Teilnahme an Online-Ausbildungsgängen an Ausbildungsstätten nach § 2 mit Inlandssitz beziehungsweise Niederlassung im Inland bei Inlandswohnsitz der auszubildenden Person ist förderfähig nach § 4.
- 4.0.4b (neu) Die Teilnahme an Online-Ausbildungsgängen an Ausbildungsstätten in der EU oder der Schweiz ist bei Inlandswohnsitz der auszubildenden Person förderfähig nach § 4, wenn die Gleichwertigkeit analog der Ausbildungsstätten gemäß § 2 Absatz 2, § 5 Absatz 4 festgestellt wird.
- 4.0.4c (neu) Die Teilnahme an Online-Ausbildungsgängen an Ausbildungsstätten nach § 2 mit Inlandssitz beziehungsweise Niederlassung im Inland und Wohnsitz der auszubildenden Person in der EU oder der Schweiz ist für Auszubildende im Sinne von § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 förderfähig nach § 4.
- 4.0.4d (neu) Die Teilnahme an Online-Ausbildungsgängen an Ausbildungsstätten in der EU oder der Schweiz ist bei Wohnsitz der auszubildenden Person in der EU oder der Schweiz förderfähig nach § 4, wenn die Gleichwertigkeit analog der Ausbildungsstätten gemäß § 2 Absatz 2, § 5 Absatz 4 festgestellt wird und die persönlichen Fördervoraussetzungen nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 sowie der Nachweis der hinreichenden Verbundenheit zum Inland gemäß § 5 Absatz 2 Satz 4 vorliegen.
- 4.0.4e (neu) Überwiegt bei Mischformen der Online-Anteil im Ausbildungsgang gegenüber den Präsenzphasen, liegt ein Online-Ausbildungsgang nach den Teilziffern 4.0.4a bis 4.0.4d vor.

§ 5

- 5.1.1 Für die Ermittlung des ständigen Wohnsitzes ist allein auf den Gesetzeswortlaut abzustellen. Ein Wohnsitz im Sinne der Meldegesetze der Länder ist lediglich Anhaltspunkt, reicht aber für sich allein für die Feststellung des ständigen Wohnsitzes nicht aus.

Auszubildende, die sich ausschließlich zum Zweck der Ausbildung in einem ausländischen Staat aufhalten, haben weiterhin ihren ständigen Wohnsitz im Inland.

Haben Auszubildende nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 keinen ständigen Wohnsitz im Inland, kommt Ausbildungsförderung in Betracht, wenn eine hinreichende Verbundenheit zur Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen wird; vgl. hierzu Teilziffer 5.2.2.

Liegen weder ein ständiger Wohnsitz im Inland noch eine hinreichende Verbundenheit zur Bundesrepublik Deutschland vor, kommt für Auszubildende mit deutscher

Staatsangehörigkeit Ausbildungsförderung ausschließlich unter den Maßgaben des § 6 in Betracht.

5.2.1 (weggefallen)

5.2.2 (neu) Haben Auszubildende nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 keinen ständigen Wohnsitz im Inland, kommt für eine Ausbildung innerhalb der EU Ausbildungsförderung bei Vorliegen eines ausreichenden Grades der Verbundenheit zum Inland in Betracht (vgl. § 5 Absatz 2 Satz 4).

a) Ein ausreichender Grad der Verbundenheit ist stets zu bejahen, wenn:

- die Zugangsberechtigung für die zu fördernde Ausbildung oder ein beruflicher Abschluss im Inland erworben wurde oder
- mindestens 4 Jahre der Schulzeit im Inland verbracht wurden oder
- in den letzten 10 Jahren für eine ununterbrochene Dauer von mindestens 2 Jahren ein ständiger Wohnsitz im Inland vorgelegen hat oder
- durch die auszubildende Person oder wenigstens durch einen unterhaltsverpflichteten Elternteil bzw. Ehegatten oder Lebenspartner der auszubildenden Person eine Erwerbstätigkeit für die Dauer von mindestens 3 der letzten 6 Jahre im Inland ausgeübt wurde.

b) Ist keines der oben aufgeführten Kriterien erfüllt, kann ein ausreichender Grad der Verbundenheit im Rahmen der notwendigen Einzelfallprüfung auch durch eine aussagekräftige Kombination von mindestens zwei der nachfolgend genannten Kriterien nachgewiesen werden:

- Familiäre Inlandsbeziehungen: etwa eine oder mehrere Personen aus der „Kernfamilie“ von Eltern und Geschwistern oder Ehegatte bzw. Lebenspartner, die mehrere Jahre ihren ständigen Wohnsitz im Inland hatten oder dort erwerbstätig waren;
- Sprachkenntnisse: etwa durch den Nachweis eines Sprachzertifikats der deutschen Sprache auf dem Niveau der fünften Stufe (C1) auf der sechsstufigen Kompetenzskala des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen, wobei auf diesen Nachweis verzichtet werden kann, wenn in geeigneter Art und Weise glaubhaft gemacht wird, dass Deutsch als Muttersprache fließend beherrscht wird;
- soziale Bindung zum Inland: etwa eine teilweise verbrachte Schul- bzw. Ausbildungszeit im Inland oder das zumindest teilweise Aufwachsen in einem Haushalt im Inland während der Schul- bzw. Ausbildungszeit, oder unmittelbar ans Inland anknüpfende soziale Bindungen, wie längerfristig angelegte Mitgliedschaften in Organisationen oder Vertragsschlüsse von substantiellem Gewicht, die künftige Aufenthalte im Inland erforderlich machen können, oder der Erwerb der Zugangsberechtigung für die zu fördernde Ausbildung an einer sog. Deutschen Auslandsschule;
- wirtschaftliche Bindung zum Inland: etwa eine eigene mehrjährige Tätigkeit oder die eines unterhaltsverpflichteten Elternteils bzw. Ehegatten oder

Lebenspartners im Inland oder eine solche Tätigkeit im Ausland für die in Teilziffer 6.0.5. genannten im Inland ansässigen Dienstherrn bzw. Arbeitgeber.

5.2.3 Zu der Förderung von Fern- und Online-Ausbildungsgängen siehe Teilziffer 4.0.4b ff.
(neu)

5.2.4 Liegen die Voraussetzungen für die Leistung von Ausbildungsförderung nach Absatz 2 nicht vor, wird Ausbildungsförderung auch dann nicht geleistet, wenn die auszubildende Person für eine Ausbildung im Ausland nur den Bedarf für eine Ausbildung im Inland in Anspruch nehmen will.

Abweichend kann für höchstens zwölf Monate Inlandsförderung gewährt werden, wenn Auszubildende

- a) zum Zweck der Anfertigung einer für die Erlangung des Ausbildungsziels bestimmten Abschlussarbeit (z.B. Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeit) eine Bildungseinrichtung oder einen Betrieb im Ausland besuchen,
- b) die Immatrikulation weiterhin ausschließlich im Inland erfolgt und
- c) das Vorhaben in das weiterhin förderungsfähige Inlandsstudium eingebunden ist (vgl. zur Zuständigkeit Teilziffer 45.4.4).

Hinsichtlich des Besuches der Ausbildungsstätte oder der Teilnahme an einem Praktikum gilt Teilziffer 9.2.2. Zu dem praktischen Jahr in den Studiengängen Medizin und Pharmazie siehe Teilziffer 5.5.4.

Studien- und Projektarbeiten für ein Inlandsstudium, die in der vorlesungsfreien Zeit im Ausland angefertigt werden, stehen der nach § 15 Absatz 2 durchgängigen Förderung des Inlandsstudiums nicht entgegen, wenn die Auszubildenden nicht ihrerseits unter den Voraussetzungen des § 5 Auslandsförderung erhalten.

5.2.5 Nach dem Ausbildungsstand förderlich ist eine Ausbildung, wenn die auszubildende Person die Grundkenntnisse in der gewählten Fachrichtung während einer zumindest einjährigen Ausbildung im Inland oder (bei befristeten Drittstaatsaufenthalten nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1) im Rahmen einer Ausbildung im Ausland nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 zuvor im EU-Ausland oder der Schweiz bereits erlangt hat, wobei diese einjährige Ausbildung auch in Teilzeit absolviert worden sein kann.

Ebenso ist eine Ausbildung nach dem Ausbildungsstand förderlich, wenn sie in ein Stipendien- oder Austauschprogramm des DAAD, des Erasmus+ - Programms oder ein anderes, vom zuständigen Bundesministerium im Einvernehmen mit den zuständigen Landesministerien als besonders förderungswürdig anerkanntes Förderungsprogramm eingebettet ist.

Förderlich ist eine Ausbildung im Ausland auch, wenn

- diese für einen früheren Zeitpunkt in den Ausbildungsbestimmungen vorgeschrieben ist oder
- die entsendende Hochschule die Förderlichkeit bestätigt.

- 5.2.8 Liegt in den Fällen des § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 4 bis zum Beginn der Auslandsausbildung keine Immatrikulations- oder Schulbescheinigung entsprechend Teilziffer 9.2.2 vor, ist Ausbildungsförderung dennoch zu bewilligen, sofern die übrigen Förderungsvoraussetzungen vorliegen.

Bei schulischen Ausbildungen gilt dies nur, wenn eine Ausbildungsplatzzusage oder ein entsprechender Nachweis vorgelegt wird.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Bewilligungsbescheid aufgehoben werden kann, wenn die Immatrikulations- bzw. Schulbescheinigung nicht innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Auslandsausbildung vorgelegt wird.

- 5.2.8a Bei einer Verlängerung eines Auslandsstudienaufenthalts im selben Land ist kein neuer (neu) Antrag, sondern lediglich eine Mitteilung an das zuständige Auslandsamt erforderlich. Dies gilt auch, wenn die entsprechende Mitteilung erst nach Ablauf des zunächst beim Auslandsförderungsamt angegebenen Auslandsaufenthaltes (verspätet) erfolgt. In den Fällen einer Verlängerung des Auslandsaufenthalts wird lediglich ein Bewilligungszeitraum gebildet, der auch die Monate umfasst, in denen keine Mitteilung über die Verlängerung des Auslandsaufenthalts erfolgt ist. Die Studiengebühren- und Reisekostenzuschläge, die erst nur auf den zunächst bewilligten kürzeren Zeitraum umgelegt worden sind, sind auf den gesamten Bewilligungszeitraum umzulegen.

- 5.2.9a Für den Besuch von Ausbildungsstätten in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist die Mindestdauer nach § 5 Absatz 2 Satz 2 bei Auszubildenden gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 nicht zu prüfen, sofern eine vergleichbare Ausbildung im Inland förderungsfähig wäre, vgl. § 5 Absatz 2 Satz 3.

Beim Besuch von Ausbildungsstätten außerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gilt: Die Mindestdauer nach § 5 Absatz 2 Satz 2 ist auch erfüllt, wenn statt Semester Quarters vorgesehen sind und der Aufenthalt mindestens zwei Quarters dauert oder wenn ein Trimester entsprechend der Ausbildungstaktung vor Ort absolviert wird, sofern die tatsächlichen Vorlesungszeiten der Dauer der inländischen Vorlesungszeiten eines Semesters im Wesentlichen entsprechen. Davon ist auszugehen, wenn die tatsächliche Vorlesungszeit mindestens 13 Vorlesungswochen und einen Tag beträgt. Bei der Ermittlung der tatsächlichen Vorlesungszeiten sind auch die Orientierungs- und Prüfungszeiten als Vorlesungszeiten zu berücksichtigen, wenn die auszubildende Person beabsichtigt, an diesen teilzunehmen. Dabei ist es unschädlich, wenn die Prüfungen online stattfinden und die Studienordnung dies so vorsieht.

Als Semester gelten auch Schulhalbjahre bei schulischen Ausbildungen.

- 5.2.9b Grenzüberschreitende Kooperationen im Sinne von § 5 Absatz 2 Satz 2 letzter Halbsatz (neu) können unter § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 fallen.

Eine Kooperationsvereinbarung ist nur dann anzuerkennen, wenn sie in schriftlicher Form geschlossen oder im Rahmen einer mehrjährigen Praxis umgesetzt wurde. Absprachen zwischen einzelnen Beschäftigten der Ausbildungsstätten, die nicht von der

jeweiligen Ausbildungsstätte legitimiert wurden, stellen keine Kooperationsvereinbarung dar.

Der Besuch einer in einem Drittstaat gelegenen Ausbildungsstätte ist bei einem mindestens zwölf Wochen dauernden Ausbildungsaufenthalt förderungsfähig, wenn er im Rahmen einer Kooperation zwischen einer deutschen oder einer Ausbildungsstätte aus einem EU-Staat und der Ausbildungsstätte aus dem Drittstaat erfolgt (vgl. § 5 Absatz 2 Satz 2).

Die Mindestaufenthaltsdauer von 12 Wochen greift jedoch nicht, wenn es sich um eine Kooperation zwischen Ausbildungsstätten in Deutschland und mindestens einem EU-Staat bzw. Ausbildungsstätten in mindestens zwei EU-Staaten handelt.

5.2.9b 5.2.10

bis bis (weggefallen)

5.2.15 5.2.13

5.2.14 (neu) An der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit muss nicht zwingend eine deutsche Ausbildungsstätte beteiligt sein. Ausreichend ist stattdessen die Zusammenarbeit einer in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union gelegenen Ausbildungsstätte mit einer anderen Ausbildungsstätte.

5.2.15 (neu) Zu Mindestdauern und Kooperationen siehe 5.2.9a und 5.2.9b.

5.2.16 Bei integrierten Studiengängen erfolgt eine Förderung unabhängig davon, ob die Ausbildung an der deutschen bzw. in der Europäischen Union gelegenen Ausbildungsstätte oder der ausländischen Ausbildungsstätte begonnen oder fortgesetzt wird.

5.2.17 Bei integrierten Bachelor-/Masterstudiengangkombinationen ist die Förderung des Bachelorstudiengangs bis zum Abschluss in einem Drittstaat möglich, wenn der Masterstudiengang im Inland oder einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union durchgeführt wird. Dem Bachelorstudiengang steht der Baccalaureusstudiengang, dem Masterstudiengang der Magisterstudiengang oder der postgraduale Diplomstudiengang gleich.

5.2.20 Die Auslandsausbildung wird regelmäßig zunächst nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 gefördert. Ein Wechsel in § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 erfolgt, wenn der Auszubildende von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union in einen anderen wechselt oder seine Ausbildung ohne Vorliegen der Gründe nach § 16 Absatz 2 länger als ein Jahr oder ansonsten länger als die nach § 16 Absatz 2 gewährte Zeit in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union fortsetzt.

Erklärt der Auszubildende von vornherein, seine Ausbildung vollständig im EU-Ausland oder der Schweiz zu absolvieren, ist er von Anfang an nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 zu fördern.

Wird die im EU-Ausland oder der Schweiz begonnene und dort angestrebte Vollausbildung nach einem Wechsel oder Abbruch im Inland fortgeführt, muss die vorangegangene Auslandsausbildung weiterhin wie ein Auslandsaufenthalt im Sinne von § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 BAföG behandelt werden. Die Ausbildungszeit im Ausland kann dann gemäß § 5a Satz 1 BAföG bis zu einem Jahr unberücksichtigt bleiben.

Eine Auslandsausbildung, die zunächst ausschließlich in mehreren Staaten innerhalb der Europäischen Union oder der Schweiz betrieben wird, bleibt bei der Prüfung der Voraussetzungen des § 16 Absatz 1 außer Betracht.

5.2.21 (weggefallen)

5.2.22 (weggefallen)

Zu Nummer 4 (neu)

5.2.23 Erstreckt sich die einjährige Ausbildung auf mehr als 12 Monate, weil die Ausbildung (neu) nicht zum Monatsanfang aufgenommen bzw. beendet wird, kann ein Bewilligungszeitraum von 13 Monaten gebildet werden.

Die Förderung nach § 15 Absatz 3, 4 und 5 ist bei Vorliegen der Voraussetzungen bei einer Ausbildung nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 möglich.

5.4.1 Der Besuch einer Ausbildungsstätte ist gleichwertig, wenn er unter entsprechenden Zugangsvoraussetzungen und bei vergleichbarer Qualität der vermittelten Ausbildung zu einem Ausbildungsabschluss führt, der einem durch den Besuch der im Inland gelegenen Ausbildungsstätte erzielten Abschluss gleichwertig ist.

Für den Vergleich zur Beurteilung der Gleichwertigkeit des Besuchs der ausländischen Ausbildungsstätte sind dabei nicht der konkrete Ausbildungsgang oder einzelne besuchte Lehrveranstaltungen maßgeblich, sondern die Art der Ausbildungsstätte (institutionelle Gleichwertigkeit). Die Art der ausländischen Ausbildungsstätte muss einer der in § 2 genannten Ausbildungsstätten zugeordnet werden können. Maßgeblich für diese Zuordnung sind Art und Inhalt der Ausbildung (§ 2 Absatz 1 Satz 2). Damit kann im Rahmen der Studierendenförderung ein Förderungsanspruch beispielsweise auch bestehen, wenn an der ausländischen Hochschule Kurse in einem Bachelor-Studiengang belegt werden, die der inländischen Hochschulausbildung in einem Masterstudiengang förderlich sind und zumindest teilweise auf die vorgeschriebene oder übliche Ausbildungszeit des inländischen Masterstudiengangs angerechnet werden können (vgl. § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1).

Wurde z.B. im Bereich der Schülerförderung die Gleichwertigkeit des Besuchs einer ausländischen Ausbildungsstätte festgestellt, kommt es nicht mehr darauf an, ob die Ausbildung in Deutschland auf demselben Niveau durchgeführt wird (z.B. Lehrerausbildung an einer Fachschule) und der Ausbildungsabschluss in Deutschland anerkannt werden kann bzw. die Ausbildung zu einer Berufsbefähigung in Deutschland führt.

Wird im Anschluss an einen Realschulabschluss und mit der Absicht, danach eine Fachoberschule zu besuchen, eine Ausbildung in einem ausländischen Staat betrieben, in

dem es keine der Fachoberschule gleichwertige Ausbildungsstätte gibt, ist dies in den Fällen der Teilziffer 5.2.6 förderungsunschädlich, wenn die ausländische Ausbildungsstätte mit einer gymnasialen Oberstufe gleichwertig ist.

5.4.2 Maßstab für die Gleichwertigkeit sind die Definitionen der Ausbildungsstättenarten in den Teilziffern 2.1.6 bis 2.1.8, 2.1.14 und 2.1.16 bis 2.1.19a. Besonderheiten der landesrechtlichen Bestimmungen des Landes, in dem das zuständige Amt seinen Sitz hat, bleiben außer Betracht.

5.4.4 (neu) Bietet eine staatliche oder staatlich anerkannte deutsche Hochschule oder eine Hochschule aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, die dort staatlich oder staatlich anerkannt ist, in ihrer Niederlassung oder unter vertraglich geregelter Einbindung einer nichthochschulischen Bildungseinrichtung im In- oder EU-Ausland die Vermittlung der in der Studienrichtung der Hochschule vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte in Übereinstimmung mit dem Recht des jeweiligen Herkunftsstaates/-landes an und verleiht sie ihre landeseigenen Grade, ist aufgrund der EU-rechtlichen Regelungen (Niederlassungsfreiheit, Berufsankennungsrichtlinie usw.) nicht zwischen der gradverleihenden Hochschule und der von ihr betriebenen Niederlassung sowie dem eingebundenen Kooperationspartner zu differenzieren. Eine Prüfung der Gleichwertigkeit der Niederlassung bzw. des Kooperationspartners ist nicht angezeigt, vielmehr ist auf die Gleichwertigkeit der Hochschule selbst abzustellen. Gleiches gilt, wenn die zuvor genannten Hochschulen Studiengänge in ihrer Niederlassung oder unter Einbeziehung einer nichthochschulischen Bildungseinrichtung im außereuropäischen Ausland in Übereinstimmung mit dem Recht des jeweiligen Herkunftsstaates/-landes durchführen und sie ihre landeseigenen Grade verleihen. Durchführung und Qualität der Ausbildung unterliegen in diesen Fällen der Verantwortung der Hochschule und des aufsichtführenden Herkunftsstaates/-landes. Ist die gewählte Konstruktion im Herkunftsstaat/-land zugelassen und akkreditiert, kann die Gleichwertigkeit im Sinne des § 5 Absatz 4 unterstellt werden.

Bietet eine Hochschule eines Drittstaates, ihre Niederlassung oder die Hochschule gemeinsam mit einer nichthochschulischen Bildungseinrichtung eine Ausbildung im Ausland an, kann Auslandsförderung nur gewährt werden, wenn die Gleichwertigkeit der Ausbildungsstätte gemäß § 5 Absatz 4 festgestellt worden ist.

5.4.7 Bei einer Ausbildung im Ausland entfällt grundsätzlich eine Prüfung der Voraussetzungen des § 2 Absatz 1a.

Die Prüfung der Voraussetzungen des § 2 Absatz 1a findet nur beim Besuch von Berufsfachschulen sowie Fachschulen im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 statt, es sei denn, deren Besuch ist auf den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife gerichtet, und es wird nur ein Teil der Ausbildung im Ausland absolviert.

5.5.1 Ein Auslandspraktikum kann nach § 5 Absatz 5 nur gefördert werden, wenn das Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 Absatz 4 von der inländischen Ausbildungsstätte bestätigt wird. Eine eigene Prüfung des Auslandsamtes der Ausbildungsbestimmungen ist dann nicht angezeigt. Teilziffer 5.2.5 gilt entsprechend mit der Ausnahme, dass Pflichtpraktika in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die in § 8 Absatz 1

Nummer 1 bis 5 genannten Personen von Beginn der Ausbildung an förderungsfähig sind.

Vorpraktika im Ausland sind grundsätzlich nicht förderfähig, mit Ausnahme von Vorpraktika im EU-Ausland, wenn sie im Inland förderfähig wären.

- 5.5.3 (neu) Für ein Praktikum, das in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durchgeführt wird, ist die Minstdauer nach § 5 Absatz 5 Satz 2 nicht zu prüfen.

Die außerhalb der EU erforderliche Mindestpraktikumsdauer von zwölf Wochen ist auch dann zu bejahen, wenn die tatsächliche Praktikumsdauer 11 Wochen und 5 Werktage beträgt.

Das Praktikum kann auch durch die zeitliche Kombination mehrerer Wahlpflichtpraktika mit einer jeweils kürzeren Dauer zusammengesetzt werden, sofern dies im Rahmen der jeweiligen Studienordnung zulässig und möglich ist und die Kombination ein einheitliches Praktikum darstellt. Als einheitliches Pflichtpraktikum stellt sich eine Kombination kürzerer Wahlpflichtpraktika jedenfalls dann dar, wenn diese

- in einem einzigen zusammenhängenden Zeitraum,
- in demselben Land und
- in derselben Praktikumsstätte

absolviert werden.

- 5.5.4 (neu) Eine praktische Ausbildung im Rahmen von medizinisch-pharmazeutischen Ausbildungsgängen (Praktisches Jahr) ist im Ausland nach § 5 Absatz 5 als Praktikum zu fördern, wenn keine Immatrikulation an einer ausländischen Ausbildungsstätte vorliegt.

- 5.5.5 (neu) Bei einem sich an einen Auslandsstudienaufenthalt anschließenden Praktikum im selben Land ist kein neuer Antrag, sondern lediglich eine Mitteilung an das zuständige Auslandsamt erforderlich. Dies gilt auch, wenn die entsprechende Mitteilung erst nach Ablauf des zunächst beim Auslandsförderungsamt angegebenen Auslandsaufenthaltes (verspätet) erfolgt. In den Fällen der Verlängerung eines Auslandsaufenthaltes wird lediglich ein Bewilligungszeitraum gebildet, der auch die Monate umfasst, in denen keine Mitteilung über die Verlängerung des Auslandsaufenthaltes erfolgt ist. Die Studiengebühren- und Reisekostenzuschläge, die erst nur auf den zunächst bewilligten kürzeren Zeitraum umgelegt worden sind, sind auf den gesamten Bewilligungszeitraum umzulegen.

§ 5a

- 5a.0.1 Ob der Auslandsaufenthalt als ein notwendig im Ausland durchzuführender Teil der Ausbildung im Sinne des § 5a Satz 4 vorgeschrieben ist, ist unter Berücksichtigung der Ausbildungsbestimmungen der inländischen Hochschule zu ermitteln. Nicht als ein notwendig im Ausland durchzuführender Teil der Ausbildung gilt ein Auslandsaufenthalt, wenn die Ausbildungsbestimmungen der inländischen Hochschule

zu einem Zwei- oder Mehrfächerstudiengang die Ausbildung in nur einem der Fächer als notwendig im Ausland durchzuführen festlegen. Es liegt ebenfalls kein notwendig im Ausland durchzuführender Teil der Ausbildung vor, sofern eine Wahlmöglichkeit zwischen Inlands- und Auslandspraktikum besteht.

- 5a.0.1a §5a findet unabhängig davon Anwendung, ob die Ausbildungszeit im Ausland förderungsfähig war, tatsächlich gefördert wurde oder im Rahmen der im Inland durchgeführten Ausbildung absolviert wurde. Auch Zeiten eines während einer Ausbildung absolvierten Sprachaufenthalts können nach § 5a unberücksichtigt bleiben.

§ 5a findet keine Anwendung auf Auslandsaufenthalte, die nach Teilziffer 5.2.4 mit Inlandsförderung gefördert werden.

Für die Anwendung von § 5a bei vorherigen im Ausland verbrachten Ausbildungszeiten der Personengruppen nach Teilziffer 7.1.15 Satz 9 Buchstabe a und b siehe auch Teilziffern 7.1.15 und 7.3.19.

- 5a.0.2 Eine positive oder negative Entscheidung eines Antrags auf Ausbildungsförderung für eine Auslandsausbildung hat keine Bindungswirkung im Sinne des § 50 Absatz 1 Satz 3 für die Förderung einer anschließenden Ausbildung im Inland. § 5a geht als Spezialnorm der Regelung in § 50 Absatz 1 Satz 3 vor.

Während einer anschließenden Ausbildung im Inland bleibt das erste Jahr der Ausbildung im Ausland unberücksichtigt

- a) bei der Zählung der Fachsemester für die Vorlage der Eignungsnachweise nach § 48 sowie für die Festsetzung des Endes der Förderungshöchstdauer,
- b) bei der Prüfung, ob die auszubildende Person die Fachrichtung gewechselt oder die Ausbildung abgebrochen hat.

- 5a.0.3 Die gesamte im Ausland verbrachte Ausbildungszeit verlängert die Förderungsdauer bis zu maximal einem Jahr, wenn der Auslandsaufenthalt noch innerhalb der Förderungshöchstdauer oder vor dem Ende der Förderungsdauer nach § 15 Absatz 3 oder 4 BAföG begonnen wurde.

- 5a.0.4 § 5a Satz 1 findet Anwendung auf Zeiten der Auslandsausbildung, die an einer nach § 5 Absatz 4 gleichwertigen Ausbildungsstätte oder in einem mit der Ausbildung zusammenhängendem Praktikum absolviert werden.

§ 5a Satz 1 und 2 finden keine Anwendung auf Praktika und Studienaufenthalte, die nach den Ausbildungsbestimmungen der inländischen Hochschule pflichtgemäß im Ausland zu absolvieren sind. Gleiches gilt für Ausbildungsaufenthalte im Ausland bei gleichzeitiger Beurlaubung im Inland sowie für Auslandsausbildungen, die erst nach Abschluss der Inlandsausbildung aufgenommen wurden.

- 5a.0.5 (weggefallen)

- 5a.0.6 Bei vollständig im EU-Ausland oder der Schweiz absolvierten Auslandsausbildungen (neu) nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 ist § 5a nicht anwendbar.

- 5a.0.7 Während eines Ausbildungsabschnitts kann die Vergünstigung des § 5a nur einmal in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch, wenn sich der Zeitraum von bis zu einem Jahr aus mehreren, nicht zusammenhängend absolvierten Auslandsaufenthalten zusammensetzt. Die Zeiten mehrerer, nicht zusammenhängend absolvierter Auslandsaufenthalte sind zu addieren.

§ 6

- 6.0.1 Für Deutsche mit Auslandswohnsitz ist stets vorrangig ein Rechtsanspruch nach § 5 Absatz 2 zu prüfen. Kann für Deutsche mit Auslandswohnsitz im Rahmen dieser Prüfung eine hinreichende Verbundenheit zum Inland nach § 5 Absatz 2 Satz 4 nicht nachgewiesen werden, ist der Anwendungsbereich des § 6 eröffnet.

Im Rahmen einer ermessensabhängigen Ausbildungsförderungsentscheidung nach § 6 sind die anderen Vorschriften des Gesetzes uneingeschränkt anzuwenden, soweit nicht im Folgenden Ausnahmen vorgesehen sind.

Die Entscheidung über die Leistung von Ausbildungsförderung nach § 6 ist – abweichend von dem Grundsatz über den Rechtsanspruch auf Förderungsleistungen – in das pflichtgemäße Ermessen des Amtes gestellt. Die Leistung kann nur ausnahmsweise gewährt werden, wenn im Einzelfall besondere Umstände vorliegen. Auszubildende mit ständigem Wohnsitz in einem ausländischen Staat sind vorrangig auf die Durchführung der Ausbildung im Inland zu verweisen.

An das Vorliegen der besonderen Umstände des Einzelfalls sind strenge Anforderungen zu stellen. Sie müssen zu den allgemeinen Leistungsvoraussetzungen, deren Erfüllung für die Leistung von Ausbildungsförderung für den Besuch einer im Inland gelegenen Ausbildungsstätte erforderlich ist, hinzutreten.

Das Vorliegen besonderer Umstände kann grundsätzlich bejaht werden, wenn der auszubildenden Person die Durchführung der Ausbildung im Inland nicht zuzumuten ist. Dies ist in der Regel anzunehmen bei Auszubildenden, deren Bedarf sich nach § 12 bestimmt.

Hinsichtlich der Unzumutbarkeit für Auszubildende, deren Bedarf sich nach § 13 bestimmt, vgl. Teilziffer 6.0.12.

- 6.0.12 Die Unzumutbarkeit der Durchführung der Ausbildung im Inland kann sich für Auszubildende, deren Bedarf sich nach § 13 bestimmt, z.B. ergeben
- a) aus Gründen, die in der auszubildenden Person selbst liegen: z.B. die auszubildende Person ist krank oder behindert und bedarf daher der Betreuung durch ihre Eltern, Ehegatten oder Lebenspartner oder andere nahe Angehörige oder der Unterbringung in einem ausländischen Heim;
 - b) aus ihrer engen persönlichen oder familiären Umgebung: z.B. die Eltern, Ehegatten oder Lebenspartner oder andere nahe Angehörige der Auszubildenden sind krank, behindert oder gebrechlich und bedürfen deshalb zur Betreuung ihrer Anwesenheit;

- c) aus Ausbildungsgründen: z.B. die Auszubildenden besuchen im Aufenthaltsland eine deutsche Ausbildungsstätte, die nach Zugangsvoraussetzungen, Art und Inhalt der Ausbildung sowie nach vermitteltem Ausbildungsabschluss den im Inland maßgeblichen Ausbildungsstättenarten (vgl. Teilziffern 2.1.12, 2.1.13 und 2.1.16 bis 2.1.19a) gleichwertig ist;
- d) aus wirtschaftlichen Gründen: z.B. die Eltern der Auszubildenden oder diese selbst geraten während des Ausbildungsabschnitts in eine nicht voraussehbare wirtschaftliche Notlage (Hilfsbedürftigkeit im Sinne des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch oder Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) und ein daher drohender Abbruch der Ausbildung in dem ausländischen Staat bzw. eine Fortsetzung der Ausbildung im Inland würde eine Härte darstellen;
- e) aus der Familienzugehörigkeit zu einer der in Teilziffer 6.0.5 aufgeführten Personengruppen, wenn diese Personen auf Weisung oder Veranlassung ihres Dienstherrn oder Arbeitgebers aus dem Inland in einen ausländischen Staat verzogen sind.

6.0.13 Die Höhe des monatlich zu leistenden Bedarfs bestimmt sich nach § 12 Absatz 1 und 2 und § 13 Absatz 1 und 2 (Teilziffer 6.0.8 ist hinsichtlich der Einstufung der besuchten Ausbildungsstätte und der Bedarfsbemessung zu beachten).

6.0.14 Leistungen nach der Verordnung über Zusatzleistungen in Härtefällen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Härteverordnung) und der Verordnung über die Zuschläge zu dem Bedarf nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz bei einer Ausbildung im Ausland (BAföG-Auslandszuschlagsverordnung) sind nicht zulässig. Nach den besonderen Verhältnissen im Aufenthaltsland unabweisbar notwendige Ausbildungsaufwendungen können berücksichtigt werden. An den Nachweis sind strenge Anforderungen zu stellen.

§ 7

7.1.0 Vorkurse nach der Verordnung über die Ausbildungsförderung für die Teilnahme an
(neu) Vorkursen zur Vorbereitung des Besuchs von Kollegs und Hochschulen (Vorkurseverordnung) sind nur förderungsfähig, wenn der Auszubildende sowohl für den Vorkurs selbst als auch für die anschließende Ausbildung, auf die der jeweilige Vorkurs vorbereitet, die Fördervoraussetzungen (insbesondere des § 7) individuell erfüllt.

Sofern vor der Aufnahme der anschließenden Ausbildung von der Ausbildungsstätte keine Bescheinigungen über Zulassung und Einstufung der auszubildenden Person ausgestellt werden, genügt eine Plausibilitätsprüfung.

7.1.1 Ausbildung ist die auf mindestens ein halbes Jahr bzw. ein Schul- oder Studienhalbjahr angelegte, planmäßig geordnete Vermittlung allgemeiner und/oder beruflicher und/oder wissenschaftlicher Kenntnisse oder Fertigkeiten durch hierzu qualifizierte Personen.

Eine Ausbildung im Sinne des § 7 Absatz 1 kann auch ein Studiengang nach § 7 Absatz 1a sein, wenn der Grundförderanspruch nach Absatz 1 noch nicht ausgeschöpft ist und die sonstigen Voraussetzungen vorliegen.

Auch eine fachlich weiterführende Ausbildung oder eine Ausbildung an Kollegs, Abendgymnasien usw. kann noch im Rahmen von § 7 Absatz 1 liegen.

7.1.2 Nicht zu den Ausbildungen im Sinne der §§ 2 und 3 gehören berufliche Ausbildungen in Betrieben oder an überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

7.1.3 Für die Beurteilung, ob vorhergehende Ausbildungen berufsbildend im Sinne des § 7 Absatz 1 waren, kommt es allein darauf an, ob es sich hierbei um Ausbildungen im Sinne der §§ 2 und 3 gehandelt hat, die gemäß § 2 Absatz 5 in Vollzeit durchgeführt wurden. Unerheblich ist, ob die Voraussetzungen des § 2 Absatz 1a vorgelegen haben.

Für Ausbildungen, die nicht gemäß § 2 Absatz 5 in Vollzeit durchgeführt wurden (Teilzeitausbildungen), gilt:

- a) Ein Ausbildungsabschluss, der im Rahmen einer förmlich nur in Teilzeit angebotenen Ausbildung erworben wurde, ist ein berufsqualifizierender Abschluss gemäß § 7 Absatz 1 Satz 1. Sofern es sich dabei um einen Hochschulabschluss oder einen damit gleichgestellten Abschluss handelt, ist eine Förderung nach § 7 Absatz 1 nicht mehr möglich.

Förmlich nur in Teilzeit angebotene Ausbildungen, die nicht mit einem Hochschulabschluss bzw. Abschluss beendet wurden, werden im Rahmen des § 7 Absatz 1 nicht berücksichtigt.

Für die Berücksichtigung von Fachrichtungswechseln oder Ausbildungsabbrüchen innerhalb einer solchen Ausbildung vgl. Teilziffer 7.3.1, für den Leistungsnachweis vgl. Teilziffer 48.1.5.

- b) Für einen Ausbildungsabschluss, der im Rahmen einer Ausbildung erworben wurde, die nach ihrer Ausbildungsordnung auf Vollzeit angelegt ist, die aber auf individuellen Antrag als Teilzeitausbildung durchgeführt wurde, gilt Buchstabe a) Satz 1 der Teilziffer entsprechend.

Auf Antrag in Teilzeit durchgeführte, grundsätzlich in Vollzeit angebotene Ausbildungen, die nicht mit einem Hochschulabschluss bzw. Abschluss beendet wurden, werden im Rahmen des § 7 Absatz 1 berücksichtigt, da es sich um abstrakt förderungsfähige Ausbildungen handelt.

Für die Berücksichtigung von Fachrichtungswechseln oder Ausbildungsabbrüchen innerhalb einer solchen Ausbildung vgl. Teilziffer 7.3.1, für den Leistungsnachweis vgl. Teilziffer 48.1.5.

7.1.6 Wird oder werden in weniger als drei Schul- oder Studienjahren ein berufsqualifizierender Abschluss oder mehrere berufsqualifizierende Abschlüsse

erreicht, so wird grundsätzlich Ausbildungsförderung für eine weitere berufsbildende Ausbildung im Rahmen des Grundförderungsanspruchs nach § 7 Absatz 1 bis zu einem berufsqualifizierenden Abschluss geleistet, auch wenn mit der weiteren Ausbildung die Gesamtdauer von – zumindest – drei Jahren überschritten wird.

Ausnahmsweise gilt dies nicht, wenn innerhalb der drei Jahre ein Hochschulabschluss oder ein damit gleichgestellter Abschluss erworben wird (z. B. Erwerb eines Masterabschlusses nach unmittelbarer Zulassung zum Masterstudium ohne förmlichen Bachelorabschluss).

Für die Ausnahme ist unerheblich, ob der Erwerb des Hochschulabschlusses oder des damit gleichgestellten Abschlusses im Rahmen einer Voll- oder Teilzeitausbildung erfolgt.

- 7.1.10a (neu) Einige Hochschulgesetze der Länder sehen explizit Orientierungsangebote (regelmäßig als Orientierungsstudium oder -semester bezeichnet) vor. Diese beinhalten Besonderheiten gegenüber einem klassischen Studienbeginn und zielen darauf ab, Neigung und Eignung frühzeitig zu klären. Sie dienen vor allem der Verringerung späterer Fachrichtungswechsel.

Orientierungsangebote können unterschiedlich ausgestaltet sein, etwa hinsichtlich der Anbindung an einen regulären bzw. spezifischen Studiengang mit auf der einen Seite einem separaten Vorschaltstudium mit der Möglichkeit, jegliche Lehrveranstaltungen auszuprobieren, auf der anderen Seite einer atypischen Studieneingangsphase eines regulären bzw. spezifischen Studiengangs sowie Varianzen oder zwischen diesen Polen liegenden Ausprägungen. Dabei gibt es sowohl Angebote mit als auch solche ohne verlängerte Regelstudienzeit. Unterschiede existieren auch hinsichtlich der Möglichkeit, in der Orientierungsphase ECTS-Leistungspunkte zu erwerben und sodann anrechnen zu lassen.

Für eine Förderungsfähigkeit muss das Orientierungsangebot einem spezifischen Studiengang zugeordnet sein, der auf einen spezifischen berufsqualifizierenden Abschluss abzielt.

Dies ist insbesondere nicht der Fall, wenn es sich um eine Art „Vorstudienangebot“ handelt, das noch kein Teil eines Studiengangs ist. Bei einem solchen Modell können typischerweise jegliche Veranstaltungen aus allen Studiengängen (jeglicher Fakultäten) der Ausbildungsstätte besucht werden.

Für die Zuordnung zu einem spezifischen Studiengang, der auf einen spezifischen berufsqualifizierenden Abschluss abzielt, bedarf es einer klaren Schwerpunktsetzung bzw. Fokussierung auf diesen Studiengang. Dies ist insbesondere nicht der Fall, wenn das Orientierungsmodell nach seiner Konzeption nur wenige Veranstaltungen in dem spezifischen Studiengang vorsieht, in den der Auszubildende immatrikuliert ist.

Andererseits ist die Zuordnung zu einem spezifischen Studiengang nicht allein deshalb zu verneinen, weil sich das Orientierungsangebot per se an verschiedene spezifische, aber (im Sinne eines „Clusters“) verwandte Studiengänge richtet.

Zur Abgrenzung zu Vorkursen bzw. vor dem Beginn des Semesters durchgeführten Lehrveranstaltungen vgl. die Teilziffern 7.1.0 und 15.1.1.

Vgl. zu Orientierungsangeboten auch die Teilziffern 2.5.2a, 7.3.4b, 15.3.3 und 48.2.2.

- 7.1.15 § 7 Absatz 1 Satz 2 ist nicht anwendbar auf Personen, deren ausländischer berufsqualifizierender Abschluss im Inland nicht verwertbar ist und für die ein Verweis auf eine Berufsausübung im Ausland unzumutbar ist. Verwertbar ist ein Abschluss dann, wenn er eine Berufstätigkeit im Inland ermöglicht, die dem Niveau des Abschlusses entspricht und nach der Art der Ausübung und dem Tätigkeitsfeld in einem Zusammenhang mit dem durch die ursprüngliche Ausbildung angestrebten Beruf steht. Zur Klärung der Frage, ob ein Abschluss verwertbar ist, kann z. B. auf die Einschätzung einer Ausbildungsstätte (insbesondere Hochschulen) oder eine erfolgte Beratung, etwa bei einer fachkundigen Stelle zu Verwertungs- oder Anerkennungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, abgestellt werden. Der Abschluss ist jedenfalls dann verwertbar, wenn er nach den dafür geltenden Rechtsnormen anerkannt werden kann (z. B. nach Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz) oder festgestellt werden kann, dass er einem inländischen Abschluss materiell gleichwertig ist. Kann eine Verwertbarkeit mit zeitlich vertretbarem Aufwand (maximal zwei Jahre), z. B. durch Ablegen einer Gleichwertigkeitsprüfung oder durch Absolvieren von – ggf. durch zuständige Prüfstellen vorgegebenen – Anpassungsmaßnahmen, hergestellt werden, geht dies der Förderung einer neuen Ausbildung in einer anderen Fachrichtung nach § 7 Absatz 1 Satz 1 vor. Die zur Herstellung der Verwertbarkeit erforderlichen Maßnahmen sind – soweit die sonstigen Voraussetzungen für eine Förderung nach dem BAföG vorliegen – nach § 7 Absatz 1 Satz 1 förderungsfähig.

Ist der ausländische Abschluss nicht verwertbar im vorgenannten Sinn, werden die auszubildenden Personen behandelt wie solche, die ihre erste berufsqualifizierende Ausbildung im Inland aufnehmen.

Eine Förderung im Rahmen des § 7 Absatz 1 ist für diese Personen grundsätzlich möglich, wenn sie sich bei Aufnahme ihrer im Ausland absolvierten Ausbildung nicht frei entscheiden konnten, diese Ausbildung stattdessen in Deutschland zu absolvieren („offene Wahlmöglichkeit“).

Bei der Prüfung der offenen Wahlmöglichkeit ist Folgendes zu berücksichtigen:

- a) Bei Drittstaatsangehörigen, die ihren ausländischen berufsqualifizierenden Abschluss vor der Eheschließung/ Begründung der Lebenspartnerschaft mit Deutschen oder im Inland erwerbstätigen oder daueraufenthaltsberechtigten EU-Bürgern erworben haben, ist davon auszugehen, dass die offene Wahlmöglichkeit erst mit der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft entstanden ist. Diese Vermutung gilt dann, wenn ein Zusammenhang zwischen der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft und der Ausreise, Aus- oder Übersiedlung sowie der Aufnahme der inländischen Ausbildung besteht. Es ist regelmäßig davon auszugehen, dass ein Zusammenhang im vorgenannten Sinne vorliegt, wenn zwischen der Ausreise aus dem Ausland, der Einreise nach Deutschland, der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft sowie der Aufnahme der

Ausbildung ein Zeitraum von bis zu einem Jahr liegt. Die auszubildende Person kann Umstände vortragen und nachweisen, die zu einem längeren Zeitabstand geführt haben, einem Zusammenhang im obengenannten Sinne aber dennoch nicht entgegenstehen (z. B. Spracherwerb).

Ebenso ist auch bei drittstaatsangehörigen auszubildenden Personen, die vor einer Einreise nach Deutschland mit der Geburt eines Kindes einen Anspruch auf ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erlangen und zuvor ihren ausländischen, berufsqualifizierenden Abschluss erworben haben, davon auszugehen, dass die offene Wahlmöglichkeit erst mit der Geburt des Kindes entstanden ist.

- b) Bei Berechtigten nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) und bei Ausländern, die nach § 8 Absatz 1 Nummer 6 (außerhalb des Bundesgebiets als Flüchtlinge im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 anerkannt und im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt berechtigt) sowie nach § 8 Absatz 1 Nummer 7 (Heimatlose), nach § 8 Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 22 oder § 23 Aufenthaltsgesetz (Aufnahme aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen) oder nach § 61 (Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz bzw. einer entsprechenden Fiktionsbescheinigung) förderfähig sind, ist davon auszugehen, dass die offene Wahlmöglichkeit erst mit der Ausreise entstanden ist. Gleiches gilt für Ausländer, die nach § 8 Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 25 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz (anerkannte Asylberechtigte) und § 25 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz (Flüchtling im Sinne des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie subsidiär Schutzberechtigte) förderungsfähig sind, und für deren Familienangehörige.

Liegen die Voraussetzungen von Satz 9 Buchstaben a) oder b) nicht vor, muss die offene Wahlmöglichkeit nach folgenden Kriterien geprüft werden:

Eine offene Wahlmöglichkeit ist in der Regel nur gegeben, wenn für die auszubildende Person zum maßgeblichen Zeitpunkt, nämlich grundsätzlich der Ausbildungsaufnahme im Ausland, bei objektiver Betrachtung die Möglichkeit bestand, stattdessen ihren Aufenthalt in Deutschland zu begründen und an einer entsprechenden Ausbildungseinrichtung zugelassen zu werden, um die gleiche oder eine mit der Ausbildung im Herkunftsland vergleichbare Ausbildung an einer – gemessen an inländischen Maßstäben – mit der ausländischen Ausbildungsstätte vergleichbaren Ausbildungsstätte im Inland zu absolvieren.

Eine solche Wahlmöglichkeit besteht nicht bei zum maßgeblichen Zeitpunkt vorliegenden rechtlichen Ausreiserestriktionen des Herkunftslandes, bei einreise- oder aufenthaltsrechtlichen Restriktionen Deutschlands oder bei Zulassungsbeschränkungen der inländischen Ausbildungsstätten, durch die die auszubildende Person objektiv daran gehindert wird, eine entsprechende Ausbildung in Deutschland aufzunehmen.

Bezüglich der Ausreiserestriktionen ist in der folgenden Reihenfolge zu prüfen:

- Recherche anhand allgemein zugänglicher Informationen,

- Nachfrage beim für den jeweiligen Herkunftsstaat im Rahmen der Auslandsförderung zuständigen Amt für Auslandsförderung,
- Anfrage bei der jeweiligen deutschen Auslandsvertretung im Herkunftsstaat
- Glaubhaftmachung durch spezifiziert vorgetragene Erklärung der auszubildenden Person, dass zu dem Zeitpunkt Ausreiserestriktionen bestanden, die eine Aufnahme der entsprechenden Ausbildung unmittelbar in Deutschland unmöglich gemacht haben.

Für die Annahme einer offenen Wahlmöglichkeit genügt es, dass die Zulassungsvoraussetzungen für Angehörige des Herkunftslandes zum Zeitpunkt der tatsächlichen Ausbildungsaufnahme dort objektiv erfüllbar gewesen sind, an einer Ausbildungsstätte in Deutschland ungeachtet etwaiger subjektiver Hinderungsgründe also objektiv eine Ausbildung hätte aufgenommen werden können, die nach inländischen Maßstäben mit der im Ausland gewählten Ausbildungsstätte vergleichbar ist.

Nur die einzelne Person betreffende, subjektive Hindernisse wie etwa familiäre, wirtschaftliche oder sprachliche Gründe sind unbeachtlich.

Ein zeitlich-kausaler Zusammenhang zwischen den Gründen, die den Verweis auf die Berufsausübung im Ausland unzumutbar machen, und der Aufenthaltsbegründung bzw. Ausbildungsaufnahme in Deutschland muss nicht vorliegen. Die Gründe, die die Verweisung auf die Auslandsausbildung unzumutbar machen, können also auch erst nach Übersiedlung und Aufnahme der zu fördernden Ausbildung in Deutschland eingetreten sein. In diesen Fällen ist die offene Wahlmöglichkeit im hier maßgeblichen Zeitpunkt der ursprünglichen Aufnahme der Ausbildung im Ausland zu prüfen (insbesondere bei der Personengruppe aus Satz 9 Buchstabe a) und Eheschließung/Geburt nach Einreise in Deutschland relevant).

Für die förderungsrechtliche Zählung der Fachsemester ist auf die Einstufung der Studierenden durch die Ausbildungsstätte abzustellen.

Das Amt hat die auszubildende Person darauf hinzuweisen, dass diese eine Anrechnung der im Ausland absolvierten Ausbildungsleistungen vornehmen lassen muss, sofern dies im Rahmen der neuen Ausbildung möglich ist.

§ 5a ist bei den in Satz 9 Buchstaben a) und b) genannten Personengruppen für die zuvor im Ausland verbrachte Ausbildungszeit nicht anzuwenden.

Liegen die Voraussetzungen von Teilziffer 7.1.15 nicht vor, ist eine Förderung nach § 7 Absatz 2 zu prüfen (vgl. dazu Teilziffer 7.2.22).

- 7.1.15a (neu) Liegt bei den in Teilziffer 7.1.15 Satz 9 Buchstaben a) und b) genannten Personengruppen eine im Ausland begonnene, aber nicht abgeschlossene Ausbildung vor und wird die Ausbildung in derselben Fachrichtung im Inland fortgesetzt und nach § 7 Absatz 1 Satz 1 gefördert, gilt Folgendes:

Für die förderungsrechtliche Zählung der Fachsemester ist auf die Einstufung der Studierenden durch die Ausbildungsstätte abzustellen.

Das Amt hat die auszubildende Person darauf hinzuweisen, dass diese eine Anrechnung der im Ausland absolvierten Ausbildungsleistungen vornehmen lassen muss, sofern dies im Rahmen der Ausbildung möglich ist.

Sofern eine abweichende Entscheidung einer zentralen Prüfstelle zur Ausbildungsstätte vorliegt, ist auf die Einstufung der Ausbildungsstätte abzustellen.

- 7.1.16 Ein im Ausland erworbener, dort berufsqualifizierender Abschluss schließt den Grundförderanspruch nach § 7 Absatz 1, bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen des § 7 Absatz 1 Satz 1, grundsätzlich aus.

Dies gilt nicht, wenn der berufsqualifizierende Abschluss in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Schweiz oder einem Drittstaat erworben wurde und die Auslandsausbildung nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder 2 förderungsfähig war. Darüber hinaus gilt dies auch in gleichgelagerten Fällen nicht, in denen die auszubildende Person eine Ausbildung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Schweiz begonnen oder weitergeführt hat, die Ausbildung im Inland fortsetzt und die Auslandsausbildung nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 förderungsfähig war (vgl. Teilziffer 5.2.20).

Sofern die auszubildende Person die Ausbildung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Schweiz durchführt, in deren Rahmen eine Auslandsausbildung in einem weiteren Staat (Mitgliedstaat der Europäischen Union oder Schweiz oder Drittstaat) absolviert hat und die Ausbildung in dem ursprünglichen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Schweiz fortsetzt, ist der Rechtsgedanke des § 7 Absatz 1 Satz 3 entsprechend anzuwenden (d. h. der – bei dem eingebetteten Auslandsaufenthalt erworbene – dort berufsqualifizierende Abschluss schließt den Grundförderanspruch nach § 7 Absatz 1 gleichfalls nicht aus).

- 7.1a.2 (weggefallen)

- 7.1a.3 Ein Master- oder ein sonstiger in § 7 Absatz 1a Satz 1 bezeichneter Studiengang (im Folgenden für sämtliche Teilziffern zu § 7 Absatz 1a: Masterstudiengang) kann auch gefördert werden, wenn

- a) bereits mehr als ein einzelner Bachelor- oder sonstiger in § 7 Absatz 1a Satz 1 Nummer 2 bezeichneter Studiengang (im Folgenden für sämtliche Teilziffern zu § 7 Absatz 1a: Bachelorstudiengang) abgeschlossen wurde oder
- b) nach dem Abschluss eines Bachelorstudiengangs zunächst ein weiterer Bachelor- oder ein anderer grundständiger Studiengang begonnen, aber nicht abgeschlossen wurde.

Die Förderung eines Masterstudiengangs ist dagegen nicht nach § 7 Absatz 1a möglich, wenn zuvor bereits ein Diplom-, Staatsexamens-, Magister- oder Masterstudiengang abgeschlossen wurde.

Das Gleiche gilt für Fälle, in denen die auszubildende Person ohne Durchführung eines Bachelorstudiengangs einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. an einer Berufsfachschule) erworben hat, der von der aufnehmenden Ausbildungsstätte als Bachelorabschluss anerkannt wird.

Vgl. zu beiden Fallkonstellationen aber die Möglichkeit einer Förderung nach § 7 Absatz 2 (Vorliegen eines gegenüber einem Bachelorabschluss höherwertigen Abschlusses) bzw. nach § 7 Absatz 1 oder 2 (kein Bachelorstudiengang/-abschluss), wie aus Teilziffer 7.2.1 bzw. 7.1.1 oder 7.2.1 ersichtlich.

- 7.1a.4 Die Förderung eines Masterstudiengangs im Anschluss an einen Bachelorstudiengang erfolgt immer nach § 7 Absatz 1a. Dies gilt unabhängig davon, ob und wenn ja nach welchen Bestimmungen der vorherige Bachelorstudiengang gefördert wurde oder hätte gefördert werden können.

Sofern die Voraussetzungen des § 7 Absatz 1a erfüllt sind, ist die Berechtigung von Fachrichtungswechseln oder Ausbildungsabbrüchen im Zuge vorangegangener Ausbildungen nach § 7-Absatz 1 oder 2 nicht mehr zu prüfen.

Satz 3 gilt nicht für die Aufnahme eines Masterstudiengangs nach Abschluss eines integrierten Bachelorstudiengangs oder nach Erwerb eines integrierten Bachelorabschlusses im Rahmen eines Staatsexamensstudiengangs (vgl. Teilziffer 7.1b.4). Bei Fortführen des Staatsexamensstudiengangs nach Erreichen der Voraussetzungen für die Verleihung des Bachelorabschlusses und dessen späterer Aufgabe kann der Masterstudiengang nur bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 7 Absatz 3 gefördert werden.

- 7.1a.5 (neu) Einer auszubildenden Person, die aufgrund vorläufiger Zulassung in einen Masterstudiengang eingeschrieben worden ist, wird für die Dauer der vorläufigen Zulassung bzw. der Frist, die von der Ausbildungsstätte oder dem Landeshochschulrecht für das Erreichen der endgültigen Zulassung gesetzt wurde, längstens für zwölf Monate, Ausbildungsförderung unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet.

Sofern sie die endgültige Zulassung nicht innerhalb dieser Frist erreicht, tritt der Vorbehaltsfall ein. Die unter Vorbehalt geleistete Förderung ist unmittelbar nach Ablauf der Frist und Nichterreichen der endgültigen Zulassung durch das Amt für Ausbildungsförderung zurückzufordern.

Davon nicht erfasst sind Fälle, in denen die auszubildende Person kein Verschulden am nicht fristgerechten Erreichen der endgültigen Zulassung trifft, sondern dies in Umständen begründet ist, die allein aus der Sphäre der Hochschule stammen (z. B. weil eine erforderliche Prüfung nicht oder nur verspätet angeboten wurde). Sofern in diesen Fällen eine endgültige Zulassung zum Masterstudiengang erst nach Fristablauf oder auch erst nach Ablauf von zwölf Monaten erfolgt, hat die Rückforderung zu unterbleiben.

Der Bewilligungszeitraum für die unter Vorbehalt geleistete Förderung ist auf den Zeitraum der Frist zum Erwerb der endgültigen Zulassung zum Masterstudiengang zu begrenzen.

- 7.1a.6 Bei gleichzeitiger Immatrikulation in einen Bachelor- und Masterstudiengang wird
(neu) Förderung ab Beginn des Masterstudiengangs ausschließlich für diesen geleistet, auch wenn die Förderungshöchstdauer für den Bachelorstudiengang noch nicht erreicht wurde.

Bei Nichterreichen der endgültigen Zulassung zum Masterstudiengang innerhalb der von der Hochschule oder dem Landeshochschulrecht vorgegebenen Frist kann die noch laufende Förderungshöchstdauer und können mögliche Verlängerungsgründe nach § 15 Absatz 3 bzw. kann ein Flexibilitätssemester nach § 15 Absatz 4 für den zeitgleich noch betriebenen Bachelorstudiengang geltend gemacht werden.

Der Antrag auf Förderung für die vorläufige Zulassung im Masterstudiengang ist in einen Antrag auf Weiterförderung, auf Verlängerung bzw. auf Gewährung eines Flexibilitätssemesters im Rahmen des Bachelorstudiengangs umzudeuten, wenn sich die auszubildende Person auf Verlängerungsgründe beruft und die erforderlichen Nachweise hierfür erbringt oder ausdrücklich erklärt, ein Flexibilitätssemester in Anspruch nehmen zu wollen.

In diesem Fall greift der Rückforderungsvorbehalt für den betreffenden Zeitraum der weiteren Förderung im Bachelorstudiengang nicht ein (vgl. § 7 Absatz 1a Satz 4).

- 7.1a.7 Wird die endgültige Zulassung nicht fristgerecht erreicht, erfolgt regelmäßig eine
(neu) Exmatrikulation aus dem Masterstudiengang, die je nach Ausgestaltung der landes- bzw. hochschulrechtlichen Regelungen mit Wirkung ex tunc (d. h. rückwirkend) oder ex nunc (d. h. mit Wirkung für die Zukunft) ergeht.

Der im vorläufig zugelassenen Masterstudiengang verbrachte Zeitraum ist sowohl bei ex nunc- als auch bei ex tunc-Exmatrikulation und erneuter Aufnahme eines Masterstudiengangs in anderer Fachrichtung als Fachrichtungswechsel zu werten, für den § 7 Absatz 1a Satz 2 gilt.

Für die Frage, ob das bzw. die Semester auch im Hinblick auf die Semesterzahl für die Einhaltung der Förderungshöchstdauer im erneut aufgenommenen Masterstudiengang zu zählen sind, ist zunächst auf etwaige hochschulrechtliche Regelungen zur Anrechnung dieses Semesters bzw. dieser Semester auf die Regelstudienzeit abzustellen. Sofern derartige Regelungen nicht existieren, gelten die Vorgaben des § 15a Absatz 2, d. h. insbesondere, dass Zeiten, die die auszubildende Person in der zu fördernden Ausbildung, also dem vorläufig zugelassenen Masterstudiengang, verbracht hat, auf die Förderungshöchstdauer anzurechnen sind (vgl. insoweit auch Teilziffer 15a.2.2).

Für den Fall, dass die auszubildende Person bereits Leistungen in dem Semester oder den Semestern im Masterstudiengang erbracht hat, die aufgrund ex tunc-Aufhebung entfallen, kann sie mit dieser Begründung eine Verlängerung nach § 15 Absatz 3 bei Überschreiten der Förderungshöchstdauer für den erneut aufgenommenen Masterstudiengang beantragen.

Zu Absatz 1b (neu)

- 7.1b.1 Voraussetzung für die Weiterförderung im Staatsexamensstudiengang ist, dass der
(neu) Bachelor- oder Bakkalaureusstudiengang (im Folgenden für sämtliche Teilziffern zu § 7

Absatz 1b: Bachelorstudiengang) vollständig in den Staatsexamensstudiengang integriert ist, d. h. im Einzelnen:

- a) Die Integration des Bachelor- in den Staatsexamensstudiengang muss per Studien- und Prüfungsordnung erfolgen. Dabei muss es sich nicht um eine einheitliche Studien- und Prüfungsordnung handeln, sondern es können auch zwei eigenständige Ordnungen vorliegen.
- b) Der Bachelorstudiengang wird bei zeitgleicher Immatrikulation in den Staatsexamensstudiengang durchgeführt.
Im Fall einer optionalen Immatrikulation in Bachelor- und Staatsexamensstudiengang ist es ausreichend, wenn die auszubildende Person sich rechtzeitig vor dem letztmöglichen Zeitpunkt zum Erwerb der Voraussetzungen für den Bachelorabschluss auch in den jeweils anderen Studiengang immatrikuliert.
- c) Innerhalb der Regelstudienzeit bis zum Bachelorabschluss müssen auch gleichzeitig alle Leistungen erbracht werden, die in dem Staatsexamensstudiengang während derselben Zeit vorgesehen sind.
Zusätzliche Studieninhalte im Bachelorstudiengang (z. B. erste berufsspezifische Profilierungsmöglichkeiten durch Einbeziehung zusätzlicher Fachgebiete wie etwa Betriebswirtschaftslehre im Bachelorstudiengang Rechtswissenschaft) sind grundsätzlich förderungsunschädlich.
Das Gleiche gilt für zusätzliche zu den für den Staatsexamensstudiengang geforderten Studien- und Prüfungsleistungen im Bachelorstudiengang, wie insbesondere die Anfertigung einer Bachelorarbeit.
- d) Die Studiendauer im Staatsexamensstudiengang darf sich nicht durch den integrierten Bachelorstudiengang im Verhältnis zum Staatsexamensstudiengang ohne integrierten Bachelorstudiengang verlängern. Abzustellen ist insoweit auf die regelhafte Studiendauer in der jeweiligen Variante (Staatsexamensstudiengang mit bzw. ohne integrierten Bachelorstudiengang).
Diese würde z. B. durch die Durchführung eines zwingend vorgeschriebenen Ausbildungsteils im Rahmen des Bachelorstudiengangs im Ausland verlängert – auch wenn die auszubildende Person während dieses Zeitraums im Staatsexamensstudiengang beurlaubt wäre (mithin die entsprechende Ausbildungszeit gegebenenfalls nicht für den Lauf der Regelstudienzeit zählen würde).

- 7.1b.2 (neu) Keine vollständige Integration des Bachelor- in den Staatsexamensstudiengang liegt bei einem Doppelstudium vor, das aufgrund individueller Entscheidung parallel betrieben wird und bei dem die Studien- und Prüfungsordnungen der jeweiligen Studiengänge nicht aufeinander abgestimmt sind.

Darüber hinaus liegt auch keine vollständige Integration vor, wenn der Bachelor- und der Staatsexamensstudiengang nicht parallel durchgeführt werden, sondern erst nach dem Abschluss eines Bachelorstudiengangs ein ergänzendes Aufbaustudium aufgenommen wird, das zu einem Staatsexamensabschluss führen soll.

Eine Weiterförderung im Staatsexamensstudiengang ist zudem dann nicht möglich, wenn nach Abschluss des Bachelorstudiengangs lediglich die Möglichkeit besteht, auf Antrag der auszubildenden Person dort erbrachte Studienleistungen im Rahmen des Staatsexamensstudiengangs anzurechnen, und für den Staatsexamensstudiengang ein zeitlicher Zusatzaufwand vor Ablegung der staatlichen Prüfung als Abschluss des Staatsexamensstudiengangs erforderlich wird.

- 7.1b.3 (neu) Die Weiterförderung im Staatsexamensstudiengang wird dagegen auch gewährt, wenn durch gesetzliche Regelung (z. B. im Landeshochschulgesetz) vorgesehen ist, dass nach Erreichen eines bestimmten Ausbildungsstands (z. B. Erwerb der Zulassungsvoraussetzungen für die staatliche Pflichtfachprüfung sowie Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung im Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften) die Voraussetzungen für den Erwerb eines integrierten Bachelorabschlusses erfüllt sind.

Dies gilt unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt die Verleihung des Bachelorabschlusses beantragt werden kann bzw. tatsächlich erfolgt.

- 7.1b.4 (neu) Unabhängig von einer Weiterförderung im Staatsexamensstudiengang ist die Frage zu beurteilen, ob die auszubildende Person nach Abschluss eines integrierten Bachelorstudiengangs (Teilziffer 7.1b.1) oder nach Erwerb eines integrierten Bachelorabschlusses (Teilziffer 7.1b.3) für einen anschließenden Masterstudiengang gefördert werden kann.

Die Förderung für einen Masterstudiengang kommt grundsätzlich nur dann in Betracht, wenn die auszubildende Person eine bewusste Entscheidung für die Durchführung der Ausbildung im Bachelor- und Mastersystem getroffen hat. Bei Vorliegen eines integrierten Bachelor- und Staatsexamensstudienganges muss eine Entscheidung dahingehend getroffen werden, dass die Ausbildung nach Erreichen des Bachelorabschlusses nicht mehr im Staatsexamensstudiengang fortgesetzt werden soll.

Die Entscheidung muss erkennbar nach außen treten, etwa dadurch, dass die auszubildende Person sich unverzüglich nach Erwerb der Voraussetzungen für den Bachelorabschluss aus dem Staatsexamensstudiengang exmatrikuliert oder – bei Überschreiten einer etwaigen Regelstudienzeit für den Bachelorteil des Studiengangs – dem Amt für Ausbildungsförderung und/oder der Ausbildungsstätte mitteilt, dass das ursprüngliche Abschlussziel Staatsexamen nicht mehr weiterverfolgt wird (wohl aber noch das Abschlussziel Bachelor).

Sofern die Kenntnissgabe der Entscheidung unterbleibt, ist davon auszugehen, dass die auszubildende Person (weiterhin) im Staatsexamensstudiengang studieren will.

In diesem Fall kann bei endgültigem Nichtbestehen des Staatsexamens sowie bei sonstiger Aufgabe des fortgeführten Staatsexamensstudiengangs der Masterstudiengang nur bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 7 Absatz 3 gefördert werden (vgl. Teilziffer 7.1a.4 Satz 5).

- 7.2.1 Eine weitere Ausbildung im Sinne des § 7 Absatz 2 ist eine Ausbildung (vgl. Teilziffer 7.1.1), durch die zusätzliche Kenntnisse und Fertigkeiten in erheblichem Umfang

vermittelt werden und die vorhandene berufliche Qualifikation erweitert wird. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn die Ausbildung mit einer Prüfung und der Erteilung eines Zeugnisses abschließt. Auch ein Master oder ein sonstiger in § 7 Absatz 1a Satz 1 bezeichneter Studiengang kann grundsätzlich eine Ausbildung im Sinne des § 7 Absatz 2 darstellen (vgl. aber Teilziffer 7.1a.4).

§ 7 Absatz 2 ist nur anzuwenden, wenn der Grundanspruch des § 7 Absatz 1 ausgeschöpft ist.

Für Fallkonstellationen im Sinne von § 7 Absatz 2, in denen der Grundanspruch des § 7 Absatz 1 noch nicht ausgeschöpft ist, wird auf Teilziffer 7.1.1 verwiesen.

- 7.2.3 Wenn nach Ausschöpfung des Grundanspruchs (§ 7 Absatz 1) bereits eine weitere Ausbildung im Sinne der §§ 2 und 3 absolviert wurde, die zudem abstrakt die Voraussetzungen des § 7 Absatz 2 erfüllt hat, besteht kein weiterer Förderungsanspruch nach § 7 Absatz 2.

Für Masterstudiengänge kommt gegebenenfalls noch eine Förderung nach § 7 Absatz 1a in Betracht (vgl. Teilziffer 7.1a.4).

- 7.2.18 (zu Nr. 5) Eine Ausbildung im Sinne von Nummer 5 ist gegeben, wenn die auszubildende Person nach insgesamt mindestens drei Jahren berufsbildender Ausbildung ihren Grundanspruch nach § 7 Absatz 1 ausgeschöpft hat, indem sie ihren ersten berufsqualifizierenden Abschluss an einer Berufsfachschule oder in einer Fachschulklasse erworben hat, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt.

Eine weitere Ausbildung kann nach § 7 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 nicht gefördert werden, wenn die auszubildende Person an einer Berufsfachschule oder in einer Fachschulklasse bereits mehr als einen berufsqualifizierenden Abschluss erworben hat.

Bei der Betrachtung der vorherigen Ausbildung ist allein auf die individuelle Qualifikation der antragstellenden Person zu achten, nicht auf die tatsächlich besuchte Ausbildungsstätte.

Die Förderung nach § 7 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 schließt allgemeinbildende Ausbildungsabschnitte wie etwa den Besuch eines Wirtschaftsgymnasiums ein, die die schulischen Voraussetzungen für die weitere berufsbildende Ausbildung vermitteln.

7.2.22 Die besonderen Umstände des Einzelfalls im Sinne des Satzes 2 liegen neben empirischen Einzelfällen in folgenden Fallgruppen vor:

- a) Die weitere Ausbildung zusammen mit der vorhergehenden Ausbildung ermöglicht erst die Ausübung eines Berufs (z. B. Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurg). Ob eine weitere Ausbildung für die Erreichung eines bestimmten Berufsziels notwendig ist, beurteilt sich allein nach den objektiven Zugangsvoraussetzungen, die für den entsprechenden Beruf gelten.
- b) Es handelt sich um auszubildende Personen, die zu der Personengruppe nach Teilziffer 7.1.15 Satz 9 Buchstaben a) und b) gehören, die nicht bereits nach § 7 Absatz 1 nach den Maßgaben der Teilziffer 7.1.15 gefördert werden können und die für die Anerkennung ihres im Herkunftsland erworbenen Berufsabschlusses eine ergänzende oder mangels Verwertbarkeit dieses Berufsabschlusses eine weitere Ausbildung im Inland benötigen.
- c) Die auszubildende Person setzt nach dem Erwerb eines berufsqualifizierenden Bachelor- oder Bakkalaureusgrads ihre Ausbildung infolge der vollständigen Anrechnung ihrer im entsprechenden Studiengang erbrachten Leistungen mittels Quereinstiegs in einem grundständigen Diplom-, Staatsexamens- oder Magisterstudiengang fort.

7.2.23 Die besonderen Umstände liegen auch vor, wenn ein unabweisbarer Grund der Ausübung des Berufs, zu dem die frühere Ausbildung qualifiziert hat, oder der Fortsetzung des bisherigen Ausbildungswegs entgegensteht und die Förderung einer weiteren Ausbildung erfordert. Teilziffer 7.3.16 ist zu beachten. Zum Begriff „unabweisbarer Grund“ vgl. Teilziffer 7.3.16a.

7.3.1 § 7 Absatz 3 gilt für den Fachrichtungswechsel oder Abbruch einer nach den §§ 2 und 3 förderungsfähigen Ausbildung. Damit sind neben einem Studium auch schulische Ausbildungen erfasst, wobei die spezifischen Einschränkungen anhand der Fachsemesteranzahl nur auszubildende Personen an Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen betreffen.

Für Ausbildungen, die in Teilzeit durchgeführt werden, gilt:

- a) Bei einem Fachrichtungswechsel oder Abbruch in einer Ausbildung, die förmlich nur in Teilzeit angeboten wird, findet § 7 Absatz 3 keine Anwendung. Der Wechsel oder Abbruch hat keine Auswirkung auf die Förderungsfähigkeit einer neuen Ausbildung nach § 7 Absatz 1, 1a oder 2.
- b) Bei einem Wechsel oder Abbruch in einer Ausbildung, die grundsätzlich in Vollzeit angeboten, aber auf Antrag in Teilzeit durchgeführt wird, greift § 7 Absatz 3 ein. Für die Förderung einer neuen (anderen) Ausbildung nach Wechsel oder Abbruch müssen die Vorgaben des § 7 Absatz 3, insbesondere die Einhaltung der (Vornahme-)Frist sowie gegebenenfalls der Nachweis eines wichtigen oder unabweisbaren Grundes, erfüllt sein.
Dabei erfolgt keine Umrechnung, insbesondere der Fristvorgaben, von einem Vollzeit- in ein Teilzeitbetreiben der Ausbildung, d. h. die Frist für die Regelvermutung wie auch für die Vornahme von Fachrichtungswechsel oder

Abbruch wird nicht entsprechend dem reduzierten Betreiben der Ausbildung verlängert.

7.3.1a (neu) Zeiten einer Auslandsausbildung, die nach § 5a außer Betracht bleiben, sind für eine Anwendung des § 7 Absatz 3 nicht zu berücksichtigen.

7.3.3 Auszubildende Personen wechseln die Fachrichtung in der Regel dadurch, dass sie ohne Änderung der Ausbildungsstättenart ihren Ausbildungsgang ändern (z. B. vom Medizin- zum Theologiestudium oder von einer Fachoberschule für Wirtschaft zu einer Fachoberschule für Technik).

Bei Lehramtsstudiengängen ist der Wechsel von einem Studium für ein bestimmtes Lehramt in ein Studium für ein anderes Lehramt ebenfalls ein Fachrichtungswechsel, z. B. vom Lehramt an Realschulen zum Lehramt an Gymnasien oder umgekehrt oder von einem Lehramt mit einem Wahlfach zu einem Lehramt mit zwei Wahlfächern oder umgekehrt.

Kein Fachrichtungswechsel liegt in der Regel vor bei einem Wechsel von einem Bachelor- oder Masterstudiengang an einer Fachhochschule in einen Studiengang der gleichen Fachrichtung an einer Universität oder umgekehrt, es sei denn, die Studieninhalte unterscheiden sich erheblich. Zeitverluste durch Nichtanrechnung von Studienleistungen begründen keinen Anspruch auf Förderungsverlängerung.

Kein Fachrichtungswechsel (sondern ein Ausbildungsabbruch) liegt bei einem Wechsel von einer Ausbildungsstätte zu der Ausbildungsstätte einer anderen Art vor, unabhängig davon, ob die gleiche oder eine andere Fachrichtung fortgeführt wird.

Zur Unterscheidung zwischen Fachrichtungswechsel und Ausbildungsabbruch vgl. im Übrigen Teilziffer 7.3.5a.

7.3.4 Kein Fachrichtungswechsel, sondern lediglich eine Schwerpunktverlagerung liegt vor, wenn

- a) sich aus den entsprechenden Ausbildungsbestimmungen ergibt, dass die betroffenen Studiengänge bis zum Wechsel identisch sind, oder darin vorgeschrieben ist, dass die im zunächst durchgeführten Studiengang erbrachten Semester auf den anderen Studiengang voll angerechnet werden, oder
- b) die auszubildende Person eine Bescheinigung der Ausbildungsstätte vorlegt, in der bestätigt wird, dass die im zunächst durchgeführten Studiengang verbrachten Semester auf den anderen Studiengang im Einzelfall der auszubildenden Person voll angerechnet werden.

Eine Schwerpunktverlagerung ist damit gegeben, wenn aufgrund des Wechsels und der anerkannten Studienleistungen nicht zu erwarten ist, dass es zu einer Verlängerung der Gesamtstudienzeit kommt.

7.3.4a (neu) Kein Fachrichtungswechsel liegt vor, wenn die auszubildende Person im ersten Fachsemester einer bereits begonnenen Ausbildung in einer Fachrichtung rückwirkend zu der Fachrichtung zugelassen wird, die von Anfang an angestrebt war. Entsprechend liegt kein Abbruch der Ausbildung vor, wenn die auszubildende Person im ersten

Fachsemester einer bereits begonnenen Ausbildung rückwirkend für eine Ausbildung an einer anderen Ausbildungsstättenart zugelassen wird, die von Anfang an angestrebt war. Zur Verlängerung der Förderungsdauer und der Vorlage für den Leistungsnachweis vgl. die Teilziffern 15.3.3 und 48.2.1.

- 7.3.4b (neu) Prinzipiell naheliegend ist ein Fachrichtungswechsel gerade im Kontext eines Orientierungsangebots, welches auf ein Ausprobieren abzielt und so eine nähere Eignungs- oder Neigungsfeststellung nicht unwahrscheinlich macht. Dabei hängt es auch von der Konzeption des konkreten Orientierungsangebots ab, ob es bereits beim Übergang von einem Orientierungsangebot zu einem (anderen) Studiengang zu einem Fachrichtungswechsel kommt.

Je weniger Anbindung zwischen einem Orientierungsangebot und einem dann fortgeführten regulären/spezifischen Studiengang besteht, desto eher dürfte regelmäßig ein Fachrichtungswechsel anzunehmen sein.

Ist zumindest die inhaltliche Anknüpfung an einen dann fortgeführten spezifischen Studiengang gegeben, kann lediglich eine Schwerpunktverlagerung vorliegen.

Entsprechend der Teilziffer 7.3.4 sind hier inhaltliche Überschneidungen zu prüfen, die gerade bei grundständig ähnlich aufgebauten Studiengängen vorzufinden sind, also die Anfangsphase betreffen, auf die Orientierungsangebote ausgerichtet sind.

- 7.3.5a (neu) Bei Fachrichtungswechsel und Ausbildungsabbruch wird die ursprünglich durchgeführte Ausbildung aufgegeben. Sofern zwischen Aufgabe der ursprünglichen und Aufnahme einer neuen Ausbildung ein längerer Zeitraum liegt, ist zwischen Fachrichtungswechsel – nach Unterbrechung – und Ausbildungsabbruch zu unterscheiden.

Für die Abgrenzung von Unterbrechung und Abbruch der Ausbildung ist darauf abzustellen, welche Vorstellung die auszubildende Person bei Ausführung des Entschlusses zur Aufgabe der Ausbildung hatte und nach außen erkennbar gemacht hat.

Eine Unterbrechung der Ausbildung liegt vor, wenn die auszubildende Person die Absicht hat, die Ausbildung in absehbarer Zeit fortzusetzen.

Nach außen erkennbare Indizien für eine Unterbrechung können u. a. sein: die Mitteilung, die Ausbildung nach einem bestimmten Zeitraum bzw. nach Wegfall eines Hinderungsgrundes wiederaufzunehmen, eine Beurlaubung, die Immatrikulation in einen Studiengang anderer Fachrichtung zu einem späteren Semester, die Dauer der Unterbrechung. Insoweit kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass eine Unterbrechung nicht mehr vorliegt, wenn die Dauer der Nichtfortführung länger ist als die Gesamtdauer der aufgegebenen Ausbildung, es sei denn, dem steht ein anderes der vorgenannten Indizien entgegen.

Ein Abbruch der Ausbildung liegt vor, wenn die auszubildende Person die Ausbildung bzw. Ausbildungsart endgültig aufgibt (vgl. § 7 Absatz 3 Satz 2). Ein Abbruch ist in der Regel auch anzunehmen, wenn die auszubildende Person die Ausbildung aufgibt mit der Vorstellung, diese zu einem unbestimmten Zeitpunkt wiederaufzunehmen.

Nach außen erkennbare Indizien für einen Abbruch können u. a. sein: die Exmatrikulation, die Aufnahme einer anderen Ausbildung (z. B. duale oder schulische Berufsausbildung statt Studium), die Aufnahme einer Berufstätigkeit.

- 7.3.12 Ein wichtiger Grund kann gegeben sein, wenn die auszubildende Person zu einem früheren Zeitpunkt aus Kapazitätsgründen zu ihrer Wunschausbildung nicht zugelassen worden ist, für die sie nach Abbruch oder Wechsel der Fachrichtung der als Alternative zunächst begonnenen Ausbildung (Parkausbildung) gefördert werden will.

Dies gilt nur, wenn die auszubildende Person

- a) die Wunschausbildung von Anfang an angestrebt hatte,
- b) ausschließlich aufgrund der rechtlichen Beschränkungen bei der Vergabe von Studienplätzen in Deutschland gehindert war, die Wunschausbildung bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu beginnen; auf die Möglichkeit, die Wunschausbildung zu einem früheren Zeitpunkt in einem Mitgliedstaat oder mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in der Schweiz zu beginnen, kommt es dabei nicht an,
- c) in der Regel ohne Unterbrechung die ihr zur Verfügung stehenden Bewerbungsmöglichkeiten genutzt hat, um einen Studienplatz für ihre Wunschausbildung zu erhalten, und dies durch eine angemessene Anzahl erfolgloser Bewerbungen nachweist; die Förderung der Wunschausbildung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Schweiz nach Abbruch oder Wechsel der Fachrichtung aus einer Parkausbildung setzt nicht voraus, dass die auszubildende Person auch Bewerbungsmöglichkeiten hinsichtlich eines Ausbildungsplatzes in einem Mitgliedstaat oder mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in der Schweiz ausgeschöpft hat,
- d) die Parkausbildung für den Fall der Nichtzulassung zur Wunschausbildung auch berufsqualifizierend abschließen wollte; dies ist nicht der Fall, wenn die Parkausbildung lediglich zur Überbrückung notwendiger Wartezeiten bis zur sicheren Zulassung zur Wunschausbildung aufgenommen wurde.

Als Ausnahme von der Regel nach Satz 2 Buchstabe b) ist eine Unterbrechung der Bewerbungen aus zwingenden Gründen unschädlich, z. B.

- bei Bestätigung der Ausbildungsstätte oder sonstigen Zulassungsstelle, dass die unterlassene Bewerbung keinesfalls zum Erfolg geführt hätte,
- wenn die auszubildende Person mit den Bewerbungen für die Wunschausbildung aussetzen musste, weil anderenfalls eine Zulassung zur ebenfalls zulassungsbeschränkten Parkausbildung nicht zu erreichen gewesen wäre,
- während der Ableistung eines Dienstes oder einer Tätigkeit, der oder die in § 32 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b oder d des Einkommensteuergesetzes genannt ist.

- 7.3.16 Unbeschadet der Teilziffern 7.3.12 und 7.3.13 kann eine Tatsache nur dann als wichtiger oder unabweisbarer Grund beachtlich sein, wenn sie der auszubildenden Person vor Aufnahme der bisher betriebenen Ausbildung nicht bekannt war oder in ihrer Bedeutung nicht bewusst sein konnte.

Hat die auszubildende Person nicht unverzüglich die Ausbildung abgebrochen oder die Fachrichtung gewechselt, nachdem ihr die als wichtiger oder unabweisbarer Grund zu wertende Tatsache bekannt oder in ihrer Bedeutung bewusst geworden ist, so ist eine spätere Berufung auf diese Tatsache förderungsrechtlich nicht beachtlich.

Ob die auszubildende Person unverzüglich gehandelt hat, bestimmt sich sowohl nach objektiven Umständen als auch danach, ob ihr ein Unterlassen notwendigen Handelns vorwerfbar war oder durch ausbildungsbezogene Umstände gerechtfertigt ist. Bei einem Fachrichtungswechsel im Rahmen eines Mehrfächerstudiums ist die Fortsetzung des bisherigen Studiengangs bis zur frühestmöglichen Aufnahme des neuen Studiengangs nicht als Verstoß gegen das Gebot der Unverzüglichkeit anzusehen, sofern die auszubildende Person (zumindest) ein Studienfach beibehält, in diesem Studienfach weiter an Lehr- und Prüfungsveranstaltungen teilnimmt und sich bemüht, anrechenbare Studienleistungen zu erbringen.

Bei einem Fachrichtungswechsel innerhalb von Ein-Fach-Studiengängen mit engen inhaltlichen Parallelen kann die Fortsetzung des bisherigen Studiengangs bis zur frühestmöglichen Aufnahme des neuen Studiengangs in entsprechender Weise durch ausbildungsbezogene Umstände gerechtfertigt sein.

- 7.3.17 Der Zeitpunkt des Abbruchs der Ausbildung oder des Wechsels der Fachrichtung ist anhand geeigneter Unterlagen festzustellen.

Werden auszubildende Personen bei bestehenden Zulassungsbeschränkungen von einer Zulassungsstelle erst verspätet nach Beginn des vierten oder fünften Fachsemesters für dieses laufende Semester im neuen Wunschstudium zugelassen, so gilt der Wechsel als zum Beginn des Semesters vollzogen.

- 7.3.18 (weggefallen)

- 7.3.19 Für die Förderung derjenigen in Teilziffer 7.1.15 Satz 9 Buchstaben a) und b) genannten Personen, die eine Ausbildung im Ausland begonnen, aber noch nicht abgeschlossen haben, gilt Folgendes:

Wird die Ausbildung in derselben Fachrichtung im Inland fortgesetzt, gilt Teilziffer 7.1.15a.

Wird im Inland eine Ausbildung in einer anderen Fachrichtung aufgenommen, gilt zur Bestimmung des Zeitpunkts/Fachsemesters im Rahmen des § 7 Absatz 3 Folgendes:

- Im Ausland verbrachte Ausbildungszeiten sind grundsätzlich zu berücksichtigen, wenn die besuchte ausländische Ausbildungsstätte den in § 2 Absatz 1 und 2 bezeichneten oder nach Absatz 3 bestimmten Ausbildungsstätten nach Zugangsvoraussetzungen, Art und Inhalt der Ausbildung sowie nach dem vermittelten Ausbildungsabschluss gleichwertig ist.
- Erfolgt im Rahmen des im Ausland aufgenommenen Studiengangs die Einstufung durch die inländische Ausbildungsstätte in ein niedrigeres Semester, ist diese Einstufung beim Wechsel der Fachrichtung zu berücksichtigen und

nicht die Zahl der im Ausland studierten Semester. § 5a wird dann im Hinblick auf vorherige Ausbildungszeiten im Ausland nicht angewendet.

- Liegt eine solche Einstufung nicht vor, ist ein Jahr der Auslandsausbildung ~~ist~~ gemäß § 5a abzuziehen. Abzuziehen sind ferner die Semester eines ausländischen Studiums, die zusammen mit der ausländischen Reifeprüfung erst als Zugangsvoraussetzung für die Aufnahme eines Studiums zu bewerten sind.

Eine Förderung unter den Voraussetzungen von § 7 Absatz 3 erfolgt bei den in Teilziffer 7.1.15 Satz 9 Buchstaben a) und b) genannten Personengruppen, die im Ausland eine Berufsausbildung begonnen, aber noch nicht abgeschlossen haben und die nun im Inland eine Ausbildung in anderer Fachrichtung aufnehmen wollen, nur dann, wenn der Abschluss, wäre er im Ausland erzielt worden, verwertbar wäre.

Dies kann nur im Hinblick auf Abschlüsse im reglementierten Bereich festgestellt werden (z. B. Medizin, Pflegeberufe, Lehramt). Wenn eine Feststellung nicht möglich ist, ist der angestrebte Abschluss als nicht verwertbar anzusehen. Eine Förderung erfolgt dann unter den Voraussetzungen von § 7 Absatz 1.

Auch hier darf keine offene Wahlmöglichkeit vorgelegen haben. Die Verweisung auf die Fortführung der Ausbildung im Ausland muss unzumutbar sein.

7.3.20a Die Regelvermutung nach § 7 Absatz 3 Satz 4 greift nur bei einem erstmaligen (neu) Fachrichtungswechsel oder Abbruch der Ausbildung. Ein Fachrichtungswechsel nach einem erfolgten Abbruch oder ein Abbruch nach einem erfolgten Fachrichtungswechsel ist nicht erstmalig. Ebenso ist ein Wechsel oder Abbruch in einem weiteren Ausbildungsabschnitt nicht erstmalig, wenn bereits in einem vorangehenden Ausbildungsabschnitt ein Wechsel oder Abbruch erfolgt ist.

7.3.20b Die Regelvermutung des Vorliegens eines wichtigen Grundes sowie der Unverzüglichkeit (neu) der Vornahme des Fachrichtungswechsels oder Ausbildungsabbruchs kann widerlegt werden.

Zu Satz 5 (weggefallen)

7.3.21 Mit der Entscheidung der Ausbildungsstätte im Sinne des § 7 Absatz 3 Satz 5 ist die Anerkennungs- bzw. Anrechnungsentscheidung der Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen (im Folgenden: Ausbildungsstätten) gemeint, die Voraussetzung für eine Einschreibung bzw. Einstufung in ein höheres Fachsemester der neuen anderen Ausbildung ist. Betroffen wird sie durch die hierzu berufenen Einrichtungen der Ausbildungsstätten, d. h. die nach dem jeweiligen Landeshochschulrecht für die Entscheidung über die Anerkennung bisheriger Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen als gleichwertig zuständigen Stellen der Ausbildungsstätten.

Die Entscheidung über die Anerkennung von Studienzeiten aus der ursprünglich verfolgten Fachrichtung auf den neuen Studiengang ist nach § 7 Absatz 3 Satz 5 anspruchsbegründend.

Eine fehlende Anerkennungsentscheidung kann nicht (durch das Amt für Ausbildungsförderung oder - im Rechtsstreit über Leistungen nach dem BAföG - durch das Verwaltungsgericht) ersetzt werden.

§ 8

8.0.1 (weggefallen)

8.0.2 (weggefallen)

8.0.3 (neu) Das Vorliegen der Voraussetzungen des § 8 ist vom Amt für Ausbildungsförderung in der Regel für jeden Bewilligungszeitraum erneut zu prüfen.

8.1.2 Grundsätzlich reicht die Erklärung der auszubildenden Person über ihre deutsche Staatsangehörigkeit aus. Im Zweifel kann sie durch Vorlage eines gültigen Reisepasses oder eines gültigen Personalausweises der Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen werden.

8.1.3 Ein Recht auf Daueraufenthalt ergibt sich aus § 4a Freizügigkeitsgesetz/EU. Erfasst sind im Wesentlichen Unionsbürger, die sich seit mindestens fünf Jahren ständig rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben (§ 4a Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU).

Vor Ablauf von fünf Jahren haben Unionsbürger das Daueraufenthaltsrecht unter den Voraussetzungen des § 4a Absatz 2 Freizügigkeitsgesetz/EU.

8.1.3a (neu) Daueraufenthaltsberechtigte Familienangehörige (sowohl Drittstaatsangehörige als auch solche mit EU-Staatsangehörigkeit) von Unionsbürgern können ebenfalls persönlich förderungsberechtigt sein.

Familienangehörige (zur Definition siehe § 1 Absatz 2 Nummer 3 Freizügigkeitsgesetz/EU) von Unionsbürgern besitzen nach § 4a Absatz 1 Satz 2 Freizügigkeitsgesetz/EU in der Regel dann das Daueraufenthaltsrecht, wenn sie sich seit fünf Jahren mit dem Unionsbürger ständig rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten.

Vor Ablauf von fünf Jahren haben Familienangehörige das Daueraufenthaltsrecht unter den Voraussetzungen des § 4a Absatz 3, 4 Freizügigkeitsgesetz/EU, beispielsweise bei Tod des Unionsbürgers, bei dem die Familienangehörigen ihren ständigen Aufenthalt haben.

8.1.3b (neu) Drittstaatsangehörige nahestehende Personen eines Unionsbürgers nach § 1 Absatz 2 Nummer 4 Freizügigkeitsgesetz/EU können ebenfalls persönlich förderungsberechtigt sein, wenn sie selbst daueraufenthaltsberechtigt sind.

Nach § 4a Absatz 1 Satz 2 Freizügigkeitsgesetz/EU besitzen nahestehende Personen in der Regel dann das Daueraufenthaltsrecht, wenn sie sich seit fünf Jahren mit dem Unionsbürger ständig rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten.

Vor Ablauf von fünf Jahren haben nahestehende Personen das Daueraufenthaltsrecht unter den Voraussetzungen des § 4a Absatz 3, 4 Freizügigkeitsgesetz/EU, beispielsweise

bei Tod des Unionsbürgers, bei dem die nahestehenden Personen ihren ständigen Aufenthalt haben.

- 8.1.4 Den Nachweis des Daueraufenthaltsrechts erbringen Unionsbürger und ihre Familienangehörigen mit Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union durch Vorlage einer Daueraufenthaltsbescheinigung nach § 5 Absatz 5 Freizügigkeitsgesetz/EU.

Auf die Ausstellung der Daueraufenthaltsbescheinigung besteht nach § 5 Absatz 5 Freizügigkeitsgesetz/EU ein rechtlicher Anspruch. Kann das Dokument nicht vorgelegt werden, ist eine eigene Prüfung des Amtes für Ausbildungsförderung, ggf. auf Basis anderweitiger vom Antragsteller beigebrachter Nachweise, angezeigt, z. B. durch Meldebescheinigung oder Schulzeugnisse.

Ein unbefristetes Aufenthaltsrecht kann von einem Unionsbürger ferner durch folgende Bescheinigungen nachgewiesen werden:

- die nach § 7a Aufenthaltsgesetz/EWG (alt) erteilte „unbefristete Aufenthaltserlaubnis-EG“;
- eine Bescheinigung nach § 5 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU (alt) mit dem nachträglich angefügten Zusatz: „i. V. m. § 4a Freizügigkeitsgesetz/EU“.

Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger, die Ehegatten oder Lebenspartner von Deutschen sind, können nach § 8 Absatz 2 förderungsberechtigt sein (vgl. Teilziffer 8.2.2 Buchstabe h).

Dies gilt auch für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger, die Elternteil eines Kindes mit deutscher Staatsbürgerschaft sind.

Als Nachweis für das Daueraufenthaltsrecht der drittstaatsangehörigen Familienangehörigen und nahestehenden Personen dient die Daueraufenthaltskarte nach § 5 Absatz 5 Satz 2 bzw. § 5 Absatz 7 Satz 3 in Verbindung mit § 5 Absatz 5 Satz 2 Freizügigkeitsgesetz/EU.

Sollte dieser Nachweis nicht beigebracht werden (bzw. nicht beigebracht werden können), hat das Amt für Ausbildungsförderung selbst zu prüfen, ob die betroffene Person ein Recht auf Daueraufenthalt im Sinne des Freizügigkeitsgesetzes/EU besitzt (siehe § 4a Freizügigkeitsgesetz/EU).

In diesen Fällen hat der Auszubildende seine Eigenschaft als nahestehende Person zwingend durch Vorlage einer Aufenthaltskarte nach § 5 Absatz 7 Satz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU, die fünf Jahre gültig ist, nachzuweisen.

- 8.1.5 Eine Niederlassungserlaubnis erhalten Ausländer nach §§ 9, 18 c Absatz 1, 2 und 3, 19c Absatz 4 Satz 3, 21 Absatz 4 Satz 2, 23 Absatz 2, 26 Absatz 3 und 4, 28 Absatz 2, 31 Absatz 3, 35 Absatz 1 sowie § 38 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Aufenthaltsgesetz.

Eine Niederlassungserlaubnis ist ein zeitlich und räumlich unbeschränkter Aufenthaltstitel und wird Angehörigen aus Staaten erteilt, die nicht zum Europäischen

Wirtschaftsraum (EWR) oder der Schweiz gehören. Der Nachweis erfolgt durch Vorlage der Niederlassungserlaubnis.

- 8.1.6 Die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU wird unter den in § 9a Absatz 2 Aufenthaltsgesetz genannten Voraussetzungen erteilt.

Hierbei handelt es sich um einen unbefristeten Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige, der der Niederlassungserlaubnis grundsätzlich gleichgestellt ist. Wesentliche Voraussetzungen für die Erteilung sind u.a. der mindestens fünfjährige Aufenthalt mit Aufenthaltstitel in Deutschland und die Sicherung des Lebensunterhalts durch feste und regelmäßige Einkünfte.

Der Nachweis erfolgt durch Vorlage der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU.

- 8.1.8 (weggefallen)

- 8.1.8a (neu) Unionsbürger, die eine Ausbildung durchführen und gleichzeitig eine Erwerbstätigkeit im Inland ausüben, die sie als EU-Arbeitnehmer qualifiziert, können bereits vor Erhalt des Daueraufenthaltsrechts einen Anspruch auf Ausbildungsförderung begründen.

a) Als EU-Arbeitnehmer im Sinne von § 8 Absatz 1 Nummer 3 ist anzusehen, wer im Inland eine tatsächliche und echte Tätigkeit von wirtschaftlichem Wert ausübt, die weisungsgebunden ist (dies können auch Ausbildungsverhältnisse, z. B. duale Berufsausbildungen, sein).

Die EU-Arbeitnehmereigenschaft ist zu bejahen, wenn die tatsächliche und echte Tätigkeit im Inland in hinreichendem Umfang ausgeübt wird. Der erforderliche Umfang der Tätigkeit liegt regelmäßig vor, wenn die Mindestwochenarbeitszeit 12 Stunden im Monatsdurchschnitt beträgt, dies kann auch aus einer Kombination von mehreren Arbeitsverhältnissen resultieren. Falls diese Voraussetzung nicht vorliegt, kann die EU-Arbeitnehmereigenschaft jedoch dennoch gegeben sein, wenn weitere Kriterien dafür sprechen, wie etwa ein Anspruch auf bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Anwendung eines gültigen Tarifvertrags der Branche auf das Beschäftigungsverhältnis.

b) Als Nachweise sind kumulativ folgende Unterlagen vorzulegen:

- Nachweis der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU durch Vorlage eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses,
- Nachweis über das Beschäftigungsverhältnis, z. B. Arbeitgeberbescheinigung, Gehaltsbescheinigung oder Einkommensteuernachweis.

Der Arbeitnehmereigenschaft steht nicht entgegen, wenn die Einreise hauptsächlich zu dem Zweck erfolgt, dass eine Ausbildung im Inland absolviert werden soll.

c) Dauer und Verlust:

Die Eigenschaft als EU-Arbeitnehmer endet nicht zwangsläufig mit der Aufgabe der Erwerbstätigkeit, sondern wenn der Unionsbürger den deutschen Arbeitsmarkt endgültig verlassen hat (z. B., wenn er das Rentenalter erreicht hat, auf Dauer in seinen

Herkunftsstaat zurückgekehrt ist oder weil er vollständig und dauerhaft erwerbsunfähig wurde).

Die EU-Arbeitnehmereigenschaft und damit die Förderungsberechtigung gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 3 bleiben im jeweiligen Bewilligungszeitraum erhalten, wenn neben der hauptsächlich ausgeübten Ausbildung parallel die ausgeübte Erwerbstätigkeit weiterhin im Monatsdurchschnitt 12 Stunden in der Woche beträgt. Urlaubs- und Krankheitszeiten sind unschädlich; ebenso Unterbrechungszeiten bis maximal 2 Monate bei Arbeitgeberwechsel.

Bei unfreiwilliger und durch die zuständige Agentur für Arbeit als solche bestätigte Arbeitslosigkeit (§ 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Freizügigkeitsgesetz/EU) ist darüber hinaus eine Fortwirkung der EU-Arbeitnehmereigenschaft möglich. Sofern eine durchgängige Beschäftigung von mehr als einem Jahr vorliegt, wirkt die EU-Arbeitnehmereigenschaft grundsätzlich unbegrenzt fort, bei einer unfreiwilligen Arbeitslosigkeit nach einer vorherigen Beschäftigung bis zu einem Jahr hingegen nur für sechs Monate (wobei hier die bereits pauschal, d. h. ohne Nachweis des unfreiwilligen Arbeitsplatzverlustes zu gewährenden, zwei Förderungsmonate anzurechnen sind).

Wird eine Erwerbstätigkeit im letzten Jahr vor Abschluss der Ausbildung nicht mehr oder nicht mehr im erforderlichen Umfang ausgeübt (und sollte keine Fortwirkung des vorherigen Arbeitsverhältnisses bestehen), kann für diesen Bewilligungszeitraum im Sinne einer nachwirkenden EU-Arbeitnehmereigenschaft die Förderungsberechtigung nach § 8 Absatz 1 Nummer 3 fingiert werden, wenn für die vorangegangenen 2 Jahre durchgehend die EU-Arbeitnehmereigenschaft vorgelegen hat.

8.1.8b Unionsbürger sind, wenn sie im Inland zur Ausübung einer selbständigen
(neu) Erwerbstätigkeit berechtigt sind (niedergelassene selbständige Erwerbstätige), unter den folgenden Voraussetzungen förderungsberechtigt:

a) Niedergelassene selbständige Erwerbstätige sind Unionsbürger, die für unbestimmte Zeit eine nicht weisungsgebundene und nicht untergeordnete wirtschaftliche Tätigkeit in Deutschland aufnehmen und ausüben.

Die selbständige Tätigkeit muss tatsächlich und echt aufgenommen und ausgeübt werden (kein Scheingewerbe). Sie muss auf Dauer angelegt sein und sich dabei von einer „vorübergehenden“ Leistungserbringung im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit abgrenzen. Es muss ein Umsatz vorliegen, der auf einen Geschäftsbetrieb von einem gewissen Umfang schließen lässt (wobei nicht zwingend ein tatsächlicher Gewinn erzielt werden muss).

b) Als Nachweise sind kumulativ folgende Unterlagen vorzulegen:

- Nachweis der EU-Staatsangehörigkeit durch Vorlage eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses,
- Vorlage des Gewerbescheines oder einer Bescheinigung der berufsständischen Vertretung (soweit vorhanden)

- Nachweis der Höhe des Umsatzes, z. B. durch Vorlage der Umsatzsteuerbescheinigung, der Einkommensteuerbescheinigung, des Jahresabschlusses oder Versicherungsunterlagen

c) Dauer und Verlust

- Eine selbstständige Tätigkeit endet nicht bereits mit dem Einbrechen von Aufträgen oder Umsätzen, sondern erst mit einer endgültigen Geschäftsaufgabe (z. B. mit Gewerbeabmeldung).

- Die EU-Selbständigeneigenschaft und damit die Förderungsberechtigung gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 3 bleiben erhalten, wenn auch für den folgenden Bewilligungszeitraum im Rahmen des Weiterförderungsantrages das Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen zu bejahen ist. Urlaubs- und Krankheitszeiten sind unschädlich; ebenso Unterbrechungszeiten bis maximal 2 Monate bei Tätigkeitswechsel.

Zu Fortwirkung und Fiktion der EU-Selbständigeneigenschaft vgl. Teilziffer 8.1.8a c)

8.1.9 Der Anspruch auf Ausbildungsförderung von Auszubildenden nach § 3 Absatz 3 Freizügigkeitsgesetz/EU besteht unabhängig davon, ob der Unionsbürger, von dem das Freizügigkeitsrecht abgeleitet wird, nach Beginn der Ausbildung verstorben ist oder das Bundesgebiet verlassen hat, bis zum Ende der Ausbildung, sofern die Auszubildenden sich im Bundesgebiet aufhalten.

8.1.11 a) Freizügigkeitsberechtigte Familienangehörige nach § 1 Absatz 2 Nummer 3 Freizügigkeitsgesetz/EU, die nicht Unionsbürger sind, erbringen den Nachweis über ihr Aufenthaltsrecht durch Vorlage der Aufenthaltskarte gemäß 5 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU, die innerhalb von sechs Monaten nach Abgabe der erforderlichen Angaben in der Regel für die Dauer von fünf Jahren ausgestellt wird. Auch eine Bescheinigung darüber, dass die erforderlichen Angaben für den Erhalt einer solchen Aufenthaltskarte gemacht wurden, reicht als Nachweis aus. Das Freizügigkeitsrecht entsteht originär durch das Unionsrecht und nicht erst durch die Ausstellung der Aufenthaltskarte nach § 5 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU oder die Bescheinigung, die beide lediglich deklaratorischer Natur sind.

Freizügigkeitsberechtigte Familienangehörige, die selbst Unionsbürger sind und ihr Recht auf Aufenthalt ableiten, erbringen den Nachweis über ihr Aufenthaltsrecht durch Vorlage eines anerkannten oder sonst zugelassenen gültigen Pass oder Passersatzes sowie durch Vorlage eines Nachweises über das Bestehen der familiären Beziehung und einer Meldebestätigung des Unionsbürgers, von dem sie das Recht ableiten (vgl. § 5a Absatz 2 Freizügigkeitsgesetz/EU).

b) Als Nachweis für die nach § 1 Absatz 2 Nummer 4 Freizügigkeitsgesetz/EU drittstaatsangehörigen nahestehenden Personen von als EU-Arbeitnehmer oder als Selbständige tätigen Unionsbürgern, die nicht selbst Unionsbürger sind, ist zwingend die Aufenthaltskarte nach § 5 Absatz 7 Satz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU vom Auszubildenden vorzulegen. Da diese konstitutive Wirkung hat, kann die Prüfung der Eigenschaft als

nahestehende Person nicht durch das Amt für Ausbildungsförderung ersatzweise vorgenommen werden. Die Vorlage einer Fiktionsbescheinigung ist nicht ausreichend.

Zum Nachweis des Aufenthaltsrechts bei nahestehenden Personen, die selbst Unionsbürger sind und ihr Recht auf Aufenthalt ableiten, vgl. a).

c) Zusätzlich muss der Nachweis geführt werden, dass der Unionsbürger, von dem das Recht abgeleitet wird, als EU-Arbeitnehmer oder Selbständiger tätig ist (vgl. Teilziffer 8.1.8a).

Des Weiteren muss das Aufenthaltsrecht des freizügigkeitsberechtigten EU-Arbeitnehmers oder Selbständigen, von dem das Recht abgeleitet wird, durch Vorlage eines anerkannten oder sonst zugelassenen gültigen Passes oder Passersatzes nachgewiesen werden.

8.1.11a (weggefallen)

8.1.11b (weggefallen)

8.1.11c (weggefallen)

8.1.11d (weggefallen)

8.1.11e Bei der Prüfung, ob ein Förderungsanspruch aus einem abgeleiteten Freizügigkeitsrecht (neu) besteht, kommt es gemäß § 3 Absatz 2 Freizügigkeitsgesetz/EU allein auf die Familienzugehörigkeit der auszubildenden Person als Ehegatte, Lebenspartner oder Kind des EU-Arbeitnehmers (siehe Teilziffer 8.1.8a) oder EU-Selbstständigen (siehe Teilziffer 8.1.8b) an. Das Tatbestandsmerkmal „den Unionsbürger begleiten oder ihm nachziehen“ ist trotz Bezugnahme auf § 3 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU hier nicht vom Amt für Ausbildungsförderung zu prüfen.

8.1.14 Erfasst sind Staatsangehörige der EWR-Staaten (Norwegen, Island und Liechtenstein) und der Schweiz sowie deren Familienangehörige (§ 1 Absatz 2 Nummer 3 Freizügigkeitsgesetz/EU) und nahestehende Personen (§ 1 Absatz 2 Nummer 4 Freizügigkeitsgesetz/EU in Verbindung mit § 3a Freizügigkeitsgesetz/EU), die selbst nicht die Staatsangehörigkeit eines EWR-Staates oder der Schweiz besitzen.

Der Nachweis wird bei den Familienangehörigen und nahestehenden Personen von Staatsangehörigen eines EWR-Staates oder der Schweiz ebenso geführt wie bei denen von Unionsbürgern.

8.2.1 Der Nachweis über den Besitz der Aufenthaltserlaubnis erfolgt durch Vorlage des aufenthaltsrechtlichen Dokuments, in dem die Art des Titels und die jeweils einschlägige Vorschrift eingetragen sind. Zu den weiteren erforderlichen Nachweisen siehe Teilziffer 8.2.2 ff.

8.2.1a Eine Fiktionsbescheinigung ist kein Aufenthaltstitel. Mit ihr wird lediglich der (neu) Aufenthalt des Antragstellers bis zur Entscheidung der zuständigen Behörde über die

Erteilung des Aufenthaltsrechts erlaubt. Sie begründet demnach aus sich selbst heraus auch kein Aufenthaltsrecht.

Anderes gilt bei der Fiktionsbescheinigung, die gemäß § 81 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz erteilt wird. Hiernach gilt der bisherige Aufenthaltstitel vom Zeitpunkt seines Ablaufs bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend, wenn ein Ausländer vor Ablauf seines Aufenthaltstitels dessen Verlängerung oder die Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels beantragt. In diesem Fall ist eine Förderung möglich, wenn damit der Aufenthalt mittels einer in § 8 enthaltenen Aufenthaltsberechtigung als fortbestehend betrachtet wird.

- 8.2.2 Die aufgeführten Aufenthaltstitel werden typischerweise nur bei Bestehen einer aufenthaltsrechtlichen Verfestigungsperspektive gewährt, die regelmäßig an einen mehrjährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Bundesgebiet anknüpft oder ungeachtet einer vorhergehenden Mindestaufenthaltsdauer aus anderen Gründen anzunehmen ist und die Verleihung des Aufenthaltstitels rechtfertigt.

Förderungsrechtlicher Prüfungsmaßstab ist allein das Vorliegen des entsprechenden Aufenthaltstitels; eine inhaltliche Überprüfung der mit dessen Ausstellung unterstellten Verfestigungsperspektive findet nicht statt.

a) Zu § 22 Aufenthaltsgesetz

Die Aufenthaltserlaubnis wird Ausländern für die Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen bzw. zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erteilt.

b) Zu § 23 Aufenthaltsgesetz

Die Vorschrift gibt den Obersten Landesbehörden die Möglichkeit, aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis anzuordnen. § 23 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz betrifft die Aufnahmezusage durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an Ausländer aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen zur Wahrung besonders gelagerter Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Absatz 4 regelt die Erteilung von Aufnahmezusagen gegenüber bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge).

c) Zu § 23a Aufenthaltsgesetz

Die Vorschrift bietet die Grundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer in besonders gelagerten Härtefällen, wenn eine von der Landesregierung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht.

d) Zu § 25 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz

Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Asylberechtigte nach Artikel 16a Grundgesetz.

Der Anspruch auf Ausbildungsförderung entsteht mit der Anerkennung als Asylberechtigter (und nicht erst mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis).

Diese ist durch Vorlage der schriftlichen Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder (im Falle einer ablehnenden behördlichen Entscheidung) der entsprechenden rechtskräftigen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung nachzuweisen.

e) Zu § 25 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz

Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention sowie subsidiär Schutzberechtigte.

Der Anspruch auf Ausbildungsförderung entsteht mit der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes (und nicht erst mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis). Diese ist durch Vorlage der schriftlichen Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder (im Falle einer ablehnenden behördlichen Entscheidung) der entsprechenden rechtskräftigen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung nachzuweisen.

f) Zu § 25a Aufenthaltsgesetz

Die Vorschrift des § 25a Aufenthaltsgesetz regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende, wenn diese unter anderem einen dreijährigen ununterbrochenen Aufenthalt sowie einen in der Regel dreijährigen erfolgreichen Schulbesuch oder den Erwerb eines anerkannten Schul- oder Berufsabschlusses im Bundesgebiet nachweisen können.

g) Zu § 25b Aufenthaltsgesetz

Diese Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für nachhaltig integrierte Ausländer, die z. B. geduldet sind.

h) Zu § 28 Aufenthaltsgesetz

Diese Vorschrift regelt die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für den Nachzug zu Deutschen. Die Aufenthaltserlaubnis ist dem ausländischen Ehegatten eines Deutschen, dem minderjährigen ledigen Kind eines Deutschen oder dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Deutschen zur Ausübung der Personensorge zu erteilen, wenn der Deutsche seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat. Ist der Ehegatte des Deutschen EU-Bürger, erhält er als Freizügigkeitsberechtigter keine Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Aufenthaltsgesetz; daher ist die Förderungsberechtigung durch Vorlage einer Heiratsurkunde, aus der sich die Eheschließung mit einem Deutschen ergibt, nachzuweisen.

i) Zu § 37 Aufenthaltsgesetz

Eine Aufenthaltserlaubnis unter dem Gesichtspunkt des Rechts auf Wiederkehr in das Bundesgebiet erhalten junge Ausländer, die sich neben weiteren Voraussetzungen vor der Ausreise mindestens acht Jahre lang rechtmäßig im

Bundesgebiet aufgehalten und sechs Jahre im Bundesgebiet eine Schule besucht haben.

- j) Zu § 38 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Aufenthaltsgesetz
Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche, die bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr den gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatten.
- k) Zu § 104a Aufenthaltsgesetz
§ 104a Aufenthaltsgesetz trifft eine Regelung für Altfälle, in denen sich ein geduldeter Ausländer am 1. Juni 2007 seit mindestens acht Jahren oder, falls er zusammen mit einem oder mehreren minderjährigen ledigen Kindern in häuslicher Gemeinschaft lebt, seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Bundesgebiet aufgehalten hat und weitere Voraussetzungen vorliegen.
- l) § 104c Aufenthaltsgesetz regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, wenn sich ein geduldeter Ausländer am 31. Oktober 2022 seit fünf Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet aufgehalten hat und weitere Voraussetzungen vorliegen. Die Aufenthaltserlaubnis ist 18 Monate gültig und nicht verlängerbar. Die Erteilung ist nur bis zum 31.12.2025 möglich.
- m) Zu § 30 Aufenthaltsgesetz
Diese Vorschrift regelt die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen zum Ehegattennachzug. Voraussetzung ist unter anderem, dass beide Ehegatten bzw. Lebenspartner mindestens 18 Jahre alt sind und sich der Ehegatte bzw. Lebenspartner zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann. Der Förderungsanspruch besteht nur, wenn der Ehegatte oder Lebenspartner, zu dem der Nachzug stattfindet, z. B. im Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt - EU ist. Bei einer nachträglichen dauernden Trennung der Ehegatten bzw. Lebenspartner oder der Auflösung der Ehe bzw. der Aufhebung der Lebenspartnerschaft siehe Teilziffer 8.4.1.
- n) Zu den §§ 32, 33 und 34 Aufenthaltsgesetz
Diese Vorschriften regeln die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen zum Nachzug eines Kindes oder bei Geburt des Kindes im Bundesgebiet, wobei auf den Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt - EU oder eine sonstige dort erfasste Aufenthaltserlaubnis seitens der Eltern oder eines personensorgeberechtigten Elternteils abgestellt wird.
- o) Zu § 36 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz
Über diese Vorschrift werden volljährige Kinder von Ausländern erfasst, denen als sonstigen Familienangehörigen eines Ausländers zum Familiennachzug und zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde.

Die Auszubildenden haben folgenden Nachweis zu führen:

- Vorliegen einer Aufenthaltserlaubnis nach § 36 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz
- Nachweis über das Bestehen des Eltern-Kind-Verhältnisses (z. B. Geburtsurkunde) beziehungsweise im Falle eines Stiefkindverhältnisses zusätzlich eine Eheurkunde der Eltern
- Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU des ausländischen Elternteils
- Erklärung darüber, dass die Aufenthaltserlaubnis nach § 36 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz erteilt wurde, um eine außergewöhnliche Härte beim Elternteil oder beim Kind (und nicht bei einem weiteren sonstigen Familienangehörigen) aufzufangen.

8.2.3 Bei den hier genannten Aufenthaltstiteln ist nicht bereits ohne Weiteres von einer dauerhaften Verfestigung des Aufenthalts auszugehen. Deshalb ist insoweit eine Mindestdauer von 15 Monaten eines erlaubten Aufenthalts im Bundesgebiet zusätzliche Förderungsvoraussetzung.

a) Zu § 25 Absatz 3 Aufenthaltsgesetz

Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen von Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Aufenthaltsgesetz, z.B. wenn eine konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

b) Zu § 25 Absatz 4 Satz 2 Aufenthaltsgesetz

Diese Vorschrift betrifft die Verlängerung einer bereits erteilten befristeten Aufenthaltserlaubnis, wenn das Verlassen des Bundesgebiets für den Ausländer aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde.

c) Zu § 25 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz

Die Vorschrift regelt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, wenn die Ausreise aus rechtlichen Gründen (z.B. Krankheit oder Schutz von Ehe und Familie) oder tatsächlichen Gründen (z.B. fehlende Verkehrsverbindungen) unmöglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Sie darf nur erteilt werden, wenn der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.

d) Zu § 31 Aufenthaltsgesetz

Im Falle der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft wird die Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen als eigenständiges zum Zweck des Ehegattennachzuges unabhängiges Aufenthaltsrecht verlängert.

e) Zu den §§ 30, 32, 33 und 34 Aufenthaltsgesetz

Für die nach diesen Vorschriften erteilte Aufenthaltserlaubnis gelten die Ausführungen unter Teilziffer 8.2.2 Buchstaben j) und k) entsprechend, wobei der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten, Lebenspartners, der Eltern oder

des personensorgeberechtigten Elternteils, zu dem der Nachzug stattfindet, ausreichend ist.

f) Zu § 36 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz

Durch diese Vorschrift werden volljährige Kinder von Ausländern erfasst, denen als sonstigen Familienangehörigen eines Ausländers zum Familiennachzug und zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde.

Zu den Nachweisen vgl. Teilziffer 8.2.2 o).

g) Zu § 36a Aufenthaltsgesetz

Diese Vorschrift dient der Regelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten aus humanitären Gründen. Erfasst sind hiervon sowohl Ehegatten und minderjährige ledige Kinder von Ausländern mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 Satz 1, 2. Alternative Aufenthaltsgesetz als auch die Eltern eines minderjährigen Ausländers, der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 Satz 1, 2. Alternative Aufenthaltsgesetz besitzt, wenn sich kein personensorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält.

8.2.4 (weggefallen)

8.2.6 (weggefallen)

8.2.7 (weggefallen)

8.2.8 (weggefallen)

8.2.9 (weggefallen)

8.2.10 (weggefallen)

8.2.11 (weggefallen)

8.2.12 (neu) Für die Frage, ob sich die auszubildende Person seit mindestens 15 Monaten gestattet in Deutschland aufhält, ist in der Regel auf das Datum der Ausstellung des unverzüglich nach Ankunft im Inland ausgestellten Ankunftsnachweises abzustellen. Nach der förmlichen Asylantragstellung wird die Aufenthaltsgestattung erteilt und der Ankunftsnachweis eingezogen. Das Datum des Ankunftsnachweises wird auf der Aufenthaltsgestattung ergänzt.

Ausnahmen gelten z. B. für Ausländer nach § 14 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 Asylgesetz oder bei unbegleiteten, minderjährigen Ausländern. Hier ist der Zeitpunkt des Asylantrages maßgeblich. Dieses Datum ist auf der Aufenthaltsgestattung vermerkt.

8.2.13 (neu) Bei der Beurteilung der Frage, ob die Auszubildenden sich seit mindestens 15 Monaten in Deutschland ununterbrochen rechtmäßig, gestattet oder geduldet aufgehalten haben, wird die Zeit des gestatteten Aufenthalts nach § 55 Absatz 1 Asylgesetz unabhängig davon

angerechnet, ob der Ausländer als Asylberechtigter anerkannt wurde oder ihm internationaler Schutz im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 Asylgesetz zuerkannt wurde.

8.2.14 Zeiten ungeklärter Identität (§ 60b Aufenthaltsgesetz) werden nicht als (neu) Vorduldungszeiten angerechnet.

8.2a.1 Durch den Verweis auf § 60a Aufenthaltsgesetz sind auch die besonderen Duldungsarten in §§ 60a ff. Aufenthaltsgesetz erfasst, da diese stets als Duldung im Sinne des § 60a Aufenthaltsgesetz erteilt werden.

Der Nachweis der Duldung wird durch Vorlage der Duldungsbescheinigung nach § 60a Absatz 4 Aufenthaltsgesetz erbracht.

8.2a.2 Mit Stellung eines Asylantrages ist der Ausländer für die Dauer der Prüfung des (neu) Asylverfahrens bzw. Asylfolgeverfahrens nicht mehr vollziehbar ausreisepflichtig, sodass die Grundlage für die Erteilung einer Duldung entfallen ist. Der Aufenthalt ist in dieser Konstellation dann allein auf Grund des Asylgesuchs gestattet (vgl. § 55 Absatz 1 Asylgesetz). Es besteht keine persönliche Förderungsberechtigung nach § 8.

8.2a.3 Zu Vorduldungszeiten vgl. Teilziffer 8.2.14 (neu)

Zu Absatz 4 (neu)

8.4.1 Die Anwendung des Absatzes 4 setzt voraus, dass die dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung aufgenommen wurde, als die Ehe oder Lebenspartnerschaft bestand und beschränkt sich auf den begonnenen Ausbildungsabschnitt.

Darüber hinaus verliert der Auszubildende den Anspruch auf Ausbildungsförderung auch dann nicht, wenn die dauerhafte Trennung bzw. Auflösung der Ehe oder Lebensgemeinschaft zeitlich zwischen einer positiven Grundentscheidung nach § 46 Absatz 5 und der Aufnahme der Ausbildung erfolgt.

§ 9

9.2.1 Eine Ausbildungsstätte besucht grundsätzlich nur, wer ihr organisationsrechtlich angehört und

- a) bei den in § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 bezeichneten Ausbildungsstätten an dem planmäßig vorgesehenen Unterricht regelmäßig teilnimmt,
- b) bei den in § 2 Absatz 1 Nummer 5 und 6 bezeichneten Ausbildungsstätten die nach der Studienordnung und dem jeweiligen Ausbildungsplan vorgesehenen Lehrveranstaltungen belegt und regelmäßig an ihnen teilnimmt. Gastschüler/Gasthörer erfüllen diese Voraussetzungen nicht.

Studierende gehören in diesem Sinne einer Ausbildungsstätte organisationsrechtlich nur an, wenn sie voll immatrikuliert sind. Dies ist auch bei einer befristeten Immatrikulation (z. B. im Rahmen eines sogenannten Probestudiums für beruflich Qualifizierte) der Fall.

Während eines von der Ausbildungsstätte gewährten Urlaubssemesters (formelle Beurlaubung), welches kein Fachsemester ist und nach den Regelungen der Ausbildungsstätte kein Voranbringen der Ausbildung in dieser Zeit, insbesondere entsprechend Satz 1 Buchstabe b), vorsieht, scheidet ein Anspruch auf bzw. eine Bewilligung von Ausbildungsförderung grundsätzlich aus (vgl. zur Sonderkonstellation des § 15 Absatz 2a Teilziffer 15.2a.2).

Die Voraussetzung des Besuchs der Ausbildungsstätte ist als Ausnahme von der Regel auch bei Examenskandidaten, die beurlaubt oder exmatrikuliert sind, während der beiden letzten Semester innerhalb der Förderungshöchstdauer oder der nach § 15 Absatz 3, 4 oder 5 verlängerten Förderungsdauer gegeben und steht insoweit einer Ausbildungsförderung nicht entgegen.

9.2.2 Den Besuch der Ausbildungsstätte oder die Teilnahme an dem Praktikum hat die auszubildende Person nachzuweisen. Der Nachweis kann durch Vorlage des Formblatts 2 oder durch eine von der jeweiligen Ausbildungsstätte erstellte Bescheinigung geführt werden, wenn diese alle im Formblatt 2 vorgesehenen Angaben enthält.

9.2.3 Dass die auszubildende Person das angestrebte Ausbildungsziel erreicht, lassen deren Leistungen auch erwarten, wenn beim Besuch einer der in § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 bezeichneten Ausbildungsstätten eine Klasse wiederholt wird. Auch im Fall einer zweiten Wiederholung kann grundsätzlich von der gesetzlichen Vermutung der Eignung ausgegangen werden.

Bleibt eine auszubildende Person der in § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 bezeichneten Ausbildungsstätten dem Unterricht mehr als 30 Prozent der Unterrichtszeit des Schulhalbjahres unentschuldig fern, kann von einer Eignung in der Regel nicht mehr ausgegangen werden.

Bei einer derartigen Höhe unentschuldigter Fehlzeiten ist die Ausbildungsförderung für die Zukunft einzustellen, wenn aufgrund dieser Fehlzeiten die Leistungen der auszubildenden Person nicht mehr erwarten lassen, dass sie das angestrebte Ausbildungsziel erreicht.

Eine Rückforderung nach § 20 Absatz 2 ergeht bei Vorliegen der dortigen Voraussetzungen. Unzulängliche Studienfortschritte und / oder unentschuldigte Fehlzeiten im vorgenannten Umfang allein sind kein Rückforderungsgrund, vgl. näher dazu die Teilziffer 20.2.1, auch zur Frage eines Entschuldigungsgrunds.

§ 10

- 10.3.1 Liegen bei der Aufnahme eines Bachelorstudiums nach vollendetem 45. Lebensjahr Gründe nach § 10 Absatz 3 Satz 2 vor, ist auch bei einem anschließend unverzüglich aufgenommenen Masterstudiengang die Überschreitung der Altersgrenze unschädlich.

Dies gilt auch für ein Masterstudium im Anschluss an ein nach § 10 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1a gefördertes Bachelorstudium.

Ein Grund nach § 10 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1a liegt z.B. vor, wenn Auszubildende den Hochschulzugang durch eine Meisterprüfung, den Abschluss als staatlich geprüfter Techniker oder Betriebswirt bzw. durch einen vergleichbaren Abschluss im Sinne des KMK-Beschlusses vom 06.03.2009 („Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“) erlangt haben.

- 10.3.4 Persönliche oder familiäre Gründe, die eine Förderung nach unverschuldetem Überschreiten der Altersgrenze rechtfertigen, sind z.B. Schwangerschaft, Kindererziehung, Erkrankung, Behinderung, Nichtzulassung zur gewählten Ausbildung im Auswahlverfahren, Betreuung von behinderten oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesenen Kindern.

Wird während der Kinderziehung die Altersgrenze erreicht und nach Wegfall dieses Hinderungsgrundes die Ausbildung unverzüglich aufgenommen, ist nicht zu prüfen, ob die Ausbildung früher hätte aufgenommen werden können.

Die Aufnahme einer dem Grunde nach förderungsfähigen Ausbildung sowie einer Ausbildung im Sinne von § 57 Drittes Buch Sozialgesetzbuch vor oder nach Erreichen der allgemeinen Altersgrenze ist nicht als förderschädliche Unterbrechung im Hinblick auf die Altersgrenze anzusehen, wenn unverzüglich eine weitere förderungsfähige Ausbildung aufgenommen werden soll.

- 10.3.4a Persönliche Gründe, die eine Förderung der Ausbildung nach Überschreiten der Altersgrenze rechtfertigen, sind auch anzunehmen, wenn die Auszubildenden zu einer der in Teilziffer 7.1.15 Satz 9 Buchstabe a und b genannten Personengruppen gehören und für die Anerkennung ihres im Herkunftsland erworbenen Berufsabschlusses eine ergänzende oder mangels Verwertbarkeit dieses Berufsabschlusses eine weitere Ausbildung im Inland benötigen.

Diesen Auszubildenden ist auch ein angemessener Zeitraum zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse einzuräumen.

§ 11

- 11.2a.2 Die auszubildende Person hat schriftlich oder elektronisch zu versichern, dass

- ihr der Aufenthaltsort der Eltern oder eines Elternteils nicht bekannt ist,
- sie keine Kontaktperson der Eltern oder des Elternteils kennt und
- sie auch keinen Unterhalt von den Eltern oder dem Elternteil bezieht.

Der Aufenthaltsort im Ausland gilt als nicht ermittelbar, sofern

- der Auslandsrückschein mit Unzustellbarkeitsvermerk beim Amt für Ausbildungsförderung eingeht oder
- innerhalb von zwei Monaten der Auslandsrückschein nicht wieder beim Amt eingeht und auch keine sonstige Reaktion der vom Amt per Auslandsrückschein angeschriebenen Eltern oder des Elternteils erfolgt.

11.2a.3 Ein Hinderungsgrund im Sinne des § 11 Absatz 2a liegt z.B. vor, wenn

- Devisenbestimmungen eines ausländischen Staates einer auch nur teilweisen Unterhaltsleistung entgegenstehen,
- die im Heimatland verbliebenen Eltern bei finanzieller Unterstützung der auszubildenden Person selbst politische Verfolgungsmaßnahmen oder Folgen befürchten müssen, die ein Abschiebungshindernis nach § 60 Absatz 2, 3, 5 oder 7 Aufenthaltsgesetz begründen würden,
- glaubhaft gemacht wird, dass der Aufenthaltsort der auszubildenden Person nicht bekannt werden darf, weil sie nachweislich mit schweren Straftaten bedroht wird, insbesondere bei Gefahr für Leib und Leben oder Zwangsverheiratung,
- die Eltern der auszubildenden Person sich in einem ausländischen Flüchtlingslager aufhalten,
- der Aufenthaltsort der Eltern bzw. eines Elternteils der auszubildenden Person in einem Land liegt, das insgesamt als anerkanntes Krisengebiet eingestuft ist. Die Einordnung als anerkanntes Krisengebiet ist der offiziellen Liste der Länder mit Reisewarnung des Auswärtigen Amtes zu entnehmen. Teilreisewarnungen sind hiervon nicht erfasst.

11.3.6 Erwerbstätig ist eine Person, die eine selbständige oder nicht selbständige Tätigkeit ausübt.

Nicht als erwerbstätig sind regelmäßig Personen anzusehen, die eine nach diesem Gesetz oder nach § 56 SGB III förderungsfähige Ausbildung betreiben, es sei denn, sie verfügen während dieser Zeit über Einkünfte in Höhe der sich aus Tz 11.3.5 ergebenden Beträge, die sich aus einer eigenen, nicht auf die Ferienzeiten beschränkten Tätigkeit außerhalb der Ausbildung ergeben.

Zeiten einer Erwerbstätigkeit im Monat des Ausbildungsbeginns gemäß § 15b Absatz 1 bis zur tatsächlichen Unterrichtsaufnahme sind berücksichtigungsfähig.

Bei Selbstständigen ist grundsätzlich von einer den Lebensunterhalt sichernden Tätigkeit auszugehen, sofern von diesen nicht überwiegend Leistungen nach dem SGB II zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts bezogen werden.

11.3.6a Als den Lebensunterhalt sichernde Erwerbstätigkeit gilt auch die Betreuung eines Kindes (Teilziffer 25.5.1) unter vierzehn Jahren oder eines älteren Kindes, das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, im eigenen Haushalt. Nicht berücksichtigungsfähig sind

Betreuungszeiten, neben denen gleichzeitig eine nach diesem Gesetz oder nach § 56 Drittes Buch Sozialgesetzbuch förderungsfähige Ausbildung betrieben wird.

§ 12

12.0.1 (neu) Der Bedarf für den Besuch von Ausbildungsstätten, die nach § 2 Absatz 3 als gleichwertig anerkannt sind, bemisst sich nach den Regelungen der hierzu erlassenen Verordnungen, z. B. der Vorkurseverordnung.

12.2.1a (neu) Der erhöhte Bedarf für auswärtige Unterbringung nach § 12 Absatz 2 gilt weiterhin, wenn Schülerinnen und Schüler, einschließlich solcher, die nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a gefördert werden, für die Zeit des Pflichtpraktikums bei ihren Eltern wohnen und gleichzeitig ihre Wohnung behalten. Dies gilt jedoch nur für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten.

Die Regelung findet grundsätzlich keine Anwendung, wenn das Praktikum zum Ende der Ausbildungszeit durchgeführt wird.

12.2.2 Zum Bedarf von Auszubildenden mit Behinderung vgl. Teilziffer 14a.0.1 bis 14a.0.4.

12.2.3 Wird Auszubildenden, die im Rahmen einer Hilfe zur Erziehung nach § 27 Aachtes Buch Sozialgesetzbuch außerhalb des Elternhauses untergebracht sind, der erhöhte Bedarf für auswärtige Unterbringung gewährt (vgl. Teilziffer 2.1a.7), kommen Zusatzleistungen nach der Härteverordnung nicht in Betracht.

12.2.3a (weggefallen)

bis

12.2.19

12.4.1 § 12 Absatz 4 gilt auch für Praktika gemäß § 5 Absatz 5.

(neu)

12.4.2 (neu) Der Zuschlag zu dem Bedarf nach § 12 Absatz 4 ist auf den jeweiligen Bewilligungszeitraum umzulegen. Zu Abschlagszahlungen siehe Teilziffer 51.1.4.

12.4.5 Ein besonderer Härtefall liegt vor, wenn ein Verbleiben im Ausland nicht zumutbar ist. Dies kann insbesondere angenommen werden bei Tod, Unfall oder unerwarteter schwerer Erkrankung naher Angehöriger sowie bei einem Unfall oder einer schweren Erkrankung der auszubildenden Person selbst oder der Geburt eines eigenen Kindes.

§ 13

13.2.1 Auszubildende wohnen bei den Eltern, wenn sie mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft (neu) leben oder der von ihnen bewohnte Wohnraum im Eigentum der Eltern oder eines Elternteils steht.

13.2.2 Auszubildende leben nicht mit ihren Eltern in häuslicher Gemeinschaft, wenn sie lediglich in Schul- oder Semesterferien bei den Eltern wohnen, sonst aber regelmäßig die Ausbildungsstätte von einer anderen eigenen Unterkunft aus besuchen.

Eine auswärtige Unterbringung ist nachzuweisen, z. B. durch Mietvertrag, Meldebescheinigung oder Bescheinigung der Person, bei der die auszubildende Person wohnt.

13.2.3 Wohnen Auszubildende während eines Pflichtpraktikums bei ihren Eltern oder einem Elternteil, behalten aber gleichzeitig ihre Wohnung am Ausbildungsort, haben sie weiterhin Anspruch auf den erhöhten Bedarf nach § 13 Absatz 2 Nummer 2; jedoch nur für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten.

Die Regelung findet grundsätzlich keine Anwendung, wenn das Praktikum zum Ende der Ausbildungszeit durchgeführt wird.

13.4.1 § 13 Absatz 4 gilt auch für Praktika gemäß § 5 Absatz 5. Bei diesen werden lediglich Aufwendungen für Reisen zum Ort der Ausbildung sowie Aufwendungen für die Krankenversicherung ersetzt, siehe § 1 Absatz 1 Satz 2 BAföG-Auslandszuschlagsverordnung.

13.4.2 Die Zuschläge zu dem Bedarf nach § 13 Absatz 4 sind auf den jeweiligen Bewilligungszeitraum umzulegen.

Zuschläge zu dem Bedarf nach § 13 Absatz 4 sind unbeschadet des Satzes 4 vom Beginn des Kalendermonats an, in dem die Ausbildung im Ausland tatsächlich aufgenommen wird, bis zum Ende des Kalendermonats zu leisten, in dem die Ausbildung dort tatsächlich beendet wird.

Für unterrichts- und vorlesungsfreie Zeiten vor Beginn oder nach Beendigung des Besuchs der im Ausland gelegenen Ausbildungsstätte werden Zuschläge zum Bedarf grundsätzlich nur geleistet, wenn die auszubildende Person sich tatsächlich im Ausland aufhält.

Die Pauschale nach § 13a Absatz 1 Satz 1 für eine Auslandsrankenversicherung erhalten Auszubildende nach § 5 BAföG-Auslandszuschlagsverordnung unabhängig davon, wie hoch die tatsächlichen Aufwendungen im Einzelfall sind.

13.4.4 § 13 Absatz 4 gilt nicht für die Teilnahme an einem Online-Ausbildungsgang. (neu)

- 13.4.5 (neu) An das Kriterium der Nachweisbarkeit der Notwendigkeit von Studiengebühren sind strenge Anforderungen zu stellen. Eine Erstattung ist zum Beispiel nicht möglich, wenn
- bei an externe Dienstleister zu entrichtende Gebühren eine klare Aufschlüsselung zwischen Vermittlungs- und Studiengebühren nicht möglich ist, sodass nicht eindeutig ist, welcher Anteil der Gebühren auf die Studiengebühren der ausländischen Ausbildungsstätte entfällt,
 - bei Gebühren einer ausländischen Hochschule nicht zwischen Studien- und Verwaltungsgebühren unterschieden werden kann,
 - bei Kooperations- oder Austauschabkommen der Wert des Austausches oder die Weiterleitung von Studiengebühren an die ausländische Hochschule nicht nachgewiesen werden kann.
- 13.4.6 (neu) Bei einer Verlängerung des Bewilligungszeitraums sind der Studiengebührenezuschlag sowie der Reisekostenzuschlag auf den gesamten (neuen) Bewilligungszeitraum umzulegen, vgl. Teilziffern 5.2.8a und 5.5.5.
- 13.4.7 (neu) Zu besonderen Härtefällen im Sinne des § 4 Absatz 2 BAföG-Auslandszuschlagsverordnung ist Teilziffer 12.4.5 entsprechend anzuwenden.

§ 13a

- 13a.1.1 Die festgesetzten Beträge nach § 13a Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 werden für Auszubildende gewährt, die als Studierende oder Praktikanten in der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert sind und Beiträge in Höhe des vergünstigten „Studierendentarifs“ zu entrichten haben.

Dies gilt nach § 13a Absatz 1 Satz 3 entsprechend für Auszubildende, die zwar in der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung freiwillig versichert sind, aber zu den Beiträgen der studentischen Pflichtversicherung (insbesondere Fach- und Berufsfachschüler).

Für eine kostenfreie Mitversicherung durch eine Familienversicherung wird kein Zuschlag gewährt. Dies gilt auch, wenn zusätzlich eine beitragspflichtige Privatversicherung vorliegt oder der Auszubildende zeitgleich Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch bezieht.

Nach Vollendung des 25. Lebensjahres ist für Waisenrentner eine ab diesem Zeitpunkt vorrangig vor der zuvor beitragsfreien Versicherungspflicht für Waisenrentner bestehende Versicherungspflicht bedarfserhöhend zu berücksichtigen.

Beginnt und/oder endet das beitragspflichtige Kranken- und Pflegeversicherungsverhältnis während des Bewilligungszeitraums, ist der Bescheid nach Maßgabe des § 53 Satz 1 zu ändern.

- 13a.1.2 (weggefallen)

13a.1.2a Das Vorliegen der Voraussetzungen für den Krankenversicherungszuschlag ist durch eine geeignete Bescheinigung der zuständigen Krankenkasse nachzuweisen.

13a.1.2b (weggefallen)

13a.1.3 Die Tz 13a.1.1 bis Tz 13a.1.2a gelten für Kranken- und Pflegeversicherungszuschüsse gemäß § 5 AuslandszuschlagsV bei einer Ausbildung im Ausland mit der Maßgabe entsprechend, dass für die Kosten einer im Ausland abgeschlossenen Auslandsrankenversicherung keine besonderen Anforderungen an das Versicherungsunternehmen und die Art der Versicherungsleistungen zu stellen sind.

13a.2.1 Nach § 13a Absatz 2 freiwillig gesetzlich versicherten Auszubildenden wird ein Kranken- (neu) und Pflegeversicherungszuschlag in dort genannter Höhe gewährt, insbesondere

- Auszubildenden, deren Mitgliedschaft in der gesetzlichen Pflichtversicherung nach Vollendung des 30. Lebensjahres endet,
- Auszubildenden, die in der Studienabschlussphase längstens für 6 Monate zum sogenannten „Examenstarif“ versichert sind (§ 245 Absatz 2 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch),
- Auszubildenden, die mangels anderweitiger Absicherung im Krankheitsfall als sogenannte „Auffangversicherte“ gesetzlich pflichtversichert sind (§ 5 Absatz 1 Nummer 13 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch)

Teilziffer 13a.1.2a gilt für beitragspflichtige Auszubildende der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 13a Absatz 2 entsprechend.

13a.3.1 Ausschließlich beitragspflichtig privat versicherte Auszubildende erhalten den Zuschlag (neu) nach § 13a Absatz 3 Satz 1, wenn:

- das Versicherungsunternehmen die Anforderungen des § 257 Absatz 2 Satz 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch erfüllt bzw. es sich um eine beitragspflichtige Kranken- und gegebenenfalls Pflegeversicherung in der Postbeamtenkasse oder der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten handelt,
- der Versicherte Leistungen beanspruchen kann, die der Art nach den Leistungen des Fünftes Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Kranken- und Mutterschaftsgeldes entsprechend (keine bloße Zusatzversicherung zur gesetzlichen Krankenversicherung) und
- es sich um eine Voll- oder Teilversicherung handelt.

Eine Vollversicherung ist anzunehmen, wenn der Vertrag grundsätzlich Erstattungssätze von 100 Prozent vorsieht. Eine Selbstbeteiligung in Teilbereichen, z. B. bei Zahnbehandlungen bzw. Zahnersatz, schließt die Annahme einer Vollversicherung nicht aus.

Bei einer Vollversicherung erhöht sich der Bedarf um den in § 13a Absatz 3 Satz 1 genannten Betrag.

Eine Teilversicherung ist anzunehmen, wenn der Vertrag grundsätzlich Erstattungssätze von unter 100 Prozent vorsieht (z. B. 20 Prozent-Tarif für beihilfeberechtigte Kinder von Bundesbeamten).

Bei Vorliegen einer Teilversicherung ist die Höhe der monatlichen Krankenversicherungskosten im Zeitpunkt der Antragstellung nachzuweisen. Ein speziell auf den Zeitpunkt der Antragstellung bezogener Kostennachweis ist aber nur dann erforderlich, wenn die vorgelegte Krankenversicherungsbescheinigung Grund für die Annahme gibt, dass sich die Beitragshöhe seit der Ausstellung der Bescheinigung geändert hat. Änderungen der Beitragshöhe, die nach dem Zeitpunkt der Antragstellung eintreten, bleiben für die Dauer des Bewilligungszeitraums unberücksichtigt. Obergrenze für die Erstattung ist der in § 13a Absatz 3 Satz 1 genannte Betrag.

Der Zuschlag zur Pflegeversicherung richtet sich nach § 13a Absatz 3 Satz 3.

§ 14a

14a.0.3 Die Kosten einer Internatsunterbringung sind Kosten im Sinne von § 14a Satz 1 Nummer 1.

Folgende Kosten für die Unterbringung von Auszubildenden mit Behinderungen werden im Rahmen des § 7 Härteverordnung vom Amt für Ausbildungsförderung anerkannt:

- Vereinbarte Vergütung nach § 134 Absatz 3 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (bestehend aus Grundpauschale, Maßnahmepauschale und Investitionsbetrag),
- Platzfreihalte-Entgelt (für Abwesenheitszeiten, sofern nach § 134 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch vereinbart),
- Bedarf für die Ferienzeit (§ 7 Absatz 2 Satz 2 Härteverordnung).

Folgende Kosten werden vom Amt für Ausbildungsförderung nicht berücksichtigt:

- Barbetrag (Taschengeld),
- Bekleidungsgeld,
- Kosten für Familienheimfahrten,
- Schulkosten,
- Kosten für schulische Assistenzkräfte (Inklusionshelfer),
- Kosten für therapeutische oder medizinische Hilfsmittel (z.B. Rollstuhl).

14a.0.4 Die Durchsetzung des Erstattungsanspruchs nach § 104 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (neu) für die gewährten Internatskosten für Auszubildende mit Behinderung durch den nachrangig verpflichteten Sozialleistungsträger gegen den Träger der Ausbildungsförderung hängt nicht davon ab, dass Ausbildungsförderung nach § 46 Absatz 1 Satz 1 beantragt worden ist.

Wird die Leistung durch einen nachrangig verpflichteten Sozialleistungsträger im Wege des Erstattungsverfahrens nach § 104 Absatz 1 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch geltend gemacht und sind die Angaben, welche zur Leistungsverpflichtung oder zur Feststellung der Anspruchsberechtigung notwendig sind, nicht durch das Amt ermittelbar, ist der Anspruch insoweit abzulehnen.

§ 14b

- 14b.1.1 Der Kinderbetreuungszuschlag ist zu gewähren, wenn die auszubildende Person mit dem betreffenden Kind (auch nur zeitweise) in einem Haushalt lebt. Nicht relevant ist, in welchem Haushalt (z. B. auch dem der eigenen Eltern oder in einem Mutter-Kind-Heim) sie leben. Die teilweise Fremdbetreuung des Kindes (z. B. durch Kindergarten, Tagesmutter, Angehörige) steht einer Gewährung des Kinderbetreuungszuschlags nicht entgegen.

§ 15

- 15.1.1 Ausbildungsförderung wird vom Beginn des Monats an geleistet, in dem die Ausbildung aufgenommen wird, sofern spätestens in diesem Monat ein Antrag gestellt worden ist.

Lehrveranstaltungen, die vor dem Monat des regulären Vorlesungsbeginns durchgeführt werden, können gefördert werden, wenn sie sich als „Aufnahme der Ausbildung“ darstellen. Dies setzt neben der Immatrikulation voraus, dass es sich um eine in Vollzeit und von Lehrkräften der Hochschule durchgeführte Veranstaltung handelt.

Im Unterschied hierzu ermöglichen Vorkurse nach der Vorkurseverordnung erst die Zulassung und sind auf die Dauer von mindestens sechs Monaten angelegt.

- 15.2.3 (weggefallen)

- 15.2.4 Zur Frage der Bewilligung von Ausbildungsförderung während formeller Beurlaubung vgl. die Teilziffer 9.2.1.

- 15.2.5 Ausbildungsförderung wird grundsätzlich für die Dauer der Ausbildung geleistet. Bei dem Besuch von Studiengängen an Hochschulen oder diesen nach § 2 Absatz 3 als gleichwertig bestimmten Ausbildungsstätten erfolgt eine Förderung über die Förderungshöchstdauer hinaus jedoch nur, wenn die Voraussetzungen des § 15 Absatz 3, 4 oder 5 vorliegen.

Bei Auslandsaufenthalten ist Teilziffer 5a.0.3 zu beachten.

- 15.3.1a (neu) Für alle in § 15 Absatz 3 Satz 1 genannten Gründe gilt, dass diese für die Überschreitung der Förderungshöchstdauer ursächlich sein müssen. Die Verzögerung darf für die auszubildende Person nicht auf zumutbare Weise innerhalb der Förderungshöchstdauer aufzuholen sein.

- 15.3.2 Über die Förderungshöchstdauer hinaus wird Ausbildungsförderung nach § 15 Absatz 3 nicht geleistet, wenn nach Aktenlage feststeht, dass die auszubildende Person die Ausbildung nicht innerhalb eines Zeitraums von vier Semestern nach der nach § 15 Absatz 3 verlängerten Förderungszeit berufsqualifizierend abschließen oder die Voraussetzungen für die Zulassung zur Abschlussprüfung (vgl. hierzu auch Teilziffern 15.5.4 und 15.5.5) schaffen kann.

15.3.3 Schwerwiegende Gründe, die eine Förderung über die Förderungshöchstdauer hinaus rechtfertigen können, sind insbesondere

- eine Krankheit (die Krankheit ist durch Attest nachzuweisen, in Zweifelsfällen ist über die Erkrankung das zuständige Gesundheitsamt im Wege der Amtshilfe gutachtlich zu hören),
- eine von der auszubildenden Person nicht zu vertretende Verlängerung der Examenszeit (z.B. bei plötzlicher Erkrankung des Prüfers),
- eine verspätete Zulassung zu examensnotwendigen Lehrveranstaltungen (z.B. „interner Numerus clausus“) oder eine verspätete, aber rückwirkende Zulassung zum Wunschstudium (auch neben der Berücksichtigung als wichtiger Grund im Kontext von § 7 Absatz 3 nach Maßgabe von Teilziffer 7.3.12),
- das erstmalige Nichtbestehen einer Zwischen- oder Modulprüfung, wenn sie Voraussetzung für die Weiterführung der Ausbildung ist, wobei dies auch bei mehreren Prüfungen mit Aufstiegscharakter (unabhängig von der Anzahl der Leistungsnachweise) gilt, wenn die Nichterbringung dazu führt, dass eine planmäßige Fortsetzung des Studiums in einem höheren Semester nicht möglich ist; entsprechendes gilt für die erstmalige Wiederholung eines Studienhalbjahres wegen des Misslingens von Leistungsnachweisen, wenn anstelle einer einzelnen Zwischen- oder Modulprüfung laufend Leistungsnachweise zu erbringen sind.

Auch bei einem Orientierungsangebot mit regulärer, nicht verlängerter Regelstudienzeit kann eine Verlängerung der Förderungsdauer für eine angemessene Zeit über die aus schwerwiegenden Gründen überschrittene Förderungshöchstdauer hinaus nach § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 in Betracht kommen, insbesondere bei einem Modell, welches zwar eine Orientierungsphase vorsieht, jedoch dafür keine verlängerte Regelstudienzeit (und keine oder nur eine geringe Anrechnungsmöglichkeit) gewährt (vgl. auch Teilziffer 48.2.2).

15.3.3a Fehlende Sprachkenntnisse sind kein schwerwiegender Grund für die Gewährung einer Förderung über die Förderungshöchstdauer hinaus. Vgl. aber die Regelung zur Verlängerung der Förderungshöchstdauer bei fehlenden Sprachkenntnissen in bestimmten Sprachen bzw. Fallkonstellationen in § 15a Absatz 3 sowie in Teilziffer 15a.3.1.

Außergewöhnliche Studienprojekte oder Wettbewerbe (z.B. „Moot Courts“) stellen ebenfalls keinen schwerwiegenden Grund dar.

Zu Nummer 2 (neu)

15.3.3b Der Pflegegrad ist durch eine Bescheinigung der zuständigen Pflegekasse nachzuweisen. (neu)

Die tatsächliche Übernahme der Pflege in häuslicher Umgebung ist ebenso wie deren Dauer und Umfang von der auszubildenden Person durch eine entsprechende Erklärung glaubhaft zu machen.

Als Pflege sind diejenigen Maßnahmen zu verstehen, die aufgrund der Umstände, die die Pflegebedürftigkeit des Angehörigen gemäß § 14 Elftes Buch Sozialgesetzbuch

ausmachen, vorgenommen werden (z. B. auch betreuerische Maßnahmen oder Haushaltsführung).

Die Angemessenheit der Dauer einer Verlängerung nach § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 ist im Einzelfall anhand des Pflegegrades sowie der Dauer und des Umfangs der tatsächlich übernommenen Pflege zu bestimmen.

Zu Nummer 3 (statt Nummer 2)

15.3.8 Bei der Feststellung einer Behinderung (vgl. dazu § 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch) ist im Allgemeinen von Bescheinigungen anderer zuständiger Stellen auszugehen. In Zweifelsfällen hinsichtlich der Frage der Ursächlichkeit (vgl. dazu Teilziffer 15.3.1a) ist das zuständige Versorgungsamt im Wege der Amtshilfe gutachtlich zu hören.

15.3.10 Im Rahmen des § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 sind in der Regel folgende Zeiten angemessen:

- Schwangerschaft: ein Semester,
- bis zum 6. Geburtstag des Kindes: ein Semester für ein Jahr der Pflege/Erziehung (Betreuungsjahr),
- bis zum 10. Geburtstag des Kindes: ein Semester für zwei Betreuungsjahre,
- bis zum 14. Geburtstag des Kindes: ein Semester für vier Betreuungsjahre.

Die Vergünstigung des § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 darf insgesamt ein Semester für ein Betreuungsjahr nicht überschreiten, und zwar auch dann nicht, wenn mehrere Kinder gleichzeitig betreut werden. Verzögerungszeiten in nicht vollen Betreuungsjahren sind anteilig zu berücksichtigen. Sofern die Verlängerungszeit mindestens vier Monate eines Semesters beträgt, kann die Förderungsdauer auf ein ganzes Semester aufgerundet werden. Eine Aufteilung der Vergünstigung auf beide betreuenden Elternteile (Quotelung) ist nicht vorzunehmen.

Zu Absatz 3a (weggefallen)

15.3a.1 (weggefallen)

15.3a.2 (weggefallen)

15.3a.3 (weggefallen)

15.3a.4 (weggefallen)

15.3a.4a (weggefallen)

15.3a.5 (weggefallen)

Zu Absatz 4 (neu)

15.4.1 Das Flexibilitätssemester muss sich unmittelbar an den Ablauf der Förderungshöchstdauer oder der Förderungsdauer nach § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, 2, 3 oder 5 (im Folgenden für alle Teilziffern zu § 15 Absatz 4: verlängerte Förderungsdauer) anschließen.

Zwischen Ablauf der Förderungshöchstdauer oder der verlängerten Förderungsdauer und Flexibilitätssemester liegende Urlaubssemester, welche nicht als Fachsemester gewertet werden, sind unschädlich.

In den Fällen eines untersemestrigen Endes der verlängerten Förderungsdauer schließt sich das Flexibilitätssemester unmittelbar an, wenn es direkt an dieses Ende anschließt. D. h. das Flexibilitätssemester beginnt zu dem untersemestrigen Zeitpunkt, z. B. im Monat Juni während eines laufenden Sommersemesters (in Deutschland), und läuft für die reguläre Dauer eines Semesters (in der Regel sechs Monate). Es wird nicht auf den Beginn des verwaltungsmäßig nächsten Semesters abgestellt.

Auf den Zeitpunkt der Beantragung während des Flexibilitätssemesters kommt es nicht an, d. h. eine verspätete Antragstellung ist unschädlich. Das Flexibilitätssemester läuft dann aber lediglich bis zum Ende des verwaltungsmäßigen Semesters bzw. im Fall einer untersemestrig endenden Förderungshöchstdauer oder verlängerten Förderungsdauer des entsprechend als Flexibilitätssemester gewährten Zeitraums.

- 15.4.2 (neu) Ein Flexibilitätssemester im Anschluss an den Ablauf der verlängerten Förderungsdauer kann nicht gewährt werden, wenn kein Antrag auf verlängerte Förderungsdauer gestellt worden war; das bloße Vorliegen von Voraussetzungen für eine verlängerte Förderungsdauer ist nicht ausreichend.

Dagegen setzt die Gewährung eines Flexibilitätssemesters im Anschluss an den Ablauf der Förderungshöchstdauer nicht voraus, dass die auszubildende Person im vorangegangenen Bewilligungszeitraum einen Antrag auf Ausbildungsförderung gestellt bzw. tatsächlich Ausbildungsförderung erhalten hat.

- 15.4.3 (neu) Das Flexibilitätssemester muss ausdrücklich beantragt werden. Ein bloßer Antrag auf Weiterförderung ohne weitere Angaben kann nicht ohne nähere Klärung zwischen Amt für Ausbildungsförderung und auszubildender Person als Antrag auf Gewährung eines Flexibilitätssemesters ausgelegt werden.

Für die Dauer des Flexibilitätssemesters ist in der Regel ein eigener Bewilligungszeitraum zu bilden.

- 15.4.4 (neu) Die auszubildende Person kann nach Ablauf der Förderungshöchstdauer zunächst eine verlängerte Förderungsdauer beantragen und im Anschluss daran noch ein Flexibilitätssemester. In diesem Fall kann die auszubildende Person für während des Flexibilitätssemesters auftretende Verlängerungsgründe im Sinne von § 15 Absatz 3 nach dessen Ablauf noch für eine weitere angemessene Zeit Ausbildungsförderung erhalten.

Alternativ kann die auszubildende Person nach Ablauf der Förderungshöchstdauer auch zunächst ein Flexibilitätssemester beantragen und erst im Anschluss daran noch einen Antrag auf verlängerte Förderungsdauer stellen. In diesem Fall kann die auszubildende Person sowohl Verlängerungsgründe im Sinne von § 15 Absatz 3 für Umstände geltend machen, die vor Beginn des Flexibilitätssemesters aufgetreten sind, als auch für solche Umstände, die während des Flexibilitätssemesters zusätzlich auftreten oder fortgelten.

Bei der Prüfung einer Verlängerung nach § 15 Absatz 3 (insbesondere der angemessenen Verlängerungszeit) darf der auszubildenden Person nicht entgegengehalten werden, dass sie ein Flexibilitätssemester tatsächlich in Anspruch genommen hat oder hätte nehmen können.

- 15.4.5 (neu) Ein Flexibilitätssemester kann nicht gewährt werden, um den Zeitpunkt der Vorlage des Leistungsnachweises nach hinten zu verschieben. Es kann auch dann nicht gewährt werden, wenn bis zum Zeitpunkt seiner Inanspruchnahme kein Leistungsnachweis vorgelegt worden ist. Vgl. dazu auch Teilziffer 48.2.1.

Zu Absatz 5 (neu)

- 15.5.1 (neu) Hilfe zum Studienabschluss nach § 15 Absatz 5 kann nur für Studierende an Hochschulen geleistet werden, die sich in einem in sich selbständigen Studiengang befinden. Als solche gelten auch Masterstudiengänge. Für Studierende in unselbstständigen Zusatzausbildungen (z. B. nach § 7 Absatz 2 Nummer 2) findet § 15 Absatz 5 keine Anwendung.

- 15.5.2 (neu) § 15 Absatz 5 regelt die Hilfe zum Studienabschluss abschließend. Sie ist auch dann zu leisten, wenn vorher keine Förderung beantragt wurde.

Ihre Gewährung setzt voraus, dass die übrigen Voraussetzungen für die Förderung mit BAföG erfüllt sind, d. h. insbesondere nach den §§ 7, 8 und 10.

Eine Förderung mit Hilfe zum Studienabschluss ist auch dann zu leisten, wenn die auszubildende Person zwar keinen Leistungsnachweis gemäß § 48 Absatz 1 vorlegen konnte bzw. kann, dennoch aber die Voraussetzungen nach § 15 Absatz 5 erfüllt.

§ 15 Absatz 3 ist während der Abschlusshilfedauer nicht anzuwenden.

- 15.5.3 (neu) Für Studiengänge mit Abschlussprüfung gilt: Spezifische Voraussetzungen für die Hilfe zum Studienabschluss sind

- die Zulassung zur Abschlussprüfung bis spätestens vier Semester (im Folgenden: Karenzzeit) nach dem Ende der Förderungshöchstdauer bzw. der Förderungsdauer nach § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, 2, 3 oder 5 oder Absatz 4 (im Folgenden für die Teilziffern 15.5.3 ff.: verlängerten Förderungsdauer)
- die Stellung eines Antrags auf Hilfe zum Studienabschluss spätestens für den sich unmittelbar an den Ablauf der Karenzzeit anschließenden Förderzeitraum und
- die Vorlage einer Bescheinigung der Prüfungsstelle darüber, dass die Ausbildung nunmehr (d. h. in der Regel ab Antragstellung) in spätestens zwölf Monaten abgeschlossen werden kann.

Für Studiengänge mit gleitendem Prüfungsverfahren sowie für Studiengänge ohne Abschlussprüfung (in der Regel modularisierte Studiengänge) vgl. Teilziffer 15.5.4; für Studiengänge ohne Zulassungsverfahren für die Abschlussprüfung vgl. Teilziffer 15.5.5.

- 15.5.4 (neu) Bei sogenannten „gleitenden Prüfungsverfahren“ mit Zulassung zur Abschlussprüfung bereits nach der Zwischenprüfung, muss die Bescheinigung der Prüfungsstelle eine

Aussage darüber enthalten, ob alle wesentlichen Studienleistungen bereits tatsächlich erbracht sind.

Bei modularisierten Studiengängen ohne Abschlussprüfung ist darauf abzustellen, dass die Ausbildung in der maximalen Förderungsdauer von zwölf Monaten abgeschlossen werden kann.

Voraussetzung für die Hilfe zum Studienabschluss ist aber auch dann, dass die auszubildende Person den Antrag auf Hilfe zum Studienabschluss spätestens für den sich unmittelbar an den Ablauf der Karenzzeit anschließenden Förderzeitraum stellen muss, wobei sich die Abschlussprognose ab diesem Ablaufzeitpunkt bemisst.

15.5.5 In Studiengängen ohne Zulassungsverfahren gilt als Zulassung zur Abschlussprüfung im
(neu) Sinne des § 15 Absatz 5 die Ausgabe der Diplom-/Magisterarbeit oder die Ladung zum Prüfungstermin.

15.5.6 Für die Berechnung der Karenzzeit (vgl. Teilziffern 15.5.3 und 15.5.4) gilt:
(neu)

- Der Beginn des Zeitraums bemisst sich nach dem Ende der Förderungshöchstdauer oder einer beantragten verlängerten Förderungsdauer. Dies kann dem letzten Bewilligungsbescheid entnommen oder nach § 15a ermittelt werden.
- Das bloße Vorliegen von Verlängerungsgründen, für die keine Verlängerung der Förderungsdauer beantragt war, ist unbeachtlich; in derartigen Fällen ist auf das Ende der Förderungshöchstdauer abzustellen. Gleiches gilt für die bloße Möglichkeit, ein Flexibilitätssemester in Anspruch zu nehmen.
- Sofern die Förderungshöchstdauer oder die verlängerte Förderungsdauer untersemestrig endet, beginnt der Karenzzeitraum mit dem auf das Ende der Förderungshöchstdauer oder der verlängerten Förderungsdauer folgenden Semester.

§ 15a

15a.1.1 Die Förderungshöchstdauer gilt nur für Studiengänge und entspricht grundsätzlich der Regelstudienzeit nach § 10 Absatz 2 Hochschulrahmengesetz. Ist für einen Studiengang eine Regelstudienzeit nach § 10 Absatz 2 Hochschulrahmengesetz nicht vorgesehen, weil es sich beispielsweise um das Studienangebot einer privaten Einrichtung handelt, die nicht Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes ist, oder um das Studienangebot einer ausländischen Hochschule, ist an eine der Regelstudienzeit vergleichbare Festsetzung anzuknüpfen. Eine vergleichbare Festsetzung liegt jedoch nur vor, wenn die maßgebliche Studienzeit, entsprechend der Regelstudienzeit, auch Zeiten einer in den Studiengang eingeordneten berufspraktischen Tätigkeit, praktische Studiensemester und Prüfungszeiten umfasst.

15a.1.2 Da Bachelor- und Masterstudiengänge je eigene Ausbildungsabschnitte sind, werden diese für die Bemessung der Förderungshöchstdauer gesondert betrachtet.

- 15a.2.2 Die Zeiten einer Doppelimmatrikulation beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang sind auf die Förderungshöchstdauer des Masterstudienganges anzurechnen.

Dies gilt auch für Zeiten einer Doppelimmatrikulation aufgrund einer vorläufigen Zulassung zum Masterstudiengang im Sinne von § 7 Absatz 1a Satz 3 – vorbehaltlich etwaiger abweichender hochschulrechtlicher Regelungen hinsichtlich der Anrechnung der während dieses Zeitraums verbrachten Studienzeiten auf die Regelstudienzeit für den Masterstudiengang.

Vgl. insoweit auch Teilziffer 7.1a.7.

- 15a.2.3 Für die Umrechnung von Teilzeit- in Vollzeitausbildungszeiten ist das zeitliche (neu) Verhältnis der Teilzeitausbildung zur Vollzeitausbildung maßgeblich. Wird die Teilzeitausbildung z. B. im Umfang von 50 Prozent der Vollzeitausbildung durchgeführt, ist von zwei Semestern eines in Teilzeit verbrachten Studiums ein Semester auf die Förderungshöchstdauer des in Vollzeit fortgesetzten Studiums anzurechnen im Sinne von § 15a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, Satz 2.

- 15a.3.1 Sehen die Landeshochschulgesetze bzw. die Studien- und Prüfungsordnungen eine Verlängerung der Regelstudienzeit für den Erwerb von Sprachkenntnissen vor, richtet sich die Förderungshöchstdauer nach der verlängerten Regelstudienzeit. Eine zusätzliche Verlängerung der Förderungshöchstdauer nach Absatz 3 kommt in diesen Fällen nicht in Betracht.

Eine Verlängerung der Förderungshöchstdauer ist nicht möglich, wenn der Spracherwerb nach dem Curriculum Studieninhalt ist.

§ 15a Absatz 3 greift, wenn für die Zulassung zu einem Studium Sprachkenntnisse vorausgesetzt werden, die jedoch erst nachträglich während des Studiums – gegebenenfalls in Form eines propädeutischen Semesters – erworben werden.

Des Weiteren greift § 15a Absatz 3, wenn nach den Vorgaben der Studien- und Prüfungsordnung neben dem Studium eine Sprache zu erlernen ist (z. B. Graecum zum Abschluss eines Theologie-Studiums). Dies gilt auch, wenn bereits zur Zulassung zum Studium vorausgesetzte Sprachkenntnisse im Laufe des Studiums zu vertiefen sind und z. B. ein höheres Sprachniveau nachzuweisen ist.

- 15a.3.2 Schreibt die Studienordnung des Masterstudienganges für bestimmte Bachelorabsolventen als zusätzliche Zugangsvoraussetzung verbindlich vor, dass propädeutische Vorsemester abzuleisten sind, und sind die Studierenden während dieser Vorsemester bereits an der Hochschule immatrikuliert, verlängert sich dadurch die Förderungshöchstdauer des Masterstudienganges.

Das Gleiche gilt, wenn während des Masterstudienganges Brückensemester oder vergleichbare zusätzliche Studienleistungen im Umfang mindestens eines Semesters absolviert werden müssen, die zwar nicht Zugangsvoraussetzung zum Masterstudium sind, aber zur Erlangung des Mastergrades nachgewiesen werden müssen.

§ 15b

15b.3.1 Ausbildungsförderung wird grundsätzlich bis zum Ende des Monats der Bekanntgabe des Studienabschlusses gewährt.

Dabei ist die Mitteilung des Bestehens z. B. des Abschlussmoduls – und damit des Ausbildungsabschnitts insgesamt – ausreichend; nicht erforderlich ist die Bekanntgabe der Gesamtnote des Abschlusses bzw. die Aushändigung des Abschlusszeugnisses.

Die maximale Förderungsdauer ist auf den Zeitpunkt bis zum Ablauf von zwei Monaten nach dem Monat begrenzt, in dem der letzte Prüfungsteil abgelegt wurde.

Als letzter Prüfungsteil gilt dabei:

- in Fällen, in denen vorgeschrieben ist, dass die schriftliche Prüfungsarbeit nach der mündlichen Prüfung abzugeben ist:
der Zeitpunkt der Abgabe der schriftlichen Prüfungsarbeit
- bei modularisierten Studiengängen: die Erbringung der letzten zum erfolgreichen Abschluss erforderlichen ECTS-Leistungspunkte.

15b.4.1 Muss das Studium infolge des endgültigen Nichtbestehens einer Vor-/Zwischenprüfung oder eines Moduls eingestellt werden, so endet der Anspruch auf Förderung dieser Ausbildung mit Ablauf des Monats der Bekanntgabe des betreffenden Prüfungsergebnisses. Vgl. aber Tz 15.3.6.

Der anschließende Zeitraum bis zur Exmatrikulation gehört nicht mehr zum förderfähigen Teil der Ausbildung, selbst dann nicht, wenn die auszubildende Person an der Hochschule immatrikuliert bleibt und ihre Ausbildung im Folgesemester in einer anderen Fachrichtung fortsetzt.

§ 16

16.1.1 Ausbildungsförderung nach Absatz 1 kann unabhängig von der Dauer grundsätzlich nur für einen zusammenhängenden Zeitraum geleistet werden.

Absatz 1 ist auf eine Ausbildung in einem Land der EU oder der Schweiz nicht anwendbar, da diese Aufenthalte stets nach § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 zu behandeln sind. Dies gilt nicht für den Besuch von Schulen mit gymnasialer Oberstufe und Fachoberschulen, siehe § 5 Absatz 4 Satz 1, 2. Halbsatz.

Des Weiteren ist Absatz 1 für Deutsche und für Staatsangehörige der EU- und EWR-Staaten sowie der Schweiz bei Praktika nach § 5 Absatz 5 in einem Land der EU oder der Schweiz nicht anzuwenden.

16.1.3 Der einzige zusammenhängende Zeitraum im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 wird nicht durch Zeiten unterbrochen, die nicht Bestandteil der eigentlichen Ausbildung im Ausland sind (z.B. Summer Session). Diese Zeiten sind – auch in Hinblick auf einen durchgängigen Förderungsanspruch – wie unterrichts- und vorlesungsfreie Zeiten zu behandeln.

Bei Zeiten von zwei Kalendermonaten oder weniger zwischen dem Ende eines Studiums und dem Beginn eines Praktikums bzw. Ende eines Praktikums und Beginn eines Studiums im Ausland liegt keine schädliche Unterbrechung vor.

Der einzige zusammenhängende Zeitraum wird auch nicht durch die zwischen einem (verlängerten) Auslandsaufenthalt liegende vorlesungsfreie Zeit unterbrochen. Das gilt auch dann, wenn die Einschreibung für den ursprünglich geplanten Auslandsaufenthalt mit dem Ende der Vorlesungszeit an der ausländischen Hochschule (zunächst) ausläuft.

Es besteht ein durchgängiger Förderungsanspruch, wenn der verlängerte Auslandsaufenthalt zu Beginn des neuen Semesters in dem ausländischen Staat durch ein Hochschulstudium oder ein Praktikum, welche die Vorgaben des § 5 Absatz 2 Satz 2 oder Absatz 5 erfüllen, fortgesetzt wird.

Für einen zusammenhängenden Zeitraum wird ein Bewilligungszeitraum gebildet. Dies gilt auch dann, wenn der Auslandsaufenthalt nachträglich verlängert wird und die Mitteilung über die Verlängerung verspätet, aber noch im neuen Bewilligungszeitraum, eingereicht wurde.

16.2.2 (weggefallen)

16.2.3 Die besondere Bedeutung ist anzunehmen, wenn

- a) der Auszubildende eine wissenschaftliche Arbeit unternommen hat, die in dem ersten Jahr nicht angemessen zu Ende geführt werden konnte,
- b) nach den Umständen des Einzelfalles die Fortsetzung der Ausbildung im Ausland für die Ausbildung objektiv erforderlich ist,
- c) (weggefallen)
- d) (weggefallen)

In diesen Fällen hat der Auszubildende die besondere Bedeutung durch eine gutachtliche Stellungnahme eines hauptamtlichen Mitgliedes des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte nachzuweisen, die er während des ersten Jahres der Ausbildung im Ausland besucht hat, siehe § 49 Absatz 1 Nummer 3.

16.2.4 (weggefallen)

16.3.1 Für Deutsche und für Staatsangehörige der EU- und EWR-Staaten sowie der Schweiz
(neu) wird auch bei Praktika nach § 5 Absatz 5 in einem Land der EU oder der Schweiz Ausbildungsförderung ohne die zeitliche Begrenzung der Absätze 1 und 2 geleistet.

§ 17

17.0.1 Im Bewilligungsbescheid ist die Förderungsart festzusetzen.

(neu)

Bei einer Förderung mit Darlehen oder Darlehensanteil muss transparent und deutlich aus dem Bescheid hervorgehen, welche Beträge nach § 17 Absatz 2 Satz 1 (Förderung mit

hälftigem Zuschuss- und Darlehensanteil) und welche Beträge nach § 17 Absatz 3 Satz 1 (Volldarlehen) gefördert werden.

- 17.1.1 Für Auslandsaufenthalte, die nach § 5a unberücksichtigt bleiben, wird grundsätzlich Förderung mit hälftigem Zuschuss- und hälftigem Darlehensanteil nach § 17 Absatz 2 Satz 1 gewährt. Dies gilt auch für Studierende, die nach § 17 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 aufgrund eines Fachrichtungswechsels bereits die Volldarlehensphase erreicht haben bzw. während des Auslandsaufenthalts erreichen würden.

Auch Auszubildende, die nach den §§ 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5, 17 Absatz 2 Satz 2 mit Vollzuschuss gefördert werden, erhalten für die genannten Auslandsaufenthalte Förderung mit hälftigem Zuschuss- und hälftigem Darlehensanteil. Anschließend setzt sich die Vollzuschussphase fort.

- 17.2.1 Wird Ausbildungsförderung für eine komplette Auslandsausbildung gemäß § 17 Absatz 3 als Volldarlehen gewährt, wird abweichend von § 17 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 der dort genannte Zuschlag ebenfalls als Volldarlehen geleistet. Dies ergibt sich aus § 17 Absatz 3 Satz 3.

- 17.2.2 (weggefallen)

- 17.3.1 Mit Beginn eines Zeitraums, der mit Volldarlehen nach § 17 Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 zu fördern ist, ist ein eigener Bewilligungszeitraum zu bilden.

- 17.3.1a Auch bei einer Förderung mit Volldarlehen sind die Vorschriften zur Einkommens- und Vermögensanrechnung zu beachten.

Zu Nummer 2 (weggefallen)

- 17.3.3 Zum Begriff „Fachsemester“ wird auf Teilziffer 48.1.5 verwiesen.

- 17.3.4 Zur Bestimmung der Semester, für die noch Förderung mit hälftigem Zuschuss- und hälftigem Darlehensanteil bewilligt werden kann, gilt Folgendes:

Die Semesterzahl der für die neue Ausbildung maßgeblichen Förderungshöchstdauer ist, vorbehaltlich der Teilziffer 17.3.5, um die Zahl nicht anrechenbarer Fachsemester der vorangegangenen Ausbildung bzw. Ausbildungen zu kürzen. Hierbei sind nur verwaltungsmäßig volle Semester zu berücksichtigen.

- 17.3.5 § 17 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 findet keine Anwendung in folgenden Fällen:
- Für die vorangegangene, nicht abgeschlossene Ausbildung galt keine Förderungshöchstdauer.
 - Der Abbruch oder Wechsel der Ausbildung erfolgte erstmalig aus wichtigem Grund. Bei mehrmaligen Fachrichtungswechseln bleibt jeweils auch der erste Fachrichtungswechsel aus wichtigem Grund für die Berechnung der Dauer der

Förderung mit hälftigem Zuschuss- und hälftigem Darlehensanteil unberücksichtigt.

- Der Abbruch oder Wechsel der Ausbildung erfolgte aus unabweisbarem Grund (vgl. Teilziffer 7.3.16a).
- Die auszubildende Person hat die vorangegangene Ausbildung vor Ablauf des ersten Fachsemesters aufgegeben.
- Die auszubildende Person befindet sich in einer Ausbildung nach § 7 Absatz 1a oder 2, und die Berechtigung eines Fachrichtungswechsels oder Ausbildungsabbruchs im Zuge einer vorangegangenen Ausbildung ist nach Maßgabe der Teilziffern 7.1a.4 und 7.2.2 nicht mehr zu prüfen.

17.3.6 (weggefallen)

§ 18

Zu Absatz 1 (neu)

18.1.1 Auf Förderbeträge, die als Volldarlehen nach § 17 Absatz 3 Satz 1 geleistet werden, findet (neu) der Darlehenserlass (nach 77 Raten) nach § 18 Absatz 13 keine Anwendung.

Zu Absatz 3 (neu)

18.3.1 Alle Darlehensbeträge, die nach § 17 Absatz 2 Satz 1 (Förderung mit hälftigem Zuschuss- (neu) und hälftigem Darlehensanteil) an einen Auszubildenden geleistet werden, und alle Darlehensbeträge, die nach § 17 Absatz 3 Satz 1 (Volldarlehen) an einen Auszubildenden geleistet werden, werden jeweils als ein Darlehen beim Bundesverwaltungsamt verwaltet. Dies gilt auch bei Förderunterbrechungen – unabhängig von Art oder Dauer der Unterbrechung.

Alle Darlehen sind innerhalb des maximalen Rückzahlungszeitraums nach § 18 Absatz 3 Satz 1 zurückzuzahlen.

18.3.2 In der Regel beträgt die monatliche Rückzahlungsrate 130 Euro (Regelrate). (neu)

Es wird eine höhere monatliche Rate vom Bundesverwaltungsamt festgesetzt, soweit der Darlehensnehmende unter Beibehaltung der monatlichen Regelrate von 130 Euro bis zum Ablauf des maximalen Rückzahlungszeitraums nach § 18 Absatz 3 Satz 1 seine Darlehensschuld ansonsten nicht mehr vollständig begleichen könnte und ein Erlass nach § 18 Absatz 13 nicht (mehr) in Betracht kommt. Die Höhe der erhöhten monatlichen Rate wird vom Bundesverwaltungsamt so festgesetzt, dass die Darlehensschuld bei regulärer Tilgung durch den Darlehensnehmenden bis zum Ablauf des maximalen Rückzahlungszeitraums nach § 18 Absatz 3 Satz 1 vollständig beglichen werden kann. Für Darlehen nach § 17 Absatz 2 Satz 1 (Förderung mit hälftigem Zuschuss- und hälftigem Darlehensanteil) ist dabei der sich aus dem Erlass nach § 18 Absatz 13 Satz 1 ergebende maximale Rückzahlungsbetrag zugrunde zu legen.

Vom Bundesverwaltungsamt wird eine verminderte Rate festgesetzt, wenn das Einkommen der Darlehensnehmenden den Freibetrag aus § 18a Absatz 1 Satz 1 um mehr als 42 Euro und um weniger als 130 Euro (beziehungsweise im Falle des Absatzes 2 die höhere Rate) überschreitet. Die Höhe der verminderten monatlichen Rate wird vom Bundesverwaltungsamt so festgesetzt, dass dem Darlehensnehmenden von seinem anrechenbaren Einkommen der Freibetrag aus § 18a Absatz 1 Satz 1 zuzüglich 42 Euro verbleiben.

Zu Absatz 4 (neu)

18.4.1 Für den Begriff des Ausbildungsabschnitts gilt die Legaldefinition des § 2 Absatz 5 Sätze (neu) 2 und 3. Bei einem Fachrichtungswechsel beginnt kein neuer Ausbildungsabschnitt.

Zu Absatz 5a (neu)

18.5a.1 (weggefallen)

zu Absatz 9 (neu)

18.9.1 Ein unanfechtbarer Feststellungs- und Rückzahlungsbescheid nach § 18 Absatz 9 sowie (neu) darauf bereits geleistete Zahlungen des Darlehensnehmenden stehen dem Erlass eines Rückforderungsbescheides durch das Amt für Ausbildungsförderung nach (teilweiser) Aufhebung des Bewilligungsbescheides nicht entgegen.

Mit der (teilweisen) Aufhebung der Bewilligungsbescheide erlischt für den entsprechenden Teil der geleisteten Ausbildungsförderung das unmittelbar kraft Gesetzes entstandene Darlehensverhältnis rückwirkend. Eventuell erfolgte – rechtsgrundlose – Geldflüsse zwischen der auszubildenden Person und dem Bundesverwaltungsamt sind in diesem Verhältnis abzuwickeln.

Dies gilt nicht für Fälle, in denen Personen mit Täuschung zu Unrecht positive Bewilligungsbescheide erschlichen haben. In diesen Fällen sind rechtsgrundlose Geldflüsse zwischen der Person und dem Amt für Ausbildungsförderung abzuwickeln. Die gegenüber dem Bundesverwaltungsamt gemeldeten Darlehensbeträge sind vom Amt für Ausbildungsförderung entsprechend zu mindern.

Zu Absatz 10 (neu)

18.10.1 Für Darlehensbeträge, die vor Fälligkeit zurückgezahlt werden, wird auf Antrag ein nach (neu) Höhe des Rückzahlungsbetrags gestaffelter Nachlass gewährt. Über den Antrag entscheidet das Bundesverwaltungsamt nach Maßgabe des § 6 Darlehensverordnung in Verbindung mit der Anlage zur Darlehensverordnung.

Zu Absatz 12 (neu)

18.12.1 Für den Erlass nach § 18 Absatz 12 kommt es auf die Erfüllung der Zahlungs- und (neu) Mitwirkungspflichten in dem Zeitraum an, in dem die Verpflichtung zur Rückzahlung in monatlichen Raten besteht.

§ 18a

18a.0.1 Von der Möglichkeit der einkommensbedingten zinslosen Freistellung von der
(neu) Rückzahlung beziehungsweise verminderten Ratenrückzahlung können Darlehensnehmende ausschließlich innerhalb des maximalen Rückzahlungszeitraums nach § 18 Absatz 3 Satz 1 Gebrauch machen. Dies gilt auch für die Rückwirkungsmöglichkeit nach § 18a Absatz 3 Satz 1, 2. Halbsatz.

18a.1.1 (weggefallen)

18a.1.2 Der Begriff des „Einkommens“ richtet sich nach § 21.

(neu)

18a.1.3 Zur verminderten Ratenzahlung wird auf Teilziffer 18.3.2 verwiesen.

(neu)

18a.1.4 Befindet sich die Person, für die ein Freibetrag nach § 18a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 oder
(neu) Nummer 2 gewährt werden kann, in einer nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch förderfähigen Ausbildung, so wird auch dann kein Freibetrag nach § 18a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 oder Nummer 2 gewährt, wenn den Darlehensnehmenden eine zivilrechtliche Unterhaltspflicht trifft (§ 18a Absatz 1 Satz 2, 2. Halbsatz).

Zu Absatz 2 (neu)

18a.2.1 Der Begriff der „Alleinstehenden“ richtet sich nach § 24b Absatz 3
(neu) Einkommensteuergesetz.

Zu Absatz 3 (neu)

18a.3.1 In Einkommenssituationen, in denen sich die Einkommensverhältnisse des
(neu) Darlehensnehmenden über einen längeren Zeitraum nach pauschaler Betrachtung nicht verbessern, kann das Bundesverwaltungsamt über ein Jahr hinausgehende Freistellungszeiträume bewilligen. Das zuständige Bundesministerium bestimmt Einkommenssituationen, in denen das Bundesverwaltungsamt bei nachgewiesenem Vorliegen nach Satz 1 verfahren soll. Die Mitteilungsverpflichtung des Darlehensnehmenden bei Änderung der Einkommensverhältnisse bleibt hiervon unberührt.

§ 18b

18b.2a.1 (weggefallen)

§ 18d

- 18d.0.1 Die Bank teilt dem Bund jeweils zum 30. November eines jeden Jahres die ihr zum 30. Dezember eines jeden Jahres nach den Absätzen 2 und 3 voraussichtlich zu erstattenden Beträge zuzüglich zu entrichtender Umsatzsteuer mit.

Diese Beträge werden ihr zum Stand 30. Dezember eines jeden Jahres vom Bund erstattet.

Die Überweisung erfolgt auf ein von der Bank angegebenes Konto.

§ 19

- 19.0.1 Ein abgelaufener Monat liegt vor, wenn der letzte Tag des Monats, für den die Ausbildungsförderung hätte gezahlt werden müssen, im Zeitpunkt der Bekanntgabe der Aufrechnungserklärung bereits abgelaufen ist.

- 19.0.2 Bei einer Aufrechnung gegen den Anspruch auf Ausbildungsförderung für laufende Zahlungen findet § 51 Erstes Buch Sozialgesetzbuch Anwendung.
(neu) Bei einer Aufrechnung von maximal 10 Prozent mit laufenden Zahlungen wird im Rahmen der Ermessensentscheidung angenommen, dass eine Hilfsbedürftigkeit im Sinne von § 51 Absatz 2 Erstes Buch Sozialgesetzbuch nicht vorliegt. Diese Annahme kann von der auszubildenden Person widerlegt werden.

§ 20

- 20.1.1 Die Voraussetzungen des § 45 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch in Verbindung mit § 50 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, des § 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 oder des § 53 in Verbindung mit § 50 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch müssen erfüllt sein, um

- a) einen Verwaltungsakt aufzuheben und die gewährten Leistungen zurückzufordern und
- b) rückwirkend die Förderungsart geleisteter Förderungsbeträge aufgrund eines Bewilligungsbescheides von Zuschuss in Darlehen zu ändern.

Ist eine Rückforderung des geleisteten Darlehensanteils nach den oben genannten Vorschriften nicht möglich, bleibt es (insoweit) bei der in dem rechtswidrigen Bewilligungsbescheid festgesetzten Darlehenshöhe. Dies gilt nicht, wenn sich ein (gegenüber dem rechtswidrigen Bewilligungsbescheid) höherer Zuschussbetrag ergibt.

Ist eine Rückforderung des geleisteten Darlehensanteils nach den oben genannten Vorschriften dagegen möglich, ist ergänzend Teilziffer 18.9.1 zu berücksichtigen.

- 20.1.2 Unabhängig von Teilziffer 20.1.1 Buchstabe a ist unter den Voraussetzungen des § 47a ein Ersatzanspruch gegen die Eltern der auszubildenden Person oder gegen die mit ihr in Ehe- oder Lebenspartnerschaft verbundene Person geltend zu machen. Teilziffer 47a.0.1 Absatz 4 ist zu beachten.

- 20.1.4 Unter dem Vorbehalt der Rückforderung ist Ausbildungsförderung nur geleistet, wenn die Rückforderung in dem Bewilligungsbescheid nach § 7 Absatz 1a, § 24 Absatz 2 und 3 sowie § 51 Absatz 2 ausdrücklich vorbehalten worden ist oder die Leistung auf § 50 Absatz 4 (vgl. Teilziffer 50.4.2) beruht.

Nach § 20 Absatz 1 Nummer 4 können nur solche Gründe zur Rückforderung führen, die Gegenstand des Vorbehalts gewesen sind.

- 20.2.1 Die Ausbildung wird unterbrochen, wenn sie – trotz der Absicht, sie in absehbarer Zeit weiterzuführen – aus einem Grund nicht betrieben wird, den die auszubildende Person zu vertreten hat.

Eine Unterbrechung der Ausbildung an den in § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 bezeichneten Ausbildungsstätten liegt vor, wenn nicht am planmäßig vorgesehenen Unterricht teilgenommen wird und/oder häusliche Arbeiten nicht durchgeführt werden. Bei Vorliegen einer Mitteilung der Schule über eine entschuldigte Fehlzeit wird angenommen, dass keine Unterbrechung im Sinne dieser Vorschrift vorliegt.

Im Hochschulbereich liegt eine Unterbrechung der Ausbildung vor, wenn die auszubildende Person im Rahmen einer ordnungsgemäßen Ausbildung nicht an den vorgesehenen Ausbildungsveranstaltungen teilnimmt oder hierfür erforderliche Arbeiten nicht durchführt. Das gilt nicht, wenn sie in anderer für die besuchte Fachrichtung üblicher Weise die Ausbildung betrieben hat und damit das Ziel des Ausbildungsabschnitts erreichen kann.

Eine Unterbrechung sowohl für den Schul- als auch für den Hochschulbereich liegt vor, wenn die tageweisen Fehlzeiten insgesamt 30 Prozent der gesamten monatlichen Unterrichtszeit überschreiten. Für die Annahme einer Unterbrechung genügt es nicht, dass der Auszubildende keine hinreichenden Ausbildungsfortschritte erbringt; entscheidend ist, ob er tatsächlich nicht am Unterricht teilnimmt.

Die Teilziffer 20.2.1 gilt auch für Fernunterrichtslehrgänge.

- 20.2.2 (weggefallen)

§ 21

- 21.1.1. Einkünfte sind positiv, wenn
- a) bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit ein Gewinn (§§ 4 bis 7i und § 13a Einkommensteuergesetz) erzielt wurde,
 - b) bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, Vermietung und Verpachtung sowie bei sonstigen Einkünften im Sinne des § 22 Einkommensteuergesetz die Einnahmen die Werbungskosten (§§ 8 bis 9a Einkommensteuergesetz) übersteigen und

- c) bei Kapitalvermögen die Einnahmen den Sparerpauschbetrag (§ 20 Absatz 9 Einkommensteuergesetz) übersteigen.

21.1.2 Die Summe der positiven Einkünfte ist die Addition der Gewinne und Überschüsse aus den einzelnen Einkunftsarten. Zu den positiven Einkünften gehören die nach dem jeweils gültigen Auslandstätigkeitserlass des Bundesfinanzministeriums begünstigten Einkünfte, auch soweit sie im Steuerbescheid nicht enthalten sind (siehe auch Teilziffer 21.1.6).

21.1.3 Von der Summe der positiven Einkünfte sind die Betriebsausgaben (§ 4 Einkommensteuergesetz) oder die Werbungskosten (§ 9 Einkommensteuergesetz) bereits abgezogen, insbesondere:

- a) von den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit
 - die Werbungskosten, mindestens der Arbeitnehmer-Pauschbetrag nach § 9a Nummer 1a Einkommensteuergesetz,
 - soweit es sich um Versorgungsbezüge handelt, der Pauschbetrag nach § 9a Nummer 1b Einkommensteuergesetz und der Versorgungsfreibetrag sowie der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag (§ 19 Absatz 2 Einkommensteuergesetz),
- b) von den Einkünften aus Kapitalvermögen der Sparerpauschbetrag nach § 20 Absatz 9 Einkommensteuergesetz,
- c) von den Einkünften aus selbständiger Arbeit die Betriebsausgaben, mindestens in Höhe des Arbeitnehmerpauschbetrags nach § 9a Nummer 1a Einkommensteuergesetz.

Hinzuzurechnen sind die Einkünfte im Sinne des § 2 Absatz 5a Satz 1 Einkommensteuergesetz (steuerlich abgeglichene Kapitalerträge, steuerfreie Teileinkünfte).

Abzuziehen sind die Kinderbetreuungskosten gemäß § 2 Absatz 5a Satz 2 in Verbindung mit § 10 Absatz 1 Nummer 5 Einkommensteuergesetz. Hinsichtlich der Höhe und der Zuordnung der Kinderbetreuungskosten zu einem Elternteil sind die steuerrechtlichen Festsetzungen maßgeblich. Liegt kein Steuerbescheid vor, sind Kinderbetreuungskosten bei verheirateten Eltern sowie Eltern in eingetragener Lebenspartnerschaft einmal einheitlich als Abzug zu berücksichtigen; in allen anderen Fällen sind die Kinderbetreuungskosten den Elternteilen je zur Hälfte zuzuordnen.

Andere Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen sind nicht abgezogen (sie sind nur nach Maßgabe des Absatzes 2 und des § 25 Absatz 6 zu berücksichtigen).

21.1.9 Ist bei der Anrechnung des Einkommens gemäß den §§ 22 und 24 Absatz 3 von den Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum auszugehen, so ist die Umrechnung nach dem zu Beginn des Bewilligungszeitraums maßgeblichen Wechselkurs vorzunehmen. Bei der abschließenden Entscheidung nach § 24 Absatz 3 Satz 4 gilt zudem Teilziffer 21.1.7.

- 21.1.10 Bei der Ermittlung der Höhe
- a) der Summe der positiven Einkünfte nach Einkommensteuergesetz § 2 Absatz 1, 2 und 5a Einkommensteuergesetz,
 - b) des Altersentlastungsbetrages,
 - c) (weggefallen)
 - d) der zu leistenden Einkommen-, Kirchen- und Gewerbesteuer
 - e) des Solidaritätszuschlags
- ist – soweit im Vollzug möglich – von den Feststellungen auszugehen, die die Steuerbehörden unanfechtbar getroffen haben, auch wenn dies unter dem Vorbehalt der späteren steuerlichen Neuberechnung nach § 164 Absatz 1 oder § 165 Absatz 1 Abgabenordnung erfolgt ist. Das gilt auch für Nullbescheide. Als solche gelten – außer bei der Anrechnung des Einkommens der auszubildenden Person – auch Nichtveranlagungsverfügungen. Zu berücksichtigen sind auch die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die der Pauschalversteuerung unterliegen.
- 21.1.11 Auf Vorlage von Nachweisen (z.B. Höhe der Lohnersatzleistung) wird verzichtet, wenn
(neu) das Nachweisdokument keinen Mehrwert an Informationen für die Antragsbearbeitung liefert, beziehungsweise keine Auswirkungen auf die Höhe der Förderung hat.
- 21.1.12 Die Steuern (einschließlich der als Kapitalertragsteuer abgegoltenen Einkommensteuer) sind in dem Verhältnis aufzuteilen, in welchem der Teil des Einkommens im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 1, Satz 3 Nummer 1 und Satz 4 der einen zu dem entsprechenden Teil des Einkommens der anderen gemeinsam veranlagten Person steht und aus dem Steuerbescheid oder der Bescheinigung über die Kapitalertragsteuer ersichtlich wird. Ein Verlustausgleich ist auch im Rahmen der Steueraufteilung nicht zulässig.
- Hat nur eine der gemeinsam veranlagten Personen Kirchen- oder Gewerbesteuer zu entrichten, ist dieser Steuerteil ihr allein zuzurechnen und unterliegt nicht der Aufteilung.
- Bei Auflösung eines Vorbehalts, der sich nur auf das Einkommen eines Elternteils der auszubildenden Person bezieht, kann auf die Anforderung einer entsprechenden Einkommenserklärung des mit diesem Elternteil zusammen veranlagten anderen Elternteils verzichtet werden. Wurden die entsprechenden Feststellungen zur Höhe des Einkommens nicht bereits bei der Bearbeitung von Weiterförderungsanträgen getroffen, ist die Steueraufteilung auf der Grundlage des Steuerbescheides vorzunehmen.
- 21.1.31 Die Einkommen- und Kirchensteuer sowie der Solidaritätszuschlag, die auf den monatlichen Einkommensbetrag der auszubildenden Person (mit Ausnahme der Einkommen nach Absatz 3) entfallen, werden pauschal festgesetzt und auf der Internetseite des zuständigen Bundesministeriums veröffentlicht.

Erstreckt sich der Bewilligungszeitraum auf mehrere Kalenderjahre, so werden die jeweiligen Jahrespauschalbeträge anteilig berücksichtigt.

Auf Verlangen der auszubildenden Person ist eine genaue Berechnung des Einkommens nach § 21 vorzunehmen.

21.1.32 Bei der Anrechnung des Einkommens der volljährigen Kinder nach § 23 Absatz 2 sowie der Kinder und anderer Unterhaltsberechtigter nach § 25 Absatz 3 Satz 2 ist von den Bruttoeinnahmen nach Abzug eines Pauschalbetrages in Höhe von 190 Euro auszugehen. Mit dem Pauschalbetrag sind berücksichtigt:

- die steuerfreien Teile der Einnahmen,
- die zu ihrer Erzielung aufgewandten Betriebsausgaben und Werbungskosten,
- die jeweils auf die Einnahmen entfallende Einkommen-, Gewerbe- und Kirchensteuer,
- der Solidaritätszuschlag,
- die Aufwendungen für die soziale Sicherung,
- die geförderten Altersvorsorgeaufwendungen nach § 82 Einkommensteuergesetz und
- ggf. der Versorgungsfreibetrag zuzüglich Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag.

Der Abzug dieses Pauschalbetrages ist nur bei Einkommen im Sinne des § 21 Absatz 1 zulässig. Auf Verlangen ist eine genaue Berechnung des Einkommens nach § 21 vorzunehmen.

21.1.33 Abgezogen werden können die tatsächlich geleisteten Altersvorsorgebeiträge entsprechend der Bescheinigung nach § 92 Einkommensteuergesetz, maximal bis zur Höhe des um die Grundzulage geminderten Höchstbetrags nach § 10a Einkommensteuergesetz. Dies gilt entsprechend bei Einnahmen im Sinne des § 21 Absatz 3 Nummer 4 in Verbindung mit der Verordnung zur Bezeichnung der als Einkommen geltenden sonstigen Einnahmen nach § 21 Abs. 3 Nr. 4 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG-Einkommensverordnung).

Maßgeblich für den Abzug ist

- bei der auszubildenden Person das Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraums,
- bei den Eltern, dem Ehegatten oder Lebenspartner das Kalenderjahr nach § 24 Absatz 1 oder im Falle des § 24 Absatz 3 das Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraums.

Für Folgeanträge kann bei der Berücksichtigung von Altersvorsorgebeiträgen auf Nachweise verzichtet werden, wenn die Angaben in den vorgesehenen Formblättern plausibel in Bezug auf die beim Erstantrag vorgelegten Bescheinigungen nach § 92 Einkommensteuergesetz sind.

Zu Satz 5 (weggefallen)

21.1.34 Leibrenten im Sinne dieses Gesetzes sind

- Renten aus gesetzlicher oder privater Rentenversicherung,
- Renten aus landwirtschaftlichen Alterskassen,
- Renten aus Versorgungskassen von Berufsständen (z.B. Ärzten, Apothekern, Rechtsanwälten),

- Leistungen aus Lebensversicherungen auf Rentenbasis,
- Unfallrenten aus der gesetzlichen – auch wenn sie nach § 3 Einkommensteuergesetz steuerfrei gestellt sind – oder einer privaten Unfallversicherung (siehe auch Teilziffer 21.4.6a) sowie
- andere wiederkehrende Bezüge, die steuerrechtlich Leibrenten sind.

21.1.35 (weggefallen)

21.1.36 Leibrenten gelten als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nach Abzug

- des Versorgungsfreibetrages,
- des Zuschlages zum Versorgungsfreibetrag nach § 19 Absatz 2 Einkommensteuergesetz,
- des Pauschbetrages nach § 9a Nummer 1b Einkommensteuergesetz.

Der Versorgungsfreibetrag ist von der gesamten Bruttorente des Jahres zu ermitteln, an das nach der Einkommensanrechnung im Sinne des § 24 angeknüpft wird.

Für den Prozentsatz, den Höchstbetrag des Versorgungsfreibetrages und den Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag ist das Jahr des Rentenbeginns maßgebend.

Bei mehreren Versorgungsbezügen und/oder Leibrenten mit unterschiedlichen Bezugsbeginn ist der insgesamt berücksichtigungsfähige Höchstbetrag des Versorgungsfreibetrages und des Zuschlages nach dem Jahr des Beginns des ersten Leibrentenbezugs zu bestimmen. Der Höchstbetrag zum Versorgungsfreibetrag und der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag ermäßigen sich für jeden vollen Kalendermonat, für den keine Leibrente bezogen wurde, um je ein Zwölftel.

21.1.37 Bezieht eine Person

- a) Leibrenten, die nach Absatz 1 Satz 4 als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten, als auch Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit im Sinne des Einkommensteuergesetzes oder
- b) mehrere Leibrenten, die nach Absatz 1 Satz 4 als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten,

so können die steuerlichen Abzugsbeträge nach den Teilziffern 21.1.14 und 21.1.36 nebeneinander, jeweils aber nur einmal abgezogen werden.

21.1.40 Bezieht eine Person, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt wird, neben einer Leibrente auch Arbeitslohn, so ist der Altersentlastungsbetrag nach § 24a Einkommensteuergesetz bei Vorliegen seiner Voraussetzungen nur aus dem Arbeitslohn zu ermitteln. Der für die Ermittlung des Altersentlastungsbetrages maßgebende Prozentsatz und der Höchstbetrag sind der Tabelle zu § 24a Satz 5 Einkommensteuergesetz zu entnehmen.

21.1.41 Bezieht eine Person, die zur Einkommensteuer veranlagt wird, neben Renten, die nach Absatz 1 Satz 4 in vollem Umfang als Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit gelten, noch andere Einkünfte der in § 2 Absatz 1 Einkommensteuergesetz bezeichneten

Einkunftsarten, so erhöht sich das Einkommen nur um die Summe der positiven Einkünfte laut Einkommensteuerbescheid, die nicht aus diesen Renten resultieren.

- 21.1.42 (neu) Wenn eine Abfindung eines Arbeitgebers zum Beispiel für zwei Jahre bis zum Rentenbeginn gezahlt wird, gilt die Abfindungssumme als Einkommen im Jahr des Zuflusses (steuerrechtliches Zuflussprinzip).

Fällt wegen der rückwirkenden Zubilligung einer Rente der Anspruch auf Sozialleistungen (z. B. Kranken- oder Arbeitslosengeld) rückwirkend ganz oder teilweise weg, findet das steuerrechtliche Zuflussprinzip hinsichtlich der Einkommensart Anwendung und das für den zurückliegenden Zeitraum zugeflossene Einkommen nach § 21 Absatz 3 (zum Beispiel Krankengeld) ist dann als Rentenzahlung (Einkommen nach § 21 Absatz 1) anzusehen.

Zu Absatz 2 (weggefallen: bis 4)

- 21.2.2a Personen im Ruhestandsalter sind regelmäßig Personen nach Vollendung des in § 235 Absatz 2 Satz 1 und 2 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch geregelten Lebensjahres.

- 21.2.2b Bei Personen im Ruhestandsalter ist ein Anspruch auf Alterssicherung im Sinne des § 21 Absatz 2 Nummer 2 nur dann anzunehmen, wenn sie tatsächlich Leistungen der Alterssicherung beziehen. Auf die Höhe dieser Leistungen kommt es nicht an.

21.2.3 (weggefallen)

21.2.4 (weggefallen)

- 21.2.5 Nichtarbeitnehmer sind alle erwerbstätigen Personen, die nicht unter die in den Teilziffern 21.2.1 bis 21.2.2b bezeichneten Gruppen von Arbeitnehmern fallen, insbesondere die ausschließlich selbständig oder freiberuflich Tätigen und Personen, die auf Antrag von der Rentenversicherungspflicht befreit wurden sowie geringfügig Beschäftigte. Zu dieser Gruppe gehören auch die nach den § 1 Satz 1 Nummer 4 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch sowie § 2 Satz 1 Nummer 1-5 und Nummer 7-9 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch versicherungspflichtigen Nichtarbeitnehmer.

- 21.3.1 Tatsächlich geleistet sind die Beträge nach § 21 Absatz 3, die der Einkommen beziehenden Person zufließen. Von diesen Einnahmen kommen Abzüge nach § 21 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4 in Verbindung mit Absatz 2 nicht in Betracht.

Bei Rentennachzahlung siehe auch Teilziffer 21.1.42.

21.3.2 (weggefallen)

21.3.3 (weggefallen)

21.3.4 (weggefallen)

- 21.3.5 Ausbildungsbeihilfen und gleichartige Leistungen sind - unbeschadet des § 21 Absatz 4 Nummer 4 - alle Zuwendungen in Geld oder Geldeswert, die die einkommensbeziehende Person für ihren Lebensunterhalt während der Ausbildungszeit oder zur Deckung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ausbildung erhält und die nicht Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetz sind. Dies gilt auch, soweit die Leistungen als Darlehen erbracht werden.

Die Ausbildungsbeihilfen und gleichartigen Leistungen sind nur dann als Einkommen im Sinne des § 21 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 zu berücksichtigen, wenn diese aus Anlass oder zum Zweck der Ausbildungsförderung gewährt werden. Danach sind zum Beispiel das französische Wohngeld, die sogenannte Wohnbeihilfe in Österreich und entsprechende vergleichbare Leistungen anderer Staaten nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

- 21.3.6 Bis zu einem Gesamtbetrag, der einem Monatsdurchschnitt von 300 Euro im Berechnungszeitraum (§§ 22, 24) entspricht, bleiben begabungs- und leistungsabhängige Stipendien wie z.B. das Deutschlandstipendium anrechnungsfrei.

Das Merkmal „begabungs- und leistungsabhängig“ setzt voraus, dass in den für die Stipendienvergabe maßgeblichen Bedingungen entsprechende Auswahlkriterien nachvollziehbar vorgegeben werden. Dies ist nicht der Fall, wenn die Auswahl ausschließlich nach persönlichen Merkmalen wie Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder nach Bedürftigkeit erfolgt, ohne dass innerhalb der danach grundsätzlich Berechtigten wieder nach Begabung und Leistung ausgewählt würde. Als begabungs- und leistungsabhängig vergeben gelten stets Stipendien des DAAD, der Fulbright-Kommission und der Carl-Duisberg-Gesellschaft sowie Mobilitätzuschüsse aus Stipendienprogrammen der Europäischen Kommission (z.B. Erasmus) und der Deutsch-Französischen Hochschule.

Sofern die begabungs- und leistungsabhängigen Stipendien einen Monatsdurchschnitt von dem in § 21 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 genannten Betrag übersteigen, ist der übersteigende Betrag grundsätzlich als Einkommen zu berücksichtigen. Bei Vorliegen einer besonderen Zweckbestimmung vgl. Teilziffer 21.4.10.

Zu versteuernde Stipendien- oder Beihilfeleistungen, die an die Erfüllung einer konkreten Gegenleistung (wie z.B. eine fest vereinbarte spätere Tätigkeit) geknüpft sind, werden nicht von der Regelung des § 21 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 erfasst. Es handelt sich dabei vielmehr um Einkommen nach § 21 Absatz 1.

Stipendien, die steuerfrei ergehen, obwohl sich der Stipendienempfänger zu einer späteren Tätigkeit verpflichtet (z.B. an Medizinstudierende), gelten als Ausbildungsbeihilfen im Sinne des § 21 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2. § 23 Absatz 4 Nummer 2 ist zu beachten.

- 21.3.6a Als Ausbildungsbeihilfen sind auch anzurechnen:

- Erziehungsbeihilfen nach § 145 Absatz 1 und 2 Nummer 3 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch sowie § 84 Absatz 2 Nummer 3 Soldatenentschädigungsgesetz

jeweils in Verbindung mit § 27 Bundesversorgungsgesetz in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung,

- Leistungen nach §§ 82 bis 85 Drittes Buch Sozialgesetzbuch, soweit sie für die durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz gedeckten Kosten des Lebensunterhalts und der Ausbildung bestimmt sind,
- der Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und
- Förderung nach § 7 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 5 Soldatenversorgungsgesetz.

Nicht zweckidentische Leistungen (z.B. Schulgeld, Studiengebühren, Lern- und Arbeitsmittel, Fahrkosten) bleiben anrechnungsfrei.

Zu Satz 2 (weggefallen)

Zu Satz 3 (weggefallen)

21.4.1 (weggefallen)

21.4.2 Entschädigungszahlungen werden in entsprechender Anwendung des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch aufgrund folgender Vorschriften gewährt:

- a) (weggefallen)
- b) (weggefallen)
- c) §§ 4, 5 Häftlingshilfegesetz (HHG),
- d) (weggefallen)
- e) (weggefallen)
- f) § 21 Strafrechtliches Rehabilitationsgesetz (StrRehaG),
- g) § 3 Verwaltungsrechtliches Rehabilitationsgesetz (VwRehaG).

21.4.3 (weggefallen)

21.4.4 Die Vorschrift des Absatzes 4 Nummer 4 ist nicht anzuwenden auf Einnahmen nach Absatz 3 Nummer 4.

21.4.6a Die Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach den §§ 56 ff. Siebtes Buch Sozialgesetzbuch gilt bis zu dem Betrag, der bei gleicher Minderung der Erwerbsfähigkeit als die verletzungsbedingten Mehraufwendungen und den immateriellen Schaden ausgleichender Betrag nach § 93 Absatz 2a und 2b Sechstes Buch Sozialgesetzbuch gezahlt würde, nicht als Einkommen im Sinne des Gesetzes.

21.4.8 Zu den Einnahmen, deren Zweckbestimmung einer Anrechnung entgegensteht, gehören insbesondere

- a) Vermögenswirksame Leistungen nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz, die nicht nach § 11 des Gesetzes vereinbart sind, mit einem jährlichen Pauschalbetrag in Höhe von 216 Euro;
- b) Pflegegeld nach den §§ 37, 38 Elftes Buch Sozialgesetzbuch;
- c) Leistungen der Otto-Benecke-Stiftung nach den Richtlinien des zuständigen Bundesministeriums zur Förderung junger Zuwanderinnen und Zuwanderer zur Vorbereitung und Durchführung eines Hochschulstudiums „Garantiefonds – Hochschule“ und

- d) Zusatzförderungen für Studierende mit einer Behinderung oder chronischer Erkrankung und für Studierende mit Kind im Rahmen der Erasmus-Plus-Förderung.

21.4.9 Folgende Einnahmen sind nicht Einkommen im Sinne des Gesetzes und deshalb nicht auf den Bedarf anzurechnen:

- a) Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch;
- b) (weggefallen)
- c) Leistungen bei hochgradiger Sehbehinderung, Blindheit und Taubblindheit nach § 82 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch, Pauschbeträge für außergewöhnlichen Verschleiß von Kleidung und Wäsche nach § 46 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch, Leistungen zur Teilhabe nach § 62 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch, Anspruch auf Leistungen bei Pflegebedürftigkeit nach §§ 71ff Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch;
- d) Leistungen nach dem Wohngeldgesetz;
- e) Unfallausgleich nach § 35 Beamtenversorgungsgesetz, Ausgleich für Wehrdienstbeschädigung nach § 85 Soldatenversorgungsgesetz;
- f) Zuschüsse zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung von Rentenbeziehern nach § 106 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch;
- g) das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in den Grenzen des § 10 Absatz 2 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz;
- h) Überbrückungs- und Eigengeld nach den §§ 51, 52 Strafvollzugsgesetz;
- i) Leistungen der Stiftung Deutsche Sporthilfe, sofern deren Zweckbestimmung im Einzelfall einer Anrechnung auf den Bedarf entgegenstehen.
- j) Leistungen aus dem Bildungskreditprogramm des Bundes, Studienbeitrags/Studiengebührendarlehen der Länder und Ausbildungs-/Studienkredite von Kreditunternehmen und Ausbildungsbeihilfen, die von öffentlichen Darlehensgebern als Notfallhilfen im Rahmen einer Pandemie gewährt werden;
- k) das nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz und dem Jugendfreiwilligendienstgesetz gezahlte Taschengeld.

§ 22

22.1.0 Im Falle einer nachträglichen Änderung des Bewilligungszeitraums ist das Einkommen (neu) des Auszubildenden im neu gebildeten Bewilligungszeitraums maßgebend.

22.1.2 Wird in den Zahlungsmodalitäten eines für den Aufenthalt im Ausland bestimmten (neu) Förderprogramms (z. B. Erasmus, Leonardo etc.) bestimmt, dass die Zahlung in mehreren Tranchen erfolgt, wird angenommen, dass der Gesamtbetrag der Förderung als Einkommen im Auslandsbewilligungszeitraum zufließt. Weist der Auszubildende nach, dass Zahlungen nicht oder nicht innerhalb des Auslandsbewilligungszeitraums erfolgt sind, ist dies vom Auslandsamt zugunsten des Auszubildenden entsprechend zu

berücksichtigen. Ein entsprechender Hinweis auf die Möglichkeit der Annahmewiderlegung ist in den Bewilligungsbescheid des Auslandsamtes aufzunehmen.

Sind in den Fällen des Satzes 2 Zahlungen innerhalb eines Inlandsbewilligungszeitraums erfolgt, so sind diese vom Inlandsamt nicht als Einkommen anzurechnen.

- 22.3.3 (neu) Wenn das Kind zum Beginn des Bewilligungszeitraums minderjährig ist und im Laufe des Bewilligungszeitraums volljährig wird, ist § 22 Absatz 3 Nummer 1 und Nummer 2 in Verbindung mit § 53 Satz 5 anzuwenden.

§ 23

- 23.2.2 Es ist davon auszugehen, dass der Ehegatte oder Lebenspartner und die volljährigen Kinder der auszubildenden Person ihr eigenes Einkommen zunächst vollständig dazu verwenden, ihren eigenen Unterhaltsbedarf zu decken.

- 23.2.4 Der Freibetrag nach § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, der auch dann zu gewähren ist, wenn sich auch der andere Elternteil in einer nach diesem Gesetz oder nach § 56 Drittes Buch Sozialgesetzbuch förderungsfähigen Ausbildung befindet, mindert sich um
- a) das eigene Einkommen des volljährigen Kindes,
 - b) den Betrag, der vom Einkommen des Ehegatten oder Lebenspartners der auszubildenden Person nach § 25 Absatz 3 für dieses Kind anrechnungsfrei bleibt (vgl. Teilziffer 25.3.7).

- 23.2.6 Beachte auch Teilziffer 22.3.3.
(neu)

- 23.3.1 § 23 Absatz 3 enthält eine Sonderregelung gegenüber § 23 Absatz 1 und 2 für die Vergütung aus einem Ausbildungsverhältnis, z.B. bei Ableistung eines Pflichtpraktikums oder bei Betreiben eines dualen Studiums. Hierbei geltend gemachte Werbungskosten können über die in Teilziffer 22.1.1 festgelegten Pauschbeträge hinaus nur berücksichtigt werden, wenn diese unmittelbar dem Ausbildungsbedarf zuzuordnen sind. So können zum Beispiel Studiengebühren beziehungsweise Schulgelder und Fahrtkosten bei Fahrten zur Ausbildungs- beziehungsweise Praktikumsstelle in Höhe der Entfernungspauschale gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 4 Einkommenssteuergesetz als Werbungskosten anerkannt werden. Aufwendungen für Arbeitsmittel können nur berücksichtigt werden, sofern diese für die betriebliche Ausbildung geltend gemacht werden.

Nicht dem Ausbildungsbedarf zuzuordnen sind z.B. Werbungskosten für doppelte Haushaltsführung, Familienheimfahrten und Verpflegungsmehraufwendungen.

- 23.3.2 Soweit während einer förderungsfähigen Ausbildung freiwillige Praktika oder Pflichtpraktika freiwillig über die vorgeschriebene Dauer hinaus abgeleistet werden, fallen die Vergütungen aus diesen Zeiten nicht unter § 23 Absatz 3; sie sind unter Berücksichtigung der Freibeträge nach § 23 Absatz 1 anzurechnen.

Auch die nachträgliche Anrechnung einer während des Studiums ausgeübten Nebentätigkeit durch die Hochschule als ein Pflichtpraktikum führt nicht nachträglich dazu, dass die Vergütungen aus diesen Zeiten unter § 23 Absatz 3 fallen.

Ebenfalls findet die Vollanrechnungsregelung für das bezahlte freiwillige Ableisten einer Abschlussarbeit in einem Betrieb keine Anwendung; die Freibeträge nach § 23 Absatz 1 sind entsprechend zu gewähren.

Etwas anderes ergibt sich nur, wenn in der Studien- und Prüfungsordnung zwingend vorgesehen ist, dass eine Abschlussarbeit in einem Betrieb abzuleisten ist.

- 23.5.1 Vom Einkommen nach § 23 Absatz 3 kann ein Härtefreibetrag nicht gewährt werden. Erzielt die auszubildende Person Einkommen aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit oder Einkünfte im Sinne von § 23 Absatz 4, kann ein Härtefreibetrag nur in Höhe dieser Einkünfte gewährt werden, insgesamt höchstens bis zu dem in § 23 Absatz 5 genannten Betrag.

Durch den Bedarfssatz gedeckt sind z.B. Ausgaben für Arbeits- und Lernmittel, Exkursionen oder Praktika. Besondere Kosten der Ausbildung sind demgegenüber alle nicht vom Bedarfssatz gedeckten Mehraufwendungen, z.B. für Schulgelder, Studien- und Prüfungsgebühren, sofern sie nicht bereits als Werbungskosten Berücksichtigung gefunden haben. Notwendigkeit und Höhe der Aufwendungen sind nachzuweisen.

Zu Absatz 6 (neu)

- 23.6.1 Vor Änderung des Freibetrags in § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 auf der Grundlage des § (neu) 23 Absatz 6 erfolgen diesbezüglich gesonderte Vollzugshinweise durch das zuständige Bundesministerium.

§ 24

Zu Absatz 1 (neu)

- 24.1.1 Teilziffer 46.2.1 ist zu beachten.
(neu)
- 24.1.2 Teilziffer 21.1.42 ist zu beachten.
(neu)
- 24.2.1 Einkommensteuerbescheid im Sinne dieser Vorschrift ist auch der:
- a) gemäß § 164 Abgabenordnung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung und
 - b) gemäß § 165 Absatz 1 Abgabenordnung unter dem Vorbehalt der späteren Neuberechnung als vorläufig ergangene Steuerbescheid.
- 24.2.2 Die Erklärung über die Einkommensverhältnisse hat entweder in den entsprechenden Eingabefeldern bei „BAföG Digital“ oder auf dem Formblatt 03 zu erfolgen. Bei der Erklärung ist auszugehen von einem noch nicht unanfechtbaren Steuerbescheid, hilfsweise der abgegebenen Steuererklärung. Ist auch eine Steuererklärung noch nicht abgegeben, so ist von dem letzten Einkommensteuerbescheid oder von entsprechenden

Einkommensnachweisen des maßgeblichen Kalenderjahres auszugehen. Der Erklärende hat darzutun, aus welchen Gründen er in seiner Erklärung in den entsprechenden Angabefeldern bei „BAföG Digital“ beziehungsweise auf dem vorgesehenen Formblatt von den Unterlagen, die den Ausgangspunkt seiner Erklärung bilden, abweicht.

- 24.2.3 Zur Glaubhaftmachung der Einkommensverhältnisse ist die schriftliche oder elektronische Versicherung erforderlich, dass die Angaben richtig und vollständig sind. Die Unterlagen, die den Ausgangspunkt der Erklärung bilden, sind beizufügen.
- 24.2.4 Der Vorbehalt der Rückforderung muss in dem Bescheid ausgesprochen werden.
- 24.3.1 Das Einkommen ist dann wesentlich niedriger, wenn sich bei Berücksichtigung der Einkommensminderung der Förderungsbetrag um den in § 51 Absatz 4 genannten Betrag monatlich erhöht. Es ist sowohl eine Erklärung der Einkommensverhältnisse in dem nach § 24 Absatz 1 vorgeschriebenen Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes als auch eine Erklärung der Einkommensverhältnisse im Bewilligungszeitraum abzugeben.
- 24.3.3 Der Aktualisierungsantrag kann nur vor Bestandskraft des Bescheides nach § 24 Absatz 3 Satz 1 zurückgenommen werden.

§ 25

- 25.3.1 Für die Anwendung des § 25 Absatz 3 Satz 1 kommt es darauf an, dass die Ausbildung anderer Auszubildender abstrakt nicht förderungsfähig ist, also nicht in den Förderungsbereich des § 2 Absatz 1, 2 bis 4 einbezogen ist. Beim Besuch einer Ausbildungsstätte nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 ist von einer förderungsfähigen Ausbildung bei auswärtiger Unterbringung auszugehen. Wird jedoch für diese Ausbildung keine Förderung gewährt, weil keine der Förderungsvoraussetzungen des § 2 Absatz 1a erfüllt ist, so kann die antragstellende Person verlangen, dass stattdessen ein Freibetrag nach § 25 Absatz 3 Satz 1 gewährt wird; § 11 Absatz 4 ist dann nicht mehr anzuwenden.

Bei einer Ausbildung in Betrieben oder außerbetrieblichen Ausbildungsstätten ist von einer förderungsfähigen Ausbildung im Sinne des § 56 Drittes Buch Sozialgesetzbuch auszugehen, wenn die andere Person außerhalb des Haushalts der Eltern untergebracht ist. Personen, die im Rahmen der Förderung der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen (§§ 112 ff. Drittes Buch Sozialgesetzbuch) und vergleichbarer Vorschriften in anderen Sozialgesetzen in einer solchen Ausbildung gefördert werden oder an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen teilnehmen, befinden sich jedoch unabhängig von der Art der Unterbringung in einer förderungsfähigen Ausbildung.

Die Ableistung eines freiwilligen sozialen Jahres beziehungsweise eines freiwilligen ökologischen Jahres nach §§ 3 und 4 Jugendfreiwilligendienstgesetz ist keine

förderungsfähige Ausbildung; stattdessen wird ein Freibetrag nach § 25 Absatz 3 Satz 1 gewährt.

Bei einer Fortbildung, die wahlweise nach diesem Gesetz oder nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz gefördert werden kann, ist eine förderungsfähige Ausbildung gegeben.

Dagegen handelt es sich bei einer Fortbildung, die ausschließlich nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz förderungsfähig ist, nicht um eine förderungsfähige Ausbildung. Der nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz gewährte Unterhaltsbeitrag ist nach § 21 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Teilziffer 21.3.6a Einkommen, das den Freibetrag mindert.

- 25.3.8 Ist ein Freibetrag nach § 25 Absatz 3 Satz 1 nur für einen Teil des Bewilligungszeitraums zu gewähren, so ist das für diese Zeit erzielte Einkommen durch die Zahl der Kalendermonate dieses Zeitraums zu teilen und nur in den Monaten dieses Zeitraums auf den Freibetrag anzurechnen.

Wenn das Kind zum Beginn des Bewilligungszeitraums minderjährig ist und im Laufe des Bewilligungszeitraums volljährig wird, ist § 25 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit § 53 Satz 5 anzuwenden.

- 25.6.4 Behinderte Personen sind die in § 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch bezeichneten Menschen.
- 25.6.5 Bei der Ermittlung der Höhe der außergewöhnlichen Belastung nach § 33 Einkommensteuergesetz ist – soweit im Vollzug möglich – von den Feststellungen auszugehen, die die Steuerbehörden unanfechtbar getroffen haben.

Soweit in steuerrechtlichen Vorschriften Pauschbeträge für die Abgeltung außergewöhnlicher Belastungen festgesetzt sind, ist hiervon bei der Festsetzung des Härtefreibetrages auszugehen.

Aufwendungen, die die Pauschbeträge übersteigen, sind zu berücksichtigen, soweit sie nachgewiesen werden. Maßgeblich ist der Betrag vor Abzug der steuerrechtlich zu berücksichtigenden zumutbaren Eigenbelastung.

- 25.6.8 Außergewöhnliche Aufwendungen werden nur dann berücksichtigt, wenn die hierfür erforderlichen Zahlungen im Bewilligungszeitraum erfolgen.
- Soweit solche außergewöhnlichen Aufwendungen in einem Steuerbescheid festgestellt werden, können diese aus dem Steuerbescheid übernommen werden. Dabei sind außergewöhnliche Belastungen, die im Einkommensteuerbescheid für ein Kalenderjahr festgestellt wurden, anteilig nach der Anzahl der Monate des Bewilligungszeitraums zu berücksichtigen.

- 25.6.9 Außergewöhnliche Aufwendungen im Sinne des § 33 Einkommensteuergesetz werden nach § 25 Absatz 6 nur berücksichtigt, soweit sie die zumutbare Belastung der Einkommen beziehenden Personen pro Monat des Bewilligungszeitraums übersteigen.

Die zumutbare Belastung ist der Festsetzung im Steuerbescheid zu entnehmen, ist kein Steuerbescheid vorhanden, so liegt sie bei zwei Prozent des maßgeblichen Freibetrages nach § 25 Absatz 1.

Von dieser Einschränkung bleiben andere Tatbestände, für die ein Härtefreibetrag gewährt werden kann, ausgenommen.

§ 27

- 27.1.3 Sonstige (vermögenswerte) Rechte können an Sachen und Rechten bestehen, z. B. Geschäftsanteile, Wertpapiere, Patentrechte, Verlags- und Urheberrechte. Für die Bewertung dieser Rechte sind die Maßstäbe des Bewertungsgesetzes zugrunde zu legen. Sonstige (vermögenswerte) Rechte können darüber hinaus auch an digitalen Vermögenswerten (wie z.B. Kryptowährungen) bestehen.

- 27.2.2 Als wiederkehrende Leistungen sind nur solche Spar- und Anlageformen anzusehen, die ausschließlich auf Verrentung ausgerichtet sind, wie z. B. eine auf Verrentung abgeschlossene Lebensversicherung oder sog. Riesterrenten.

Alle anderen Vermögensanlageformen, auch solche, die nur optional eine Kapitalausschüttung vorsehen, sind Vermögen im Sinne des § 27. Das gilt auch dann, wenn der Auszubildende vorträgt, die Anlage zur späteren Alterssicherung verwenden zu wollen.

Rechte auf Versorgungsbezüge, Renten und vergleichbare wiederkehrende Leistungen sind insbesondere

Ansprüche an Witwen-, Waisen- und Pensionskassen sowie Ansprüche auf Renten und ähnliche Bezüge, die auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis zurückgehen;

Ansprüche aus der Sozialversicherung;

Ansprüche aus einer privaten Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung;

Ansprüche auf gesetzliche Versorgungsbezüge;

Ansprüche auf Renten,

- a) die auf gesetzlicher Unterhaltspflicht beruhen,
- b) die als Entschädigung für den durch Körperverletzung oder Krankheit herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit gewährt werden;

Ansprüche auf laufende Leistungen aus privatrechtlichen Verträgen.

§ 28

- 28.1.1 Der Zeitwert wird durch den Preis bestimmt, der in dem Zeitpunkt, auf den sich die Ermittlung bezieht, im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach den rechtlichen Gegebenheiten und tatsächlichen Eigenschaften, der sonstigen Beschaffenheit und der Lage des Grundstücks oder des sonstigen Gegenstandes ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Auf § 9 Bewertungsgesetz wird Bezug genommen.
Siehe hierzu auch Teilziffer 28.1.5.
- 28.1.2 Zum Betriebsvermögen gehören alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dienen, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber gehören. Als Gewerbe gilt nicht die Land- und Forstwirtschaft.
- 28.1.3 Bei digitalen Vermögenswerten ist für die Wertbestimmung auf den Kurswert (neu) abzustellen.
- 28.1.4 Wertpapiere sind insbesondere Aktien, ETFs, Fonds, Anleihen, Pfandbriefe und Schatzanweisungen.
- 28.1.5 Bei sonstigem Vermögen ist, außer bei der Bewertung von Grundstücken und Betriebsvermögen, von den Wertangaben des Erklärenden auszugehen, soweit nicht besondere Umstände vorliegen.

Bei der Bewertung von Grundstücken und Betriebsvermögen liefert die Erklärung des Auszubildenden einen Anhaltspunkt, der auf Plausibilität zu prüfen ist.

Übersteigt der Zeitwert des Grundvermögens abzüglich Schulden und Lasten im Sinne des § 28 Absatz 3 bereits nach der Wertbestimmung des Auszubildenden oder grober Einschätzung des Amtes eindeutig den Betrag, der sich ergibt, wenn der Bedarf des Auszubildenden, vervielfältigt mit der Zahl der Kalendermonate des maßgeblichen Bewilligungszeitraums, um die im Einzelfall zu gewährenden Freibeträge gemäß § 29 erhöht wird, so ist anzunehmen, dass der Bedarf des Auszubildenden gedeckt ist. Von der Feststellung der genauen Höhe des Zeitwertes kann in diesen Fällen abgesehen werden.

Ebenfalls kann von der Feststellung der genauen Höhe des Zeitwertes abgesehen werden, wenn eine Freistellung des Vermögens in Betracht kommt.

In allen anderen Fällen hat eine weitergehende Überprüfung zu erfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ämter für Ausbildungsförderung als Sozialleistungsträger im Sinne der §§ 12, 18 Erstes Buch Sozialgesetzbuch nach § 20 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln haben. Die Mitwirkungspflichten der antragstellenden Person gemäß der §§ 60 ff. Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichten diesen nicht zur Vorlage eines (ggf. kostenintensiven) Wertgutachtens, sondern lediglich zur Angabe von Tatsachen.

Sofern vorhanden, sind aktuelle Kaufpreisangaben oder vorhandene Verkehrswertgutachten für das konkrete Objekt heranzuziehen. Angaben, die bis zu drei Jahre alt sind, können ohne weitere Prüfung übernommen werden (sog. Nichtbeanstandungsgrenze); ältere Angaben sind zu überprüfen. Wertangaben von Maklern, Banken usw. sind grundsätzlich nicht ungeprüft zu übernehmen.

Ansonsten und zur weiteren Überprüfung sind vorrangig Grundstücksmarktberichte und Kaufpreissammlungen der nach Baugesetzbuch eingerichteten örtlichen Gutachterausschüsse zur Wertbestimmung und zur Überprüfung vorgelegter Angaben heranzuziehen. Auskünfte zu bebauten Grundstücksflächen können aus den Kaufpreissammlungen der Gutachterausschüsse bei den Kataster- und Vermessungsämtern eingeholt werden; der Wert unbebauter Grundstücksflächen kann anhand der Bodenrichtwerttabellen festgestellt werden.

Ist eine Wertbestimmung des bebauten Grundstücks über Grundstücksmarktberichte und Kaufpreissammlungen nicht möglich, kann sie wie bisher unter Heranziehung des Brandversicherungswertes, des Bodenwertes, des Altersabschlags und ggf. einer Wertminderung erfolgen. Als ergänzender Parameter ist dann allerdings die Einbeziehung eines sog. Marktanpassungsfaktors erforderlich.

Der Marktanpassungsfaktor, der bei den Gutachterausschüssen und Katasterämtern ermittelt und geführt wird, ermöglicht eine Berücksichtigung des realisierbaren Verkaufspreises, also des Marktwertes.

Der Zeitwert eines Grundstücks ist dann wie folgt zu bestimmen:

Bodenwert

+ Brandversicherungswert

- Altersabschlag

- ggf. Wertminderungen durch Baumängel o.ä.

Zwischensumme

+/- Ergebnis aus (Zwischensumme x Marktanpassungsfaktor)

= Zeitwert

Legt die antragstellende Person Unterlagen vor, die als Nachweis nicht geeignet sind und ergibt sich aus der Plausibilitätsprüfung ein bis zu 10 % abweichender Wert, sind die Angaben der antragstellenden Person zu akzeptieren.

Darüber hinaus kann eine fachliche Äußerung (Kurzgutachten) des Gutachterausschusses im Rahmen eines kostenfreien Amtshilfeersuchens angefordert werden; ein solcher Ausnahmefall liegt etwa vor, wenn die antragstellende Person der abschließenden Bewertung durch das Amt für Ausbildungsförderung widerspricht.

Der Zeitwert ist auch Berechnungsgrundlage bei der Bewertung des Nießbrauchs nach §§ 14, 16 Bewertungsgesetz.

Bei Auslandsvermögen sind, soweit vorhanden, in- und ausländische Besteuerungsunterlagen vorzulegen. Für die Wertbestimmung ausländischen Grund-

und Betriebsvermögens gilt nach § 31 Absatz 1 Bewertungsgesetz insbesondere der gemeine Wert (§ 9 Bewertungsgesetz). Hierbei handelt es sich in der Regel um den Verkehrswert. Bei der Bewertung des ausländischen Grundbesitzes sind Bestandteile und Zubehör zu berücksichtigen. Zahlungsmittel, Geldforderungen, Wertpapiere und Geldschulden sind nicht einzubeziehen.

- 28.2.1 Der Wert des Vermögens soll für einen Zeitpunkt nachgewiesen werden, der nicht mehr als 14 Tage vom Zeitpunkt der Antragstellung abweicht.

Sofern der Wert des Vermögens

- a. von Auszubildenden, die unter 30 Jahre alt sind, den Betrag von 10.000 Euro nicht übersteigt beziehungsweise
- b. von Auszubildenden, die über 30 Jahre alt sind, den Betrag von 30.000 Euro nicht übersteigt,

soll auf die Anforderung von Nachweisen verzichtet werden.

- 28.3.1 Schulden sind alle Verbindlichkeiten zur Erbringung einer Leistung, unabhängig davon, ob mit einer Geltendmachung der Forderung im Bewilligungszeitraum ernsthaft gerechnet werden muss. Zukünftig aus einem Dauerschuldverhältnis in Abhängigkeit von noch nicht erbrachten Gegenleistungen erwachsende oder von einem noch nicht eingetretenen ungewissen Ereignis abhängige Verpflichtungen (z. B. aufgrund so genannter Bildungsfonds), sind keine Schulden.

Zu den Schulden gehören auch

- Ausbildungs-/Studienkredite von Kreditunternehmen
- Verbindlichkeiten aus dem Bildungskreditprogramm des Bundes,
- Studienbeitrags-/Studiengebührendarlehen der Länder,
- Bankdarlehen nach § 18c.

Forderungen gegen die auszubildende Person als Gesamtschuldner sind nur entsprechend seinem Anteil an der Gesamtschuld zu berücksichtigen, weil davon auszugehen ist, dass in Höhe des darüberhinausgehenden Teils Ausgleichsforderungen gegenüber den anderen Gesamtschuldnern bestehen.

- 28.3.4 Lasten sind auch die Verbindlichkeiten, die der auszubildenden Person als Rückforderung von Bausparprämien sowie durch die Nachversteuerung von Bausparbeiträgen erwachsen, weil Guthaben aus Bausparverträgen oder aus Anlageformen nach dem Vermögensbildungsgesetz nach Teilziffer 29.3.3 vor Ablauf der Festlegungsfrist verwertet werden.

Als Lasten sind pauschal zehn Prozent des Guthabens abzuziehen. Auf Verlangen der auszubildenden Person sind jedoch die nachgewiesenen Verbindlichkeiten, die im Falle einer Verwertung vor Ablauf der Festlegungsfrist entstehen oder entstehen würden, zu berücksichtigen.

Ein Abzug von Lasten ist nach Ablauf der Festlegungsfrist (Zuteilungsreife) nicht mehr vorzunehmen. Ein Abzug erfolgt auch nicht im Rahmen einer Anrechnung nach

Teilziffer 27.1.3a, wenn der Bausparvertrag schon aufgelöst und das Guthaben aus dem Bausparvertrag rechtsmissbräuchlich auf Dritte übertragen wurde.

§ 29

29.1.2 (neu) Für die Bestimmung der Höhe des Freibetrags nach § 29 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ist gemäß der Regelung in § 29 Absatz 1 Satz 2 auf das jeweilige Alter zum Zeitpunkt der Antragstellung abzustellen. Dies bedeutet, dass die Erhöhung des Freibetrags erst ab dem Beginn des Bewilligungszeitraumes greift, der auf den Bewilligungszeitraum folgt, in dem das 30. Lebensjahr vollendet wird. Für die Freibeträge nach § 29 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 ist bei Veränderungen der Verhältnisse innerhalb des Bewilligungszeitraums Teilziffer 29.3.2 Satz 1 Buchstabe l zu berücksichtigen.

29.3.2 Eine Härte liegt insbesondere vor,

- a) soweit eine Verwertung des Vermögens ohne schwerwiegenden Verstoß gegen die Regeln der wirtschaftlichen Vernunft nicht möglich ist. Dabei ist das Maß dessen, was der auszubildenden Person bei der Verwertung ihres Vermögens wirtschaftlich zumutbar ist, nicht zu gering zu veranschlagen,
- b) wenn die Vermögensverwertung zur Veräußerung oder Belastung eines im Sinne des § 90 Absatz 2 Nummer 8 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch angemessenen Hausgrundstücks, besonders eines Familienheims oder einer Eigentumswohnung, die selbstbewohnt sind oder im Gesamthandseigentum stehen, führen würde.

Die Angemessenheit bestimmt sich dabei nach der Zahl der Bewohner, dem Wohnbedarf (z.B. behinderter oder pflegebedürftiger Menschen), der Grundstücksgröße, der Hausgröße, dem Zuschnitt und der Ausstattung des Wohngebäudes sowie dem Wert des Grundstücks einschließlich des Wohngebäudes.

Als angemessenen kann eine Wohngröße angesehen werden, wenn bei einem Vier-Personen-Haushalt die Wohnfläche eines Einfamilienhauses 130 Quadratmeter oder die einer Eigentumswohnung 120 Quadratmeter nicht übersteigt. Für jede weitere Person wird die Bezugsgröße um 20 Quadratmeter erhöht. Leben weniger als vier Personen in dem Haushalt, sind pro Person 20 Quadratmeter abzuziehen. Unterhalb des Zwei-Personen Haushalts findet kein weiterer Abzug statt,

- c) wenn die Verwertung eines Grundstücks in dem Zeitraum, für den Ausbildungsförderung beantragt wird, nicht realisiert werden kann, für den Miteigentumsanteil an einem Grundstück ist die Nichtverwertbarkeit durch einmalige Vorlage einer Selbsterklärung der Auszubildenden nachzuweisen.
- d) solange das Vermögen nachweislich zur baldigen Beschaffung oder Erhaltung eines Hausgrundstücks im Sinne des § 90 Absatz 2 Nummer 8 Zwölftes Buch

Sozialgesetzbuch bestimmt ist, soweit dieses Wohnzwecken behinderter oder pflegebedürftiger Menschen dient oder dienen soll und dieser Zweck durch den Einsatz oder die Verwertung des Vermögens gefährdet würde,

- e) wenn die Verfügung über das einzusetzende Grundvermögen vertraglich ausgeschlossen wurde und dieses Verfügungsverbot durch eine Auflassungsvormerkung mit Rückübertragungsklausel dinglich gesichert ist (als Nachweis reicht der notariell beurkundete Vertrag),
- f) soweit das Vermögen zur Milderung der Folgen einer körperlichen oder seelischen Behinderung bestimmt ist, nach einem erlittenen Personenschaden der Deckung der voraussichtlichen schädigungsbedingten Aufwendungen für die Zukunft dienen soll oder auf Schmerzensgeldzahlungen beruht,
- g) bei Altersvorsorgeverträgen, die die Voraussetzungen des § 5 Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes erfüllen (Riester-Renten), in Höhe der geförderten Altersvorsorgeaufwendungen (also Eigenbeiträge und Zulagen) sowie der Erträge (also Zinsen) hieraus bis zu dem innerhalb der in § 10a Einkommenssteuergesetz genannten jährlichen Höchstbetrag. Die jährlichen Werte sind entsprechend der Laufzeit des jeweiligen Altersvorsorgevertrages zu addieren,
- h) bei einer Lebensversicherung, die nicht ausschließlich auf Verrentung ausgerichtet ist, solange der Rückkaufwert unterhalb der eingezahlten Beträge bleibt,
- i) soweit es sich bei dem Vermögen um eine Rücklage handelt, die für ein begonnenes oder konkret bevorstehendes Ausbildungsvorhaben im selben Ausbildungsabschnitt benötigt wird, um notwendige ausbildungsbedingte Ausgaben bestreiten zu können, die nicht im Bedarf enthalten sind, vgl. Teilziffer 23.5.1,
- j) soweit es sich bei dem Vermögen um eine Mietkaution oder um notwendige Genossenschaftsanteile für die selbst genutzte Wohnung handelt,
- k) soweit die auszubildende Person aus gesundheitlichen Gründen oder wegen der Lage von Wohnort und Ausbildungsstätte im Einzelfall auf die Benutzung eines angemessenen Kraftfahrzeuges angewiesen ist;
die Angemessenheitsprüfung des Wertes des Kraftfahrzeugs ist bis zu einem Wert von 15.000 Euro nicht erforderlich. Darüber hinaus ist die Angemessenheit zu prüfen.
- l) soweit die Verwertung des Vermögens wegen einer nach der Antragstellung eingetretenen Änderung der Verhältnisse nach § 29 Absatz 1 Satz 1 nicht zumutbar ist (zum Beispiel bei Eheschließung, Eintragung einer Lebenspartnerschaft, Geburt oder Annahme eines Kindes) und nicht bereits ein Freibetrag hierfür gewährt wurde.

Der Bezug eines Studienkredites oder die Möglichkeit des Bezuges eines Studienkredites schließen die Gewährung des Härtefreibetrages nicht aus.

§ 36

36.1.2 Leisten die Eltern lediglich einen Teil des angerechneten Einkommensbetrages als Unterhalt, ist die Vorausleistung auf den nicht geleisteten Teilbetrag zu beschränken.

36.1.3 Für die Glaubhaftmachung reicht es aus, dass der Auszubildende schriftlich oder elektronisch versichert, dass seine Eltern den angerechneten Unterhaltsbetrag nicht leisten.

36.1.4 Einkommen und Vermögen der auszubildenden Person unterhalb der Freibeträge bleiben bei der Prüfung, ob die Ausbildung gefährdet ist, außer Betracht.
Auch nach § 7 Absatz 6 Zweites Buch Sozialgesetzbuch zugeflossene Leistungen sind nicht auf die Höhe der Vorausleistung anzurechnen.
Ebenso ist das Elterngeld, das den nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz anrechnungsfreien Betrag nicht übersteigt, nicht auf die Vorausleistung nach § 36 Absatz 1 Halbsatz 1 anzurechnen.

Es ist anzunehmen, dass die Ausbildung gefährdet ist, wenn der von den Eltern oder Dritten geleistete Unterhaltsbetrag hinter dem angerechneten Einkommensbetrag um mehr als den in § 51 Absatz 4 genannten Betrag monatlich zurückbleibt.

36.1.10 (weggefallen)

36.1.11 (weggefallen)

36.1.12 (weggefallen)

36.1.14 Die Anhörung der Eltern ist für jeden Bewilligungszeitraum erneut durchzuführen, wenn nicht eine der Voraussetzungen des § 36 Absatz 5 gegeben ist.

36.1.17 In Fällen, in denen die Eltern keinen Unterhalt leisten, ein bürgerlich rechtlicher Unterhaltsanspruch gegen sie offensichtlich nicht besteht (vgl. Teilziffer 37.1.1) und auch nicht lediglich wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern verneint wird, soll – wenn noch kein Vorausleistungsbescheid erlassen wurde – anstelle von Vorausleistung Ausbildungsförderung analog § 11 Absatz 2a ohne Anrechnung des Einkommens der Eltern geleistet werden.

Wird nach Erlass eines Vorausleistungsbescheides festgestellt, dass offensichtlich kein Unterhaltsanspruch besteht und auch nicht lediglich wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern verneint wird, so ist § 11 Absatz 2a analog erst ab dem folgenden

Bewilligungszeitraum anzuwenden. In diesem Fall sind Vorbehaltsauflösungen nach § 24 Absatz 2 und 3 für die vorausgeleisteten Beträge nicht mehr durchzuführen.

36.2.1 Soweit die Eltern nach den Angaben des Auszubildenden oder glaubhaft gemachten eigenen Angaben Unterhaltsleistungen an den Auszubildenden erbringen oder im Rahmen des § 1612 Bürgerliches Gesetzbuch (vgl. Teilziffern 36.4.2 und 36.4.3) anbieten, kommt eine Leistung des Förderungsbetrags entsprechend § 36 Absatz 1 nicht in Betracht. Teilziffer 36.1.1 ist anzuwenden.

36.2.4 Werden die Einkommensverhältnisse nach Bewilligung der Vorausleistungen aber (neu) innerhalb des Bewilligungszeitraums bekannt, soll in die Regelförderung gewechselt werden, sofern dadurch keine Rückforderung entsteht.

36.2.7 Bußgeld- oder Verwaltungszwangsverfahren sind einzustellen, sobald Vorausleistungen bewilligt wurden.

Zu Satz 2 (weggefallen)

36.2.10 (weggefallen)

Zu Nummer 1 (weggefallen)

36.3.1 (weggefallen)

36.3.2 (weggefallen)

36.3.3 (weggefallen)

36.3.4 Auf Dauer angelegte regelmäßige Unterhaltsleistungen Dritter sind zu berücksichtigen. (neu)

Eine Berücksichtigung überobligatorischer Sachleistungen Dritter findet allerdings für den Fall nicht statt, in dem einem Schüler trotz des eigenen Einkommens oder der Geldleistungen seiner Eltern oder Dritter weniger Bargeld zur Verfügung steht als der Ausbildungskostenanteil der Förderung nach § 12 Absatz 2 Nummer 1. Der Ausbildungskostenanteil der Ausbildungsförderung beträgt pauschal 20 Prozent des Bedarfs nach § 12 Absatz 2 Nummer 1.

36.3.5 (weggefallen)

36.4.1 (weggefallen)

36.4.2 Eine Unterhaltsbestimmung muss gegenüber der auszubildenden Person abgegeben (neu) werden und darf nicht wegen schwerwiegender Gründe unzumutbar sein; wenn sie gegenüber Dritten wie dem Amt erfolgt, ist sie unbeachtlich. Eine bedingte Unterhaltsbestimmung ist unbeachtlich. Eine Unterhaltsbestimmung der Eltern gemäß

§ 1612 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch ist zu beachten, soweit sie nicht vom Familiengericht abgeändert worden ist. Ob die Durchführung der Ausbildung durch die Bestimmung beeinträchtigt wird, ist nicht zu prüfen. Ist die Unterhaltsbestimmung der Eltern durch das Familiengericht abgeändert worden, so ist Vorausleistung bei Vorliegen der Voraussetzungen auch vor Rechtskraft der Entscheidung zu gewähren, es sei denn, dass deren Vollziehbarkeit ausgesetzt ist.

36.4.3 Erbringen die Eltern entsprechend ihrer Bestimmung nach § 1612 Absatz 2 Bürgerliches
(neu) Gesetzbuch den vollen Unterhalt in Sachleistungen (einschl. Taschengeld) oder bieten sie ihn an, so findet eine Vorausleistung nicht statt.

36.4.4 Wird nur ein Teil des Unterhalts in Sachleistungen erbracht oder angeboten, so ist ihr
(neu) Wert nach Teilziffer 36.1.1 zu bestimmen. Der Differenzbetrag zwischen dem geleisteten/angebotenen Unterhalt und dem nach diesem Gesetz angerechneten Unterhaltsbetrag ist vor auszuleisten.

36.4.5 Das Bestimmungsrecht der Eltern nach § 1612 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch besteht
(neu) auch gegenüber einem volljährigen unverheirateten Kind.

Zu Absatz 5 (neu)

36.5.1 Ein wichtiger Grund, von der Anhörung abzusehen, liegt insbesondere vor, wenn
(neu) a) die Anhörung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann,
b) eine rechtskräftige Unterhaltsentscheidung vorliegt und seit deren Erlass eine wesentliche Veränderung der für einen Abänderungsantrag nach § 238 Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit maßgebenden wirtschaftlichen und Ausbildungsverhältnisse nicht eingetreten ist. Das ist ohne Vorliegen besonderer Umstände anzunehmen, wenn die Unterhaltsentscheidung in den letzten vier Jahren vor Beginn des Bewilligungszeitraums rechtskräftig geworden ist,
c) die Eltern unabhängig von der Anhörung, schriftlich oder – bei Wiederholungsanträgen – in einer früheren Anhörung die Leistung des angerechneten Unterhaltsbetrages dem Amt gegenüber so nachdrücklich verweigert haben, dass mit einer Änderung ihrer Haltung durch die Anhörung nicht zu rechnen ist.

§ 37

37.1.14 Die Unterhaltspflicht der Eltern ist mit dem Abschluss einer Erstausbildung ausnahmsweise noch nicht erfüllt, wenn

- a) ein Berufswechsel notwendig ist, etwa aus gesundheitlichen Gründen,
- b) die erste Ausbildung auf einer deutlichen Fehleinschätzung der Begabung der auszubildenden Person beruhte,

- c) die auszubildende Person von den Eltern in einen unbefriedigenden, ihrer Begabung nicht hinreichend Rechnung tragenden Beruf gedrängt worden war,
- d) die Ausbildungsplanung die weitere Ausbildung nach den gemeinsamen Vorstellungen der Eltern und der auszubildenden Person umfasste; dasselbe gilt, wenn die dahingehende Ausbildungsplanung der auszubildenden Person den Eltern bekannt war und diese nicht erkennbar widersprochen haben,
- e) während des ersten Teils der Ausbildung eine die Weiterbildung erfordernde besondere Begabung der auszubildenden Person deutlich geworden ist,
- f) die auszubildende Person mit Hochschulreife nach einer praktischen Ausbildung (Lehre, Volontariat) ein Hochschulstudium aufnimmt und dieses mit den vorangegangenen Ausbildungsabschnitten in einem engen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang steht. Wenn die Fachhochschul-/Hochschulreife erst nach der praktischen Ausbildung (z.B. durch den Besuch einer Fachoberschule) erworben wird, ist hingegen im Einzelfall zu prüfen, ob die Unterhaltspflicht noch besteht,
- g) die auszubildende Person mit Hochschulreife – ggf. auch nach einer praktischen Ausbildung (Lehre, Volontariat) – ein Bachelorstudium und sodann ein Masterstudium aufnimmt und letzteres mit den vorangegangenen Ausbildungsabschnitten in einem engen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang steht.

§ 39

39.1.2 In den Ländern wird nach einheitlichen Grundsätzen ein Verzeichnis

- a) der in dem Land gelegenen Ausbildungsstätten, für deren Besuch Ausbildungsförderung nach diesem Gesetz einschließlich der Rechtsverordnungen nach § 2 Abs. 3 zu leisten ist,
- b) der von einem Fernlehrinstitut, das seinen Hauptsitz in diesem Lande hat, herausgegebenen Fernunterrichtslehrgänge, über deren Gleichstellung nach § 3 Abs. 4 entschieden ist, geführt.

Darin wird kenntlich gemacht, welcher Schulgattung die Ausbildungsstätte oder der Lehrgang zugeordnet ist sowie ob und für welche Dauer ein Praktikum nach § 2 Abs. 4 und § 3 Abs. 5 gefördert wird.

Zur Erleichterung der Bearbeitung von Altfällen oder Rückforderungen sollten Änderungen des Ausbildungsstättenverzeichnisses dokumentiert werden.

§ 41

41.2.1 (weggefallen)

41.2.2 (weggefallen)

§ 45

45.1.1 Zum Begriff „ständiger Wohnsitz“ vgl. § 5 Absatz 1.

Ist die auszubildende Person auf Veranlassung des zuständigen Jugendamtes im Rahmen des Achten Buches Sozialgesetzbuch auswärtig untergebracht und liegt ein Fall des § 45 Absatz 1 Satz 2 vor, ist für den ständigen Wohnsitz des Auszubildenden auf den Ort der Unterbringung abzustellen, es sei denn die Unterbringung ist nur als vorübergehend vorgesehen und der bisherige ständige Wohnsitz bleibt somit bestehen. Ein Anhaltspunkt dafür, dass die Unterbringung nur als vorübergehend vorgesehen ist, ist eine geplante oder tatsächliche Unterbringung von maximal einem Kalenderjahr.

45.1.4 Das Amt, in dessen Bezirk die auszubildende Person ihren ständigen Wohnsitz hat, ist auch zuständig, wenn der Aufenthalt der Eltern unbekannt ist.

45.1.5 (weggefallen)

45.3.1 Das nach § 45 Absatz 3 zuständige Amt für Ausbildungsförderung wird unabhängig von einer Antragstellung mit dem Zeitpunkt der Immatrikulation zuständig. Zu beachten sind insbesondere die Teilziffern 45a.1.1, 45a.1.2 und 45a 1.8.

Das nach § 45 Absatz 3 zuständige Amt für Ausbildungsförderung ist auch zuständig für Auszubildende in dualen Studiengängen (vgl. Teilziffer 7.1.10), sobald sie an der Hochschule immatrikuliert sind.

Vgl. zu Niederlassungen und Kooperationspartnern von Unterrichtsstätten die Teilziffer 45.4.3a.

45.3.3 (weggefallen)

45.4.1 Ausschließliche Zuständigkeit des Amtes während einer Ausbildung im Ausland bedeutet, dass – abweichend von § 45 a Absatz 1 –

- die Zuständigkeit für die vorhergehende Zeit der Ausbildung im Inland nicht auf dieses Amt übergeht,
- bei Fortsetzung der Ausbildung im Inland die Zuständigkeit für die Zeit der Ausbildung im Ausland bei dem Amt verbleibt.

Für die Zeiten einer Ausbildung im Inland verbleibt es bei der allgemeinen Zuständigkeitsregelung, auch wenn der Auszubildende seine Ausbildung inzwischen im Ausland durchgeführt hat.

Die abgeschlossenen Auslandsfallakten sollen dem Inlandsamt übersendet werden, wenn die Ausbildung im Inland fortgesetzt wird.

45.4.3 Die Frage der Zuständigkeit orientiert sich in der Regel an der örtlichen Belegenheit der konkret besuchten Ausbildungsstätte.

Zuständig für die Förderung Studierender von Fernstudiengängen sowie von Online-Ausbildungsgängen an ausländischen (Fern-) Hochschulen nach den Teilziffern 4.0.4b und 4.0.4e ist das jeweilige Auslandsamt.

- 45.4.3a (neu) Bei Niederlassungen und Kooperationen von Hochschulen richtet sich die Zuständigkeit nach der örtlichen Belegenheit der konkret besuchten Ausbildungsstätte und nicht nach dem Sitz des Trägers, vgl. auch Teilziffer 45.4.3.

Befindet sich die konkrete Unterrichtsstätte (Hochschule, Niederlassung bzw. Kooperationspartner) im Inland, ist gemäß § 45 Absatz 3 das Inlandsamt zuständig.

In den Fällen, in denen eine deutsche Hochschule ihre Ausbildung an einer Niederlassung oder bei einem nichthochschulischen Kooperationspartner in einem anderen Bundesland anbietet, richtet sich die Zuständigkeit für diese Ausbildung nach § 45 Absatz 3 Satz 1; d.h. das Amt am Hauptsitz der Hochschule ist wegen der dortigen Immatrikulation der Auszubildenden zuständig.

Beim Besuch von Niederlassungen bzw. nichthochschulischen Kooperationspartnern ausländischer Hochschulen im Inland richtet sich die Zuständigkeit nach § 45 Absatz 3 Satz 2. D.h. das jeweilige Bundesland muss für die in seinem Bundesland befindlichen Niederlassungen bzw. Kooperationspartner ausländischer Hochschulen das jeweils zuständige Amt für Ausbildungsförderung bestimmen.

Bei nicht nach § 2 Absatz 2 anerkannten Ausbildungsstätten richtet sich die Zuständigkeit nach § 45 Absatz 1.

Besucht die auszubildende Person eine Niederlassung oder die Kooperation einer deutschen oder ausländischen Hochschule im Ausland, ist gemäß § 45 Absatz 4 das Auslandsamt zuständig.

Eine Immatrikulation an der Niederlassung bzw. beim Kooperationspartner ist dabei nicht erforderlich. Ausreichend ist die Immatrikulation an der gradverleihenden Hochschule für den entsprechenden Zeitraum, sofern die konkrete Unterrichtsstätte im Inland bzw. Ausland tatsächlich besucht wird.

- 45.4.4 Zuständig für die Förderung von Inlandspraktika im Rahmen einer Auslandsausbildung innerhalb der EU oder in der Schweiz sind die jeweils zuständigen Auslandsämter. Dagegen liegt die Zuständigkeit für ein Inlandsstudiensemester im Rahmen eines Auslandsstudiums innerhalb der EU oder in der Schweiz stets beim Inlandsamt.

Zuständig für die Förderung von Auszubildenden, die ausschließlich zum Zweck der Anfertigung einer für die Erlangung des Ausbildungsziels bestimmten Abschlussarbeit (z.B. Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeit) eine Bildungseinrichtung oder einen Betrieb im Ausland besuchen, und deren Immatrikulation weiterhin ausschließlich im Inland erfolgt, ist das Inlandsamt.

§ 45a

- 45a.1.8 Hat der Auszubildende die förderungsfähige Ausbildung beendet oder wird er nicht mehr gefördert und sind noch förderungsrechtliche Entscheidungen zu treffen, so führt das Amt, das zuletzt mit einer Entscheidung in der Förderungsangelegenheit befasst war, das Verwaltungsverfahren fort, nachdem es von dem an sich zuständig gewordenen Amt die Zustimmung gemäß § 2 Absatz 2 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch eingeholt hat. Das gilt auch, wenn das an sich zuständig gewordene Amt zuletzt einen Ablehnungsbescheid erteilt hat, weil die Ausbildung dem Grunde nach nicht förderungsfähig ist.

§ 46

- 46.1.1 Den Antrag hat die auszubildende Person oder ihr gesetzlicher Vertreter zu stellen. Der Antrag kann auch von einem nach § 95 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch oder § 5 Absatz 3 Zweites Buch Sozialgesetzbuch feststellungsberechtigten Sozialhilfe- oder Grundsicherungsträger oder von einem nach § 97 Achtes Buch Sozialgesetzbuch feststellungsberechtigten Träger der öffentlichen Jugendhilfe gestellt werden, der gegen den Träger der Ausbildungsförderung einen Erstattungsanspruch nach den §§ 102 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch hat.

- 46.1.1a Ein wirksamer Antrag liegt erst dann vor, wenn die antragstellende Person bzw. ihre gesetzliche Vertretung seinen bzw. ihren Namen am Schluss einer Erklärung angegeben hat, aus der sich entnehmen lässt, dass die Leistung von Ausbildungsförderung für die antragstellende Person begehrt wird und dieser Antrag beim Amt für Ausbildungsförderung eingegangen ist. Für eine wirksame Antragstellung genügt es auch, wenn sich aus dem Gesamtzusammenhang die Inhaberschaft und der Abschluss der Erklärung ergibt, weil zum Beispiel lediglich die Namensnennung am Ende des Formblatts fehlt, nicht jedoch unter der Eingangsmail oder umgekehrt.

Folgende Wege für die Abgabe der auf die Leistung von Ausbildungsförderung gerichteten Erklärungen sind möglich:

1. Erklärungen, die digital über den Online-Antragsassistenten „BAföG Digital“ unter Verwendung eines dafür vorgesehenen Anmelde-Kontos (insbesondere Registrierung per Bund ID) abgegeben werden.
2. Erklärungen mit Namensangabe am Ende, die über ein anderes Antragsportal abgegeben werden.
3. Erklärungen mit Namensangabe am Ende, die digital über eine E-Mail versendet werden.
4. Erklärungen mit Namensangabe am Ende, die per Post oder Fax versendet werden.

- 46.1.2 Der Antrag ist für jeden Bewilligungszeitraum erneut zu stellen. Dies gilt auch dann, wenn der Antrag für den vorhergehenden Bewilligungszeitraum noch nicht beschieden wurde oder abgelehnt wurde und über einen dagegen eingelegten Rechtsbehelf noch nicht abschließend entschieden worden ist.

Etwas anderes gilt nur, wenn über eine dem Grunde nach ablehnende Entscheidung gestritten wird. Hier wahrt die auszubildende Person mit ihrem ursprünglichen Antrag ihr Recht auf Ausbildungsförderung ab Antragsmonat auch für die während des Grundsatzstreits abgelaufenen Ausbildungszeiten, wenn sie nach einem erfolgreichen Rechtsbehelf ihren Antrag durch Nachreichen der erforderlichen Bewilligungsunterlagen der Höhe nach komplettiert.

- 46.1.2a (weggefallen)

- 46.1.3 Das Amt soll sich – außer in den in den Formblättern vorgeschriebenen Fällen – Urkunden nur dann vorlegen lassen, wenn Zweifel an der Richtigkeit der Angaben bestehen. Die Urkunden sind nach Einsichtnahme zurückzugeben.

Es ist aktenkundig zu machen, dass die Urkunden vorgelegt haben; ihr Inhalt ist durch einen Bestätigungs- bzw. Korrekturvermerk eines Bediensteten des Amtes bei den betreffenden Angaben auf den Formblättern festzustellen.

Von Steuerbescheiden bzw. Bescheiden über den Lohnsteuerjahresausgleich ist stets eine Kopie zu den Akten zu nehmen.

- 46.1.4 Kommen Auszubildende ihren Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 ff. Erstes Buch Sozialgesetzbuch nicht nach, ist nach den §§ 66 und 67 Erstes Buch Sozialgesetzbuch zu verfahren.

Die Frist nach § 66 Absatz 3 Erstes Buch Sozialgesetzbuch soll in der Regel zwei Monate nicht überschreiten.

Kann nicht festgestellt werden, ob Auszubildende Anspruch auf Ausbildungsförderung haben, weil sie die anspruchsbegründenden Tatsachen der Förderung nicht bewiesen haben (z.B. Nichtvorhandensein elterlichen Einkommens bei elternabhängiger Förderung), ist wegen der sie treffenden materiellen Beweislast der Förderungsantrag abzulehnen.

Wenn Auszubildende plausibel darlegen, dass die Kontaktaufnahme zu ihren Eltern bzw. zu einem Elternteil mit einer erheblichen psychischen Belastung für sie einhergeht, so entfällt die Mitwirkungspflicht der Auszubildenden zur Kontaktaufnahme insoweit. Diese sind dann nur noch angehalten, die ihnen bekannten relevanten Informationen für die Ermittlung (z. B. letzter bekannter Aufenthaltsort der Eltern bzw. des Elternteils) vorzulegen und das Amt für Ausbildungsförderung muss die erforderlichen Erklärungen und Nachweise ohne Beteiligung der Auszubildenden direkt bei den Eltern bzw. beim Elternteil anfordern.

Bevor das Amt für Ausbildungsförderung den Antrag ablehnt, hat es mit allen gebotenen Mitteln die fehlenden Tatsachen aufzuklären. § 36 Absatz 2 bleibt unberührt.

- 46.2.1 (neu) In Fällen, in denen dem Amt für Ausbildungsförderung bekannt ist, dass die Eltern bzw. ein Elternteil oder Ehe- oder Lebenspartner im für die Antragstellung maßgeblichen Zeitraum durchgängig Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch bezogen haben bzw. hat und sich hierdurch kein Anrechnungsbetrag aus dem Einkommen nach diesem Gesetz ergibt, kann auf die Vorlage des Formblatts 03 bzw. die entsprechenden Angaben bei „BAföG Digital“ verzichtet werden. Dergleichen gilt, sofern der Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch nur geringfügig lückenhaft war und sich nach gesicherter Erkenntnis des Amtes auch hieraus kein Anrechnungsbetrag ergibt.

Auch in Fällen fehlender Mitwirkung eines Elternteils bzw. beider Eltern oder von Ehe- oder Lebenspartnern, in denen ein Verpflichtungsbescheid nach § 47 Absatz 4 vorliegt, kann auf die Vorlage des Formblattes 03 bzw. die entsprechenden Angaben bei „BAföG Digital“ verzichtet werden, sofern die Einkommensverhältnisse des Elternteils bzw. der Eltern, des Ehe- oder Lebenspartners sowie die Familienverhältnisse zweifelsfrei und vollständig bekannt sind und sich hierdurch kein Anrechnungsbetrag nach diesem Gesetz ergibt.

- 46.5.1 In der Vorabentscheidung ist in verbindlicher Form nur darüber zu befinden, ob für die in dem Antrag des Auszubildenden bestimmt bezeichnete Ausbildung Förderung nach diesem Gesetz geleistet wird. Eine ablehnende Vorabentscheidung kann auch ergehen, sofern aus sonstigen Gründen dem Grunde nach keine Förderungsfähigkeit besteht und der Auszubildende mitteilt, eine solche Bescheinigung für die Beantragung einer anderen gesetzlichen Leistung (zum Beispiel Wohngeld) zu benötigen. Die Frage nach der Höhe und Art der Leistung ist nicht Gegenstand der Entscheidung. Dies ist in dem Bescheid zum Ausdruck zu bringen.

§ 47a

- 47a.0.1 Die Bestimmung der Höhe des nach § 47a Satz 1 zu Unrecht geleisteten Betrages erfolgt grundsätzlich nach der im Zivilrecht geltenden sogenannten Differenzhypothese. Die Pflicht zum Ersatz von Ausbildungsförderungsleistung nach § 47a Satz 1 erstreckt sich danach nicht auf den Teil der Leistung, der bei wahrheitsgemäßen und vollständigen Angaben gegenüber der auszubildenden Person hätte erbracht werden müssen.

Über die Höhe des zu ersetzenden Betrages und die entstandenen Zinsen ist ein Bescheid zu erlassen. Zinsen fallen ab dem Zeitpunkt der ersten zu Unrecht erfolgten Zahlung von Förderungsleistungen an.

Bevor ein Bescheid erlassen wird, ist den nach § 47a Satz 1 zum Ersatz Verpflichteten Gelegenheit zu geben, sich zum Sachverhalt zu äußern.

Besteht wegen der zu Unrecht erfolgten Förderleistungen sowohl ein Erstattungsanspruch gegenüber der auszubildenden Person (z. B. nach § 20) als auch ein Schadensersatzanspruch nach § 47a gegenüber einer oder mehreren der danach verpflichteten Personen, so sind sie gleichrangig verpflichtet (Gesamtschuldner nach den entsprechend anwendbaren §§ 421 ff. Bürgerliches Gesetzbuch). Die Zahlung eines der Verpflichteten erfüllt auch die Verpflichtung des anderen.

Falls Vollstreckungsmaßnahmen erforderlich sind, ist vorrangig der Anspruch nach § 47a geltend zu machen.

Zur Verrechnung mit Förderungsleistungen ist Teilziffer 37.1.9 entsprechend anzuwenden.

- 47a.0.3 Die entsprechende Geltung zivilrechtlicher Regelungen, insbesondere zur Verjährung (neu) und zum Mitverschulden nach den §§ 195 ff. und 254 Bürgerliches Gesetzbuch, ist zu beachten.

§ 48

- 48.1.0 Ein Leistungsnachweis ist nicht vorzulegen in Ausbildungsgängen, für die eine reguläre (neu) Förderungshöchstdauer im Sinne von § 15a Absatz 1 von bis zu vier Fachsemestern gilt. Eine Verlängerung der Förderungshöchstdauer nach § 15a Absatz 3, eine verlängerte Förderungsdauer nach § 15 Absatz 3 oder 4 sowie die Gewährung von Hilfe zum Studienabschluss nach § 15 Absatz 5 bleiben daher außer Acht, d. h. in diesen Fällen ist bei Überschreiten des vierten Fachsemesters kein Leistungsnachweis erforderlich.

- 48.1.1b Nimmt eine auszubildende Person vor Ablauf des verwaltungsmäßigen vierten Fachsemesters im Inland eine Auslandsausbildung im Sinne des § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 auf und beabsichtigt sie, die Ausbildung im Inland zu beenden, ist die Vorlage eines Leistungsnachweises für die Förderung während der Ausbildung im Ausland nicht erforderlich, es sei denn, der Auslandsaufenthalt ist in den Ausbildungsbestimmungen als notwendig im Ausland durchzuführender Teil der Ausbildung vorgeschrieben. Das Gleiche gilt, wenn die auszubildende Person eine Auslandsausbildung im Sinne des § 5 Absatz 5 aufnimmt.

Der Leistungsnachweis ist dann um die Zeit des Auslandsaufenthaltes verschoben vorzulegen (vgl. Teilziffer 5a.0.4 Satz 2).

- 48.1.2 In den Fällen des § 48 Absatz 1 Satz 23 kommt es auf das Datum der Ausstellung des Nachweises sowie auf den Zeitpunkt der Leistungsfeststellung nicht an.

Werden die Nachweise nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 nicht innerhalb der ersten vier Monate des folgenden Semesters vorgelegt, kann Ausbildungsförderung erst wieder vom Beginn des Monats an geleistet werden, in dem die auszubildende Person entweder ein den Erfordernissen des § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 genügendes

Zwischenprüfungszeugnis vorlegt oder den üblichen Leistungsstand vom Ende des erreichten (d. h. des laufenden) Fachsemesters nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder 3 nachweist. Vgl. aber Teilziffer 48.1.1a Satz 3.

- 48.1.2a Die Anwendung des § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 setzt voraus, dass die Hochschule mit dem betreffenden Studiengang vollumfänglich am ECTS-System teilnimmt und die in diesem Studiengang erbrachten studentischen Arbeitsleistungen nach den Vorgaben des Bologna-Systems in ECTS-Leistungspunkte umrechnet.

Ist dies der Fall, steht der Möglichkeit des Nachweises nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 nicht entgegen, dass das hauptamtliche Mitglied des Lehrkörpers entgegen der Verpflichtung nach § 47 Absatz 1 Satz 2 noch keine Festlegung getroffen hat.

Sofern die auszubildende Person einen Leistungsnachweis in Form des ECTS-Kontostands vorlegt, soll das Amt für Ausbildungsförderung die Ausbildungsstätte zur Abgabe der Festlegung auffordern. Das Amt soll die auszubildende Person parallel darauf hinweisen, dass sie alternativ den Leistungsnachweis nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 vorlegen kann. Sofern die Vorlage des ECTS-Kontostands rechtzeitig erfolgt war, ist eine etwaige Verspätung der Vorlage der Eignungsbescheinigung nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 unschädlich.

- 48.1.2b Bei modularisierten Mehrfächerstudiengängen entscheidet die Hochschule, ob für die Beurteilung des üblicherweise zu erwartenden Leistungsstands auf die ECTS-Leistungspunkte der einzelnen Fächer oder auf eine Gesamtpunktzahl abzustellen ist.

Sofern ein Nachweis für die einzelnen Fächer vorzulegen ist, muss dieser jeweils nach dem in § 48 Absatz 1 festgelegten Zeitpunkt vorgelegt werden. Stellt die Hochschule auf einen Gesamtnachweis ab, so ist dieser zu dem in § 48 Absatz 1 festgelegten Zeitpunkt vorzulegen.

Für den Fall des Wechsels eines der mehreren Fächer vgl. für beide Konstellationen Teilziffer 48.1.8.

- 48.1.3 (weggefallen)

- 48.1.5 Fachsemester ist jedes Semester, in dem die Ausbildung in der gewählten Fachrichtung erfolgt. Es ist davon auszugehen, dass jedes Semester, das an Ausbildungsstätten mit gleichen oder vergleichbaren Zugangsvoraussetzungen innerhalb seines materiellen Wissensgebietes verbracht ist, in derselben Richtung durchgeführt ist, unabhängig davon, ob die Semester im In- oder Ausland absolviert wurden. § 5a ist zu beachten.

Auch Wiederholungssemester sind Fachsemester. Zeiten der früheren Ausbildung, die auf eine weitere oder andere Ausbildung angerechnet werden, sind ebenfalls als Fachsemester zu werten.

Insofern gilt, dass Zeiten, in denen der Auszubildende eine Teilzeitausbildung durchgeführt hat, in Vollzeitausbildungszeiten umzurechnen sind, d. h. der Leistungsnachweis muss erst entsprechend später vorgelegt werden (z. B. bei einer

bisherigen Teilzeitausbildung im Umfang von 50 Prozent muss der Leistungsnachweis für die jetzige Vollzeitausbildung zum Ende des achten anstatt zum Ende des vierten Fachsemesters vorgelegt werden). Vgl. auch Teilziffer 15a.2.3; vgl. aber zur Zählung der Fachsemester für den Wechsel/Abbruch der Ausbildung Teilziffer 7.3.1 Satz 3, Buchstabe b).

48.1.6 (weggefallen)

48.1.7 Wird bei einem Lehramtsstudium mit zwei Pflichtfächern nur ein Fach gewechselt, das andere aber beibehalten, so ist zum Ende des vierten Fachsemesters in dem nicht gewechselten Fach die Eignungsbescheinigung vorzulegen. Dabei ist gleichgültig, ob das beibehaltene Fach als Haupt- oder Nebenfach studiert wird. In dem gewechselten Fach ist die Eignungsbescheinigung ebenfalls zum Ende des vierten in diesem Fach zu zählenden Fachsemesters vorzulegen.
Maßgeblich ist insofern die förderungsrechtliche Einstufung, die bei der Entscheidung über den Fachrichtungswechsel zu treffen ist.

Entsprechendes gilt bei einem sonstigen Studium mit mehreren Fächern.

48.1.8 Für modularisierte Mehrfächerstudiengänge gilt: Wird nur eines der Fächer gewechselt, ist in der Regel davon auszugehen, dass die Vorlage einer alle Fächer umfassenden Gesamtleistungsbescheinigung nicht möglich ist, da diese grundsätzlich voraussetzt, dass die Ausbildung in den einzelnen Fächern zeitlich nicht unterschiedlich weit vorangeschritten ist.

Der Leistungsnachweis ist daher in der Regel jeweils zum Ende des vierten Fachsemesters in dem jeweiligen (beibehaltenen bzw. gewechselten) Fach vorzulegen.

48.2.1 Liegen Tatsachen nach § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, 2, 3 oder 5 vor, wird über den Beginn des fünften Fachsemesters hinaus Ausbildungsförderung für eine angemessene Zeit geleistet, ohne dass eine Bescheinigung nach § 48 Absatz 1 vorliegt. Zur Definition der angemessenen Zeit vgl. Teilziffer 15.3.1.
Der Zeitpunkt der Vorlage des Leistungsnachweises wird dadurch entsprechend verschoben.

Er kann dagegen nicht durch Beantragung eines Flexibilitätssemesters nach hinten verschoben werden. Vgl. dazu auch Teilziffer 15.4.6.

Sofern die auszubildende Person das Ende der Förderungshöchstdauer überschritten hat und zuvor noch keinen Leistungsnachweis vorgelegt hat, ist dieser nicht entbehrlich. Um weiter Ausbildungsförderung zu erlangen, kann die auszubildende Person einen Antrag nach § 48 Absatz 2 in Verbindung mit § 15 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, 2, 3 oder 5 stellen.

Ausbildungsförderung wird nicht geleistet, wenn nach Aktenlage feststeht, dass die auszubildende Person den Leistungsnachweis nicht innerhalb der verlängerten Förderungszeit erbringen kann.

Die Teilziffern 15.3.1, 15.3.1a, 15.3.3 bis 15.3.4 und 15.3.8 bis 15.3.11 sind entsprechend anzuwenden.

48.2.2 (neu) Bei Orientierungsangeboten mit regulärer, nicht verlängerter Regelstudienzeit sowie fehlender/geringer Anrechnungsmöglichkeit dürfte regelmäßig eine Verschiebung des Zeitpunkts zur Vorlage der Leistungsnachweise nach § 48 Absatz 2 in Betracht kommen (vgl. auch Teilziffer 15.3.3).

48.4.1 (weggefallen)

48.4.2 (weggefallen)

48.4.5 (weggefallen)

§ 49

49.1.4 Legt die auszubildende Person auf Verlangen des Amtes die gutachtliche Stellungnahme nicht vor, ist sie auf die Möglichkeit der Versagung der Ausbildungsförderung nach § 66 Absatz 1 Erstes Buch Sozialgesetzbuch hinzuweisen. Dies gilt nicht in den Fällen der Teilziffer 49.1.1.

§ 50

50.1.0 (weggefallen)

50.2.2 Die für ein Verlangen nach § 50 Absatz 2 Satz 3 anzugebenden Gründe sind im Einzelnen nicht nachzuprüfen.

50.3.1 Das Amt bestimmt nach Maßgabe des § 15 Absatz 1 und § 15b den Zeitraum, für den über die Leistung von Ausbildungsförderung entschieden wird. Im Regelfall ist über den Antrag für die Dauer des Schuljahres oder von zwei Semestern zu entscheiden; das gilt nicht, wenn im Einzelfall aus rechtlichen oder verwaltungstechnischen Gründen ein anderer Zeitraum angeraten ist (vgl. z. B. die Teilziffern 7.1a.5, 17.3.1, 45.4.2 und 48.1.1).

50.4.1 Unverzichtbare Nachweise sind

- a) die Einkommenserklärung und die Vermögenserklärung der auszubildenden Person (z. B. Formblatt 01 bzw. 09 bzw. die entsprechenden Angaben bei „BAföG Digital“),

- b) die Einkommenserklärung der Ehegattin/des Ehegatten bzw. der Lebenspartnerin/des Lebenspartners der Eltern der auszubildenden Person (z. B. Formblatt 03 bzw. die entsprechenden Angaben bei „BAföG Digital“),
- c) für die Förderung der Teilnahme an einem Praktikum im Ausland die Bescheinigung nach § 49 Absatz 1a,
- d) für die Förderung vom fünften Fachsemester an gegebenenfalls ein in § 48 Absatz 1 Satz 1 bezeichneter Leistungsnachweis.

Vereinfachungsregelungen (z. B. Nachweisverzicht in den Fällen des § 11 Absatz 2a und 3 sowie des § 36 Absatz 2 und nach Teilziffer 46.2.1) sind jedoch zu beachten.

- 50.4.2 Wird Ausbildungsförderung nach Maßgabe des früheren Bewilligungsbescheides weitergeleistet, ist der auszubildenden Person schriftlich oder elektronisch mitzuteilen, dass Ausbildungsförderung unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird.

§ 51

- 51.1.1 (weggefallen)

- 51.2.1 Ausbildungsförderung nach § 51 Absatz 2 ist von dem Zeitpunkt an zu leisten, in dem das Amt erkennt, dass die Zahlungen nicht innerhalb von zehn Kalenderwochen aufgenommen oder die zur Entscheidung über den Antrag erforderlichen Feststellungen nicht innerhalb von sechs Kalenderwochen getroffen werden können, obwohl die antragstellende Person ihren Mitwirkungspflichten nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch nachgekommen ist. Teilziffer 50.4.1 gilt entsprechend.

Ausbildungsförderung nach § 51 Absatz 2 kann frühestens ab der Aufnahme der förderungsfähigen Ausbildung und nach Vorlage der Bescheinigung nach § 9 beim Amt für Ausbildungsförderung geleistet werden.

In den Fällen des § 36 können Leistungen nach dieser Vorschrift auch vor Durchführung der Anhörung erbracht werden.

- 51.2.3 Ist nach den vorliegenden Antragsunterlagen eine Vorausschätzung der Höhe des Förderungsbetrages nicht möglich, so ist in der Regel davon auszugehen, dass Ausbildungsförderung in voller Höhe zu leisten ist. In diesen Fällen ist der nach der Art der Ausbildung und Unterbringung vorgesehene Bedarfssatz inklusive etwaiger Zuschläge nach den §§ 13a und 14b zu vier Fünftel ausbezahlen.
- 51.2.5 Der Vorbehalt der Rückforderung ist schriftlich oder elektronisch mitzuteilen.

§ 53

- 53.0.8 (neu) Eine auszubildende Person kann auch dann nach § 53 Satz 1 Nummer 2 zur Erstattung verpflichtet sein, wenn sie ihre Ausbildung aus Gründen unterbricht, die sie nicht zu vertreten hat - wie die Inanspruchnahme eines Urlaubssemesters wegen Krankheit. § 20 Absatz 2 Satz 1 ist insoweit keine Regelung, die als vorrangige Spezialnorm die Anwendbarkeit des § 53 Satz 1 Nummer 2 ausschließt.

§ 56

Zu § 56 (neu)

Zu Absatz 1 (neu)

- 56.1.1 (neu) Sofern auf Grund der Organisation der Hochschule oder der gleichgestellten Einrichtung keine Immatrikulation erfolgt, ist ein entsprechender Nachweis vorzulegen, der Auskunft über die Zugehörigkeit zur jeweiligen Einrichtung gibt.

Keine erstmalige Einschreibung liegt vor, wenn die auszubildende Person bereits im Ausland an einer - institutionell einer Hochschule im Inland gleichwertigen - Einrichtung immatrikuliert war. Dies gilt auch für die in Teilziffer 7.1.15 genannten Personengruppen.

- 56.1.2 (neu) Für die Teilnahme an einem Vorkurs nach der Vorkurseverordnung besteht ein Anspruch auf Studienstarthilfe, sofern eine Immatrikulation an einer Hochschule und die weiteren Voraussetzungen für die Bewilligung der Studienstarthilfe vorliegen.

Für eine spätere Hochschulausbildung besteht ebenfalls ein Anspruch auf Studienstarthilfe, sofern die Studienstarthilfe noch nicht für die Teilnahme am Vorkurs bewilligt worden ist.

- 56.1.3 (neu) Für Hochschulausbildungen in Teilzeit besteht kein Anspruch auf Studienstarthilfe.

- 56.1.4 (neu) Für die Ermittlung der Altersgrenze ist auf den Zeitpunkt nach § 15b Absatz 1 abzustellen.

- 56.1.5 (neu) Auch unter Vorbehalt oder vorläufig bewilligte Sozialleistungen sind für die Gewährung der Studienstarthilfe ausreichend.

Leistungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 sind auch solche Leistung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, die der antragstellenden Person als Teil einer Bedarfsgemeinschaft gewährt werden.

Kindergeld stellt keine Leistung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 dar.

Sofern bei Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe der Nachweis dieser Leistungen und/oder der Nachweis zum Nichtbestehen einer Kostenpflicht der Eltern dem Studierenden

nicht zugänglich sind, soll das Amt für Ausbildungsförderung eine Bescheinigung des zuständigen Jugendamtes einholen.

- 56.1.6 Die Sozialleistung nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 8 oder nach § 56 Absatz 1 Satz
(neu) 3 muss für den Monat vor dem Ausbildungsbeginn bewilligt worden sein (unabhängig vom Zeitpunkt der Auszahlung).

Zu Absatz 2 (neu)

- 56.2.1 Beim Bezug von Leistungen von Begabtenförderungswerken kann Studienstarthilfe
(neu) bewilligt werden.

Die Staatsangehörigkeit ist nicht zu prüfen.

Die Gewährung der Studienstarthilfe erfolgt einkommens- und vermögensunabhängig.

Zu Absatz 3 (neu)

- 56.3.1 Die Studienstarthilfe wird auf gesonderten Antrag gewährt.
(neu)

Eine fehlende elektronische Antragsmöglichkeit ist glaubhaft zu machen und ist insbesondere dann gegeben, wenn der Antragstellende über keinen Zugang zu IT-technischen Voraussetzungen verfügt oder das Portal nachweislich keine Antragsstellung zulässt.

- 56.3.2 Erforderliche Nachweise können auch noch nach fristgerechter Antragstellung
(neu) nachgereicht werden. Eine Bewilligung kann auch nach Versagung unter Anwendung des § 67 Erstes Buch Sozialgesetzbuch erfolgen.

Von einer fristgerechten Antragstellung ist auch dann noch auszugehen, wenn der Antrag zwar verfristet eingeht, z.B. Zulassung im Nachrückverfahren oder bei nicht selbst zu vertretenden technischen Hinderungsgründen, allerdings unverzüglich nach Wegfall der Hinderungsgründe gestellt wird.

Die Umstände, die eine Antragstellung innerhalb der gesetzlich vorgesehen Frist des § 56 Absatz 3 ohne eigenes Verschulden verhindert haben, hat die auszubildende Person glaubhaft zu machen.

- 56.3.3 Der Bezug von Sozialleistungen nach § 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 8 oder Satz 3 im
(neu) Monat vor Ausbildungsbeginn ist anhand von Leistungsbescheiden nachzuweisen. Die antragstellende Person muss daraus erkennbar sein. Bei Nachweisen, die bei Antragstellung älter als sechs Monate sind, ist eine aktuelle Bestätigung über den Bezug im maßgeblichen Zeitpunkt vorzulegen. Dafür genügt auch ein Kontoauszug, der die Fortdauer des Bezugs zum maßgeblichen Zeitpunkt belegt.

- 56.3.4 Kommen Auszubildende ihren Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 ff Erstes Buch
(neu) Sozialgesetzbuch nicht nach, ist nach den §§ 66 und 67 Erstes Buch Sozialgesetzbuch zu verfahren.

- 56.3.5 Eine Rückforderung der Studienstarhilfe ist nur unter den Voraussetzungen des § 45
(neu) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch möglich.

Zu Absatz 5 (neu)

- 56.5.1 Ein Zuständigkeitswechsel nach § 45a findet nicht statt. Dies gilt auch, wenn die
(neu) Ausbildung nach der Antragstellung an einer anderen als der zunächst geplanten
Ausbildungsstätte aufgenommen wird.

§ 56b

Zu § 56b (neu)

Zu Absatz 1 (neu)

- 56b.1.1 Erstattungsansprüche nach den §§ 102 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch bestehen
(neu) nicht.

§ 58

- 58.2.1 Das Nähere über die Höhe der Geldbuße, über die Differenzierung bei vorsätzlichem
und fahrlässigem Handeln und über die Grundlagen für die Zumessung der Geldbuße
ist in § 17 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten geregelt. Vor Erlass des
Bußgeldbescheides muss die Behörde der betroffenen Person Gelegenheit geben, sich
zu äußern (§ 55 Absatz 1 Gesetz über Ordnungswidrigkeiten).

§ 61

Zu § 61 (neu)

Zu Absatz 1 (neu)

- 61.1.1 Von einer erkennungsdienstlichen Behandlung kann bei Vorlage einer
(neu) Fiktionsbescheinigung oder einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz
ausgegangen werden.
- 61.1.2 Aus der Fiktionsbescheinigung muss ersichtlich sein, dass sie auf Grundlage eines
(neu) Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz ausgestellt
wurde. Wenn dies nicht der Fall ist, muss sich die auszubildende Person um eine
entsprechende Ergänzung der Bescheinigung oder ein ergänzendes Schreiben bemühen.
- 61.1.3 Bei Vorlage einer Fiktionsbescheinigung statt eines Aufenthaltstitels nach § 24
(neu) Aufenthaltsgesetz ist grundsätzlich abweichend von § 50 Absatz 3 ein
Bewilligungszeitraum von 6 Monaten zu bilden. Kann nach Ablauf der 6 Monate wieder

nur eine Fiktionsbescheinigung vorgelegt werden, ist erneut ein Bewilligungszeitraum von 6 Monaten zu bilden.

§ 65

Zu Absatz 1 (weggefallen)

65.1.2 Die vorrangigen Leistungen können nach diesem Gesetz aufgestockt werden.

65.1.3 Das Vorrangverhältnis des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch ergibt sich aus § 28 (neu) Absatz 1 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch.

Bei Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 93 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch besteht nach § 93 Absatz 3 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch Anwendungsvorrang des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Zu Absatz 3 (weggefallen)

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Der Bundeskanzler

Die Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt

Begründung:

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum BAföG (BAföGÄndVwV 2026) dient der Anpassung der Verwaltungsvorschrift an die seit ihrer letzten Änderung im Oktober 2013 erfolgten Rechtsänderungen im BAföG selbst und in angrenzenden Rechtsgebieten, an die Rechtsprechung, an eine Vielzahl von Erlassen des BMBF/BMFTR sowie an neuere Entwicklungen in der Hochschul- und Schulpolitik.

Durch die BAföGÄndVwV 2026 werden verschiedene Teilziffern der BAföGVwV vom 15. Oktober 1991 (GMBI S. 770), zuletzt geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföGÄndVwV 2013 vom 29. Oktober 2013, GMBI 2013, S. 1094), geändert oder vollständig aufgehoben.

Durch den Wegfall von überholten Regelungen und durch Aktualisierungen und Neuformulierungen zur besseren Verständlichkeit und Einheitlichkeit des Verwaltungsverfahrens wird ein wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung im BAföG und zur Erleichterung des Verwaltungsvollzugs geleistet.

Der Entwurf der BAföGÄndVwV 2026 wurde in fünf vom BMFTR geleiteten Arbeitsgruppen unter Einbeziehung von Praktikerinnen und Praktikern aus den Ämtern für Ausbildungsförderung erarbeitet und anschließend mit den Obersten Landesbehörden für Ausbildungsförderung abgestimmt.